

Stenographisches Protokoll

435. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Freitag, 24. Juni 1983

Tagesordnung

1. Debatte über die Erklärung der Bundesregierung
2. Änderung des Steueramnestiegesetzes
3. Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend Erteilung einer Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink wegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB
4. Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1983
5. Ausschlußergänzungswahlen

Inhalt

Bundesrat

- Schreiben des Präsidenten des Kärntner Landtages betreffend Mandatsveränderungen im Bundesrat (S. 16852)
- Angelobung des Bundesrates Rosl Moser (Kärnten) (S. 16852)
- Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1983 (S. 16909)
- Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt (S. 16852)

Personalien

Entschuldigungen (S. 16852)

Nationalrat

Gesetzesbeschluß des Nationalrates (S. 16852)

Ausschüsse

Ausschlußergänzungswahlen (S. 16909) — Verzeichnis der neubesetzten Ausschlußmandate (S. 16910)

Verhandlungen

- (1) Debatte über die Erklärung der Bundesregierung
Redner:
Weiss (S. 16852),
Berger (S. 16859),

Dkfm. Dr. Pisec (S. 16861, S. 16874 — tatsächliche Berichtigung — u. S. 16907),
Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer (S. 16871),
Dr. Michlmayr (S. 16874),
Köstler (S. 16879 u. S. 16903),
Dr. Müller (S. 16884),
Sommer (S. 16888 u. S. 16906 — tatsächliche Berichtigung).
Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak (S. 16896),
Dr. Bösch (S. 16899) und
Ceeh (S. 16903)

Entschließungsantrag der Bundesräte Dkfm. Dr. Pisec und Genossen zur Debatte über die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (S. 16868) — Annahme (S. 16907) (E 97)

- (2) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Juni 1983: Änderung des Steueramnestiegesetzes (2723 d. B.)
Berichterstatte: Schachner (S. 16908)
kein Einspruch (S. 16908)

- (3) Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend Erteilung einer Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink wegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB (2724 d. B.)
Berichterstatte: Maria Derflinger (S. 16908)
Ermächtigungserteilung (S. 16908)

Eingebracht wurden

Anfragen

der Bundesräte Weiss, Ing. Ludescher und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bau einer Unterführung im Bereich des Bregenzer Autobahnanschlusses (473/J-BR/83)

der Bundesräte Dkfm. Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Kosten von Werbemaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung (474/J-BR/83)

16852

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**:
Ich eröffne die 435. Sitzung des Bundesrates.

Das Protokoll der 434. Sitzung des Bundesrates vom 31. Mai 1983 ist aufgelegt, unbeantwortet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Heller, Hintschig und Suttner.

Ich begrüße den im Hause erschienenen Herrn Bundeskanzler Dr. Sinowatz (*allgemeiner Beifall*), Bundesminister Dr. Fischer und die Herren Staatssekretäre Dr. Löschnak und Dkfm. Bauer. (*Allgemeiner Beifall.*)

Einlauf

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**:
Eingelangt ist ein Schreiben des Präsidenten des Kärntner Landtages betreffend Mandatsveränderungen im Bundesrat.

Ich ersuche die Schriftführung um Verlesung dieses Schreibens.

Schriftführer **Mayer**: Hoher Bundesrat!

„Der Präsident des Kärntner Landtages

Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates und dessen Ersatzmitgliedes

Klagenfurt, 1983 06 09

An den Vorsitzenden des Bundesrates
Franz Tratter

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Kärntner Landtag in seiner 36. Sitzung am 9. Juni 1983, gemäß Artikel 35 B-VG, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, nachstehend genanntes, vom Lande Kärnten zu entsendendes Mitglied des Bundesrates und dessen Ersatzmitglied, gewählt hat.

Über Vorschlag des SPÖ-Klubs:

Anstelle des in den Nationalrat entsendenden Mitgliedes des Bundesrates Dr. Helga Hieden das bisherige Ersatzmitglied

Rosalia Moser, Landesbedienstete, geboren

am 8. Jänner 1930, Maglern 71, 9602 Thörl-Maglern, zum Mitglied und

Lieselotte Zauchner, Hausfrau, geboren am 1. November 1934, Gartenweg 2, 9313 Möllbrücke, als dessen Ersatzmitglied.

Der Präsident des Kärntner Landtages:
Schantl“

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**:
Das neue Mitglied des Bundesrates ist im Hause anwesend. Ich werde daher sogleich die Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Schriftführung wird Frau Bundesrat Rosl Moser über Namensaufruf die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche die Schriftführung um Verlesung der Gelöbnisformel.

(*Schriftführer Mayer verliest die Gelöbnisformel. — Bundesrat Rosl Moser leistet die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“.*)

Ich begrüße das neue Kärntner Mitglied des Bundesrates recht herzlich in unserer Mitte. (*Allgemeiner Beifall.*)

Eingelangt sind weiters ein Gesetzesbeschluß des Nationalrates und eine Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt.

Die Ausschüsse haben diese beiden Vorlagen einer Vorberatung unterzogen und schriftliche Ausschlußberichte erstattet.

Auf der heutigen Tagesordnung stehen eine Debatte über die Erklärung der Bundesregierung, die beiden vorerwähnten Vorlagen, die Wahl des Büros des Bundesrates für das 2. Halbjahr 1983, soweit es zu wählen ist, und Ausschlußergänzungswahlen.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? — Es ist dies nicht der Fall.

1. Punkt: Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck**:
Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte über die Erklärung der Bundesregierung.

Weiss

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Jürgen Weiss. Ich erteile dieses.

Bundesrat Weiss (ÖVP, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Meine Herren Staatssekretäre! Hohes Haus! Im Namen unserer Fraktion danke ich einleitend Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie die Tradition fortgesetzt haben, im Bundesrat über die im Nationalrat erstattete Regierungserklärung zu berichten. Das ist, wie wir wissen, keine rechtliche Notwendigkeit, aber eine höfliche Geste gegenüber der zweiten Kammer des Parlaments, der Länderkammer. Wir wollen das anerkennen, im Lichte der bisherigen Erfahrungen in seinen praktischen Auswirkungen auf den Stellenwert des Föderalismus und des Bundesrates selbst aber auch nicht überschätzen.

Der Bericht über die Regierungserklärung gibt uns die Möglichkeit, als von den Landtagen der Bundesländer gewählte Vertreter zu den Arbeitsvorhaben der neuen Bundesregierung Stellung zu nehmen, Wünsche und Kritik zu äußern sowie Anregungen einzubringen.

Ich anerkenne ausdrücklich, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich mit Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären diese Debatte anhören. Von Ihrem Vorgänger sind wir in dieser Hinsicht nicht sehr verwöhnt worden.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung davon gesprochen, daß Sie mit Mut, aber auch mit Demut an Ihre Aufgabe gehen werden. Wir begrüßen diese Einsicht, daß nicht alles politisch machbar ist und daß weder Partei noch Politik das Maß aller Dinge sein können. Diese Demut soll natürlich nicht nur vor der Größe der Aufgabe gelten, sondern in einer dienenden Funktion wie jener der Bundesregierung auch vor dem Willen der Bevölkerung, auch unter Berücksichtigung von Minderheiten und Andersdenkenden.

Hier gibt es vor allem aus der jüngeren Vergangenheit — ich nenne nur die Stichworte Volksbegehren und Volksabstimmung — für die SPÖ einiges zu lernen, was nicht heißen soll, daß alle anderen, wir eingeschlossen, ausgelernt hätten.

Demut ist ein guter Vorsatz für die Arbeit der Bundesregierung. An uns wird es nicht fehlen, sie daran zu erinnern, sie aber auch bei den Konsequenzen daraus zu unterstützen.

Neben der Demut haben Sie, Herr Bundeskanzler, auch den Mut angesprochen. Eine Koalition jener beiden Parteien, denen die Wähler bei der Nationalratswahl Vertrauen entzogen haben, ist nun ohne Zweifel eine mutvolle Entscheidung, ohne sie mutwillig nennen zu wollen. Der Mut war aber offenbar mit der Bildung der Koalition weitgehend aufgebraucht. Die Regierungserklärung jedenfalls ist nicht mehr sonderlich mutig ausgefallen. In weiten Bereichen ist sie die Herausgabe des gesammelten Nachlasses von 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung, ein bißchen beeinflusst durch die Hereinnahme eines Mitherausgebers mit Sperrminorität.

Die „Salzburger Nachrichten“, um nur eine Pressestimme zu zitieren, haben zur Regierungserklärung zusammenfassend geschrieben, das sei „keine neue Politik“. Die Herausforderung, auf neue gewaltige Probleme neue Antworten zu geben, wurde nicht angenommen. Allgemeine Formulierungen, Ausklammerungen, Verweisungen auf Dritte und Wiederholungen prägen die Regierungserklärung tatsächlich zu stark.

Stellvertretend für vieles ein kleines Beispiel. Auf Seite 56 der Regierungserklärung ist folgendes zu lesen: „Im Bereich des Zivildienstes wird eine sowohl dem einzelnen Zivildienstler als auch der gesamten Gesellschaft dienende neue Grundausbildung verwirklicht werden“.

Das klingt nur für jene gut, die nicht wissen, daß diese Grundausbildung bereits in der Zivildienstgesetz-Novelle 1980 verankert ist und die Bundesregierung damit schon den bloßen Vollzug eines Gesetzesauftrages für eine neue erwähnenswerte Zielsetzung hält.

In der Machtpolitik war der gemeinsame Nenner der beiden Koalitionsparteien offenbar groß, in der die Bevölkerung in erster Linie interessierenden Sachpolitik ist er klein geraten, wir meinen: zu klein.

Das ist auch kein Wunder. Das anläßlich der Hochschülerschaftswahl erst vor wenigen Wochen, aber immerhin nach der Nationalratswahl, ausgehängte Plakat des Ringes Freiheitlicher Studenten „Uns stinken die Linken“ — stand dort groß zu lesen — signalisiert nicht gerade große sachliche Übereinstimmung.

Bei einer in vielen Punkten unverbindlich bleibenden Regierungserklärung ist eine Debatte darüber nicht ganz einfach. Zu vieles muß auf die Bekanntgabe konkreter Ziele und

Weiss

Maßnahmen zurückgestellt werden. Das sichert der Koalition zwar taktischen Spielraum, ist einer Lösung drängender Probleme aber nicht zuträglich. Der dieser Regierungserklärung zugrundeliegende Koalitionspakt beantwortet zwar die Frage, wie die SPÖ an der Macht bleibt und die FPÖ an ihr teilhaben kann, die die Bevölkerung in erster Linie interessierende Frage, wie wir denn in Österreich wieder einen Aufschwung schaffen, bleibt aber in einem zu hohen Maße offen.

Hohes Haus! Gleich zu Beginn der Regierungserklärung ist zu lesen — und wir haben es hier im Bundesrat vom Herrn Bundeskanzler auch selbst nochmals gehört —, die Koalition von SPÖ und FPÖ entspringe der Logik des Wahlergebnisses.

Das Wahlergebnis, Hohes Haus, war unbestritten folgendes: Die Wähler haben der SPÖ und der FPÖ in deutlichem Ausmaß Vertrauen entzogen. Die SPÖ hat die absolute Mehrheit verloren und erlitt den zweitstärksten Verlust an Wählerprozenten, den je eine Großpartei in der Zweiten Republik hinnehmen mußte.

Der sozialistische Weg hat also keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das können Sie durch Zwischenrufe nicht wegwischen. Denn auch, meine Damen und Herren, die Stimmen für die FPÖ wurden von dieser ja nicht zur Fortführung, sondern ganz ausdrücklich zur Bekämpfung des sozialistischen Weges erbeten. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundesrates C e e h.)*

Logisch, Herr Kollege Ceeh, wenn man diesen Begriff hier schon verwenden will, worüber man streiten könnte, ist nun zwar ohne Zweifel die Notwendigkeit einer offenen oder stillen Koalition überhaupt, aber niemals eine bestimmte Form der Koalition. Diesen Absolutheitsanspruch der Logik und Richtigkeit ausschließlich des eigenen Standpunktes müssen wir daher entschieden zurückweisen.

Die Koalition war, wie zwar vor der Wahl bestritten wurde, nun aber doch durchscheint, von langer Hand vorbereitet. Der Wunsch, die Volkspartei von der Mitgestaltung möglichst auf Dauer fernzuhalten, war offenbar stärker als der Wunsch, den größtmöglichen gemeinsamen sachlichen Nenner zu finden.

Für die SPÖ ist der Koalitionspakt mit der FPÖ unbestritten die nach der Alleinregierung zweitbeste Möglichkeit, den sozialistischen Weg fortzusetzen. Ungeachtet der

Erfolgsmeldungen der FPÖ über ihre Durchsetzungskraft in der Koalition — von „voll durchgesetzt“ ist da die Rede — hören wir von der SPÖ folgendes:

Der Herr Bundeskanzler beispielsweise zeigte sich auf dem außerordentlichen Parteitag am 17. Mai erfreut darüber, daß sich an den Grundsätzen der Regierungspolitik nichts ändere. „Unsere Grundsätze“ — sagte er, das ist in der „Arbeiter-Zeitung“ wörtlich zitiert — „sind voll eingebracht worden. Es wird möglich sein, gemeinsam mit der FPÖ den österreichischen Weg fortzusetzen.“

Der frühere Klubobmann und jetzige Minister Dr. Fischer schreibt in der Juni-Nummer der „Zukunft“: „Der grundlegende Kurs, das, was wir den österreichischen Weg genannt haben, wird eben nicht in der Form eines Kurswechsels verlassen werden. Das ist ja der Zweck der Zusammenarbeit mit der FPÖ, daß wir uns nicht auf einen Kurswechsel, wie ihn die ÖVP fordert, einlassen müssen.“ Den Widerspruch mit der FPÖ, die ihre Grundsätze auch voll durchgesetzt haben will, müssen sie sich in der Bundesregierung selbst ausmachen. Den Widerspruch mit dem Wahlergebnis, das ihnen Vertrauen und die Mehrheit entzogen hat, können wir der Sozialistischen Partei nicht nachsehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die FPÖ, die auf dem Rücken des Wahlerfolges der ÖVP, der Grünen und Alternativen in die Bundesregierung getragen wurde, sie selbst konnte mit ihren Stimmenverlusten ja keinen Beitrag zum Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ leisten, macht geltend, daß sie nun endlich Gleichbehandlung erfahren habe.

Ich will dieses Argument nun nicht gering achten und den staatspolitischen Effekt anerkennen und begrüßen, daß unser politisches System damit offener werden kann, sofern dem nicht durch einen zu starren und über den nächsten Wahltag hinaus angelegten Koalitionspakt entgegengewirkt wird.

Die von der FPÖ begrüßte Gleichbehandlung hat aber natürlich nicht nur die angenehme Seite der Regierungsbeteiligung. Gleichbehandlung gilt selbstverständlich auch bei der Kritik durch die Opposition.

Zu Herrn Vizekanzler Steger und seinem bösen Wort der „Kläfferopposition“, das der sozialistische Klubobmann weitergetragen hat, ist hier ganz kurz folgendes festzuhalten: Kritik der Opposition von vornherein als

Weiss

Geklaffe zu bezeichnen, mag historisch gesehen für eine nationale Partei angehen, für eine liberale Partei scheint es mir unwürdig zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei der SPÖ sind wir, meine Damen und Herren, und das ist nichts Neues, mit der Mehrheit der Bevölkerung froh, wenn sie nicht alles in die Tat umsetzt und umsetzen kann, was aus ihrer Ideologie letztlich zwangsläufig wäre oder vor der Wahl, wie etwa das Mallorca-Paket, angekündigt wurde. Hier trennt uns allein schon weltanschaulich zu viel.

Bei der FPÖ ist in fast allen Bereichen die sachliche Übereinstimmung weit stärker ausgeprägt. Wir haben daher ein Interesse daran, daß die FPÖ ihre Wahlversprechen einlösen kann. Wenn es nicht mit der SPÖ geht, mit uns wird es in vielen Fällen möglich sein.

„Es sei lächerlich, wenn die ÖVP glaube, daß die FPÖ die Wahlversprechen der ÖVP einzulösen habe“, erklärte Vizekanzler Steger am 3. Juni auf einer Pressekonferenz.

Hier muß man ihm sagen: das ist auch gar nicht notwendig. Wir sind schon zufrieden, wenn sie ihre eigenen Wahlversprechen einlöst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Hinter der Regierungserklärung steht ein Koalitionspakt der alten Schule mit einem Koalitionsausschuß als neuem Entscheidungsgremien vor und über dem Nationalrat mit einer faktischen Einschränkung des Initiativrechtes der Koalitionsabgeordneten. Zum Klubzwang kommt der Koalitionswang. Und von einem koalitionsfreien Raum ist weit und breit nichts zu sehen.

Dabei hätte gerade eine neue Koalitionsform in der Form einer kleinen Koalition in Verbindung mit der Nutzung früherer Erfahrungen die große Chance geboten, das parlamentarische Wechselspiel zu stärken. Sie haben diese Chance neuer Formen der Zusammenarbeit nicht genutzt und fahren auf den eingerosteten Gleisen der früheren großen Koalition einfach weiter.

Die Stellung des einzelnen Abgeordneten und des Parlaments insgesamt wird durch den starren Koalitionspakt letztlich geschwächt. Es kommt aber als Gegengewicht dazu etwa nicht zu einer stärkeren Stellung der Bevölkerung, zu einer Stärkung der Gewaltenteilung oder zu verbesserten Kontrollinstrumenten. Die Weiterentwicklung der Demokratie ist dem Wortlaut und Inhalt der

Regierungserklärung nach im Gegensatz zu früher offenbar kein zentrales Anliegen mehr. Aussagen über eine Stärkung der direkten Demokratie fehlen überhaupt.

Wir wissen, daß die SPÖ dafür nicht viel übrig hat. Wir fragen aber auch, wo die bisherigen Forderungen der FPÖ in dieser Regierungserklärung geblieben sind, nämlich

eine Volksabstimmung, wenn ein Volksbegehren einer bestimmten Größe nicht beachtet wird, wie das übrigens auch der Herr Bundespräsident angeregt hat, und — wie die FPÖ in ihrem Wahlprogramm forderte —

eine Volksabstimmung, wenn die derzeitige Höhe der Steuer- und Abgabenquote überschritten werden soll. *(Bundesrat Dr. Bösch: Das können Sie alles in Bregenz nachfragen! Da geht es viel kürzer!)* Alle diese Bereiche sind in der Regierungserklärung völlig ausgeklammert. Wir werden nicht müde werden, die Regierung ständig daran zu erinnern, und wir wissen die Mehrheit der Bevölkerung — auch die Wähler der FPÖ — in dieser Frage hinter uns.

Hohes Haus! Beim Stichwort „direkte Demokratie“ kann natürlich das Milliardenprojekt des neuen Konferenzentrums nicht übergangen werden. Die SPÖ hat eine zeitgerechte Volksabstimmung unter anderem immer mit der Begründung abgelehnt, daß bei der Nationalratswahl ja ohnedies auch über das Konferenzzentrum abgestimmt werde.

Diese Volksabstimmung sozialistischer Art ist ganz klar gegen das Konferenzzentrum ausgegangen, Sie ziehen aber nicht im mindesten Konsequenzen daraus. *(Bundesrat Schachner: So wie Piesting!)* Das gegen das Konferenzzentrum gerichtete bisher größte Volksbegehren Österreichs wurde von der SPÖ faktisch nicht einmal ignoriert. Die FPÖ hat danach zusammen mit der ÖVP der sozialistischen Bundesregierung in eben diesem Punkt das Mißtrauen ausgesprochen. Heute ist sie für den Weiterbau und die Inkaufnahme ganz erheblicher Folgekosten.

Über die Realisierung angeblich so günstiger Finanzierungsformen und über die Bewältigung der Betriebskosten — Wiens Stadtrat Mayr hat sich erst jüngst gegen die Übernahme von Betriebskosten gewehrt — findet sich in der Regierungserklärung überhaupt kein Wort. Dafür werden neue Steuererhöhungen — letzten Endes werden es ja auch

16856

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Weiss

Konferenzzentrumsteuern sein — in den Raum gestellt.

Wir werfen der sozialistischen Bundesregierung hier ganz konkret folgendes vor:

Sie haben dem Vertrauen der Bevölkerung in ein vom Bundeskanzler gegebenes Versprechen, dem Vertrauen in die Möglichkeiten der direkten Demokratie und schließlich auch den Staatsfinanzen schweren Schaden zugefügt.

Wenn wir gerade bei kostspieligen Großprojekten sind: In der Regierungserklärung findet sich kein Wort, wie man das AKH finanziell und organisatorisch in den Griff bekommen soll, und es findet sich auch kein Wort über das nach einer Volksabstimmung nicht in Betrieb gehen könnende Atomkraftwerk Zwentendorf. Die Betriebsbereithaltung kostet laut Vizekanzler Steger jährlich hunderte Millionen Schilling. Die Regierungserklärung läßt aber völlig offen, ob wir uns das nach Meinung der Bundesregierung finanziell leisten können oder leisten sollen.

Das sind Fragen, auf die mit uns viele Österreicherinnen und Österreicher eine klare Antwort der Koalitionsregierung erwartet hätten.

Hohes Haus! Die Beurteilung der finanziellen Lage in der Regierungserklärung zeigt erstmals Ansätze von Realismus und Einsicht, daß der bisherige sozialistisch-österreichische Weg in die Sackgasse von hohen Schulden und hoher Arbeitslosigkeit zugleich geführt hat und korrigiert werden muß.

Neben der Ankündigung weiterer Belastungen der Bevölkerung kommt dabei auch die Tugend der Sparsamkeit zu Ehren, nachdem seinerzeitige Ankündigungen von Bundeskanzler Kreisky, bei jedem Hunderter sparen zu wollen, über die ersten Schlagzeilen nicht hinaus kamen. Strengste Maßnahmen der Sparsamkeit und der Effizienzprüfung bei allen Ausgaben werden angekündigt.

Sie hätten der Glaubhaftigkeit dieser Ankündigungen einen großen Dienst erweisen können, hätten Sie damit bei sich selbst begonnen. Wir haben nämlich heute die größte Bundesregierung der Zweiten Republik, die höchste Zahl an Staatssekretären und dazu ein neues Ministerium, für das erst konkrete Aufgaben zusammengesucht werden müssen. Bis zum Herbst werde es vielleicht so weit sein, hoffte kürzlich die neue Frau Minister, bei der ganz offensichtlich die angekündigte Effizienzprüfung unterlassen

wurde. Auf die der Sparsamkeit verpflichtete Idee, wenigstens zuerst den Aufgabenbereich abzustecken und dann erst ein neues Ministerium zu schaffen, wollte man offenbar aus bekannten optischen Gründen nicht kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit Helmut Qualtinger kann man dazu sagen: Die Koalition weiß zwar noch nicht, wo sie hin will, aber Hauptsache, sie ist mit einer neuen Frau Minister dort.

Die Einrichtung eines neuen Staatssekretariats im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wurde vom Herrn Bundeskanzler hier im Bundesrat damit begründet, daß man dem Gesundheitsminister eine Stütze begeben wolle.

Das könnte man, meine Damen und Herren, zur Not bei einem Ministerium zur Kenntnis nehmen, das vor lauter Kompetenzen aus den Fugen gerät. Bei einem Ministerium, dessen Kompetenzmangel gerade von Ihnen selbst immer wieder beklagt wird, wirkt es reichlich vordergründig.

Im besonderen Maße unglaublich ist, Hohes Haus, in diesem Punkt die Haltung der FPÖ. In der Nationalratsdebatte vom 6. November 1979 anlässlich der Regierungsumbildung, die neben neuen Ministern auch vier zusätzliche Staatssekretäre brachte, hat FPÖ-Bundesparteiobermann Dr. Steger eine neue Geisteshaltung des Sparens urgiert und am Schluß seiner Rede wörtlich folgendes angekündigt:

„Die Antwort der freiheitlichen Fraktion wird sein: Wenn wir nach Wahlen dazu in die Lage versetzt werden, werden wir dafür sorgen, daß diese Unzahl an neuen Positionen schleunigst abgeschafft wird.“

Sie wurden nicht schleunigst abgeschafft, diese Positionen, sondern von der FPÖ schleunigst nachbesetzt. Hier, in diesem konkreten Punkt, hätte die FPÖ aus eigenem, ohne den Koalitionspartner dafür zu brauchen, einen Beitrag zur Sparsamkeit und Glaubwürdigkeit leisten können.

Hohes Haus! In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Kreisky im Jahre 1979 haben Fragen der Medienpolitik — wie auch schon in früheren Regierungserklärungen — breiten Raum eingenommen. Das Auftreten neuer elektronischer Medien, wie Kabel- und Satellitenkommunikation, werfe zahlreiche Probleme auf, hieß es damals einleitend.

Weiss

Unter anderem wurde dann — dreimal dürfen Sie raten — die Einsetzung einer Kommission angekündigt, die dann allerdings nie zusammengetreten ist.

In der heute zur Diskussion stehenden Regierungserklärung wird dieser Problembereich nicht einmal angedeutet, von konkreten Vorstellungen ganz zu schweigen. Ausgerechnet einer Bundesregierung, die mit Unterrichtsminister Zilk einen früheren Fernsehdi- rektor und ausgezeichneten Medienfachmann in ihren Reihen hat, fällt zu den Medienpro- blemen der Gegenwart und Zukunft in ihrer Regierungserklärung überhaupt nichts ein.

Dabei steht eine ganze Reihe von Proble- men an, zu denen man die Meinung der Bun- desregierung kennen möchte. Ich nenne nur kurz den Vorschlag der Zeitungsherausgeber auf eine Verfassungsbestimmung für Medien- fragen, die Öffnung des Kabelfernsehens für eigene Kabelprogramme, die unter dem etwas mißverständlichen Begriff ZDF-Modell be- kannte Diskussion um die Programm- und Intendantenstruktur des ORF, das Satelliten- fernsehen, die Presseförderung und das Pro- jekt Bildschirmtext der Post.

Diesen letzten Punkt möchte ich beispiel- haft herausheben. Nach einer Versuchsphase wird die Postverwaltung die Bildschirmzeit- ung zur Jahreswende 1983/84 als regulären öffentlichen Postdienst einführen. Das ist ein Schritt, der von der Post aus gesehen zwangs- läufig und richtig ist, der aber doch Kommu- nikationsprobleme und Rechtsfragen noch nicht abschätzbaren Ausmaßes aufwirft. Das alles geschieht auf der Rechtsgrundlage einer Zusatzeinrichtung zum betreffenden Fern- sprechhauptanschluß.

Dem Herrn Verkehrsminister scheint — wie einer Anfragebeantwortung entnommen werden muß — eine detailliertere und fun- diertere Regelung entbehrlich. Wenn man weiß, daß zum Beispiel für die in ihren Aus- wirkungen wohl nicht zu vergleichende Zusatzeinrichtung Bildübertragung schon 1964 eine eigene eingehende Bildübertra- gungsordnung erlassen wurde, und wenn man weiß, daß in Deutschland zu diesem Zweck eigens ein Staatsvertrag der Bundesländer abgeschlossen wurde, fragt man sich schon nach den Gründen dieser ungewohnten Rege- lungsabstinenz.

Die frühere Frau Staatssekretär Albrecht wurde in den letzten Monaten nicht müde, nach einer Regelung für den Bildschirmtext im Interesse des Konsumenten- und Daten-

schutzes zu rufen. Erst in den letzten Wochen hat das Mediensymposium des ÖGB im Punkt 4 a seines Berichtes folgendes festgestellt:

„Ein Bildschirmtextgesetz wird die Wah- rung des Daten- und Konsumentenschutzes aufrechtzuerhalten haben.“

Die Regierungserklärung, meine Damen und Herren, schweigt sich zu all diesen Fra- gen aus. Ich will den günstigsten Fall anneh- men und hoffen, daß es lediglich vergessen wurde. Ich hoffe nicht, daß die Bundesregie- rung zu diesen wichtigen weichenstellenden Bereichen keine Meinung hat oder — was noch schlimmer wäre — diese nicht auf den Tisch legen will. Die gegen eine ausdrückliche Zusage durchgeführte Enteignung der Bun- desländer durch die Rundfunkgesetznovelle 1974 hat uns gerade in diesen Fragen sehr hellhörig und sensibel gemacht.

Hohes Haus! Die Bundesregierung bekenne sich zum bundesstaatlichen Gedanken, ist in der Regierungserklärung wörtlich ausgeführt. Etwas anderes, meine Damen und Herren, erwarten wir von einer Bundesregierung auch gar nicht, weil es sich bei der Bundesstaatlich- keit schließlich um ein zentrales, wenn auch mangelhaft ausgeführtes Verfassungsprinzip handelt.

Es heißt dann weiter: „Daher wird sie“ — nämlich die Bundesregierung — „die schon in der abgelaufenen Legislaturperiode weit gediehenen Gespräche über das Forderungs- programm der Bundesländer 1976 fortfüh- ren.“

Wir begrüßen es, daß im Gegensatz zur Regierungserklärung des Jahres 1979 nicht mehr ausdrücklich von Gegenforderungen des Bundes die Rede ist, mit denen das Forde- rungsprogramm der Bundesländer bekannt- lich durch Jahre hindurch blockiert wurde. Ich halte aber in diesem Zusammenhang mit Nachdruck fest: Das Forderungsprogramm der Bundesländer ist kein Tauschangebot über Kompetenzen, sondern — um jetzt eine Formulierung der Landeshauptmänner selbst zu übernehmen — ein Programm zur Wieder- herstellung der Verfassungsidee der Bundes- staatlichkeit.

Ich will heute keine neue Diskussion zu die- sem Thema entfachen. Wir wollen auch zuerst einmal der Bundesregierung die Möglichkeit geben, ihren bekundeten guten Willen zu einem neuen Ansatz der Föderalismusver- handlungen in die Tat umzusetzen.

• 1347

16858

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Weiss

Unsere Meinung ist nach wie vor in der vom Bundesrat am 27. Jänner dieses Jahres verabschiedeten EntschlieÙung an die Bundesregierung zusammengefaÙt:

„Die Bundesregierung wird dringend ersucht“ — beschloÙ der Bundesrat damals —, „möglichst rasch die Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund über die Stärkung des bundesstaatlichen Charakters der Republik Österreich positiv abzuschließen. Verhandlungsgrundlage sollen das Forderungsprogramm 1976 der Bundesländer und das 10-Punkte-Programm Vorarlbergs zur Stärkung der Stellung des Landes (der Länder) und der Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates sein.“

Wir erwarten, daß die neue Bundesregierung dieser EntschlieÙung in einer anderen Form Rechnung trägt, als sie — wie die frühere Bundesregierung — lediglich der Landeshauptmännerkonferenz zu schicken. Wir werden, Hohes Haus, die Tätigkeit der Bundesregierung in hohem Maße daran messen, inwieweit sie dieser EntschlieÙung des Bundesrates Rechnung trägt.

Der Beschluß des Bundesrates, der mit den Stimmen von Vertretern aller neun Bundesländer gefaÙt wurde, schließt auch das Föderalismusprogramm der Vorarlberger Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 in die Verhandlungsgrundlage mit ein. Die SPÖ ist in Vorarlberg bei der Volksabstimmung gegen dieses Programm aufgetreten, allerdings mit nur 30 Prozent deutlich in der Minderheit geblieben. Es hieÙe nun, die Solidarität mit der Vorarlberger SPÖ doch etwas zu weit zu treiben, wegen einer gegen die SPÖ ausgegangenen Volksabstimmung deren Anliegen bundesweit und für alle Zeiten in Acht und Bann zu tun.

Die Bundesregierung zieht sich dabei auf den formalen Standpunkt zurück, Verhandlungen darüber erst nach Einvernehmen aller Bundesländer aufzunehmen. Aus der Position der SPÖ heraus hätte ich noch ein gewisses Verständnis dafür, daß sie sagt: Ein Verhandlungsergebnis kann nur im Einvernehmen mit allen Ländern in eine Verfassungsänderung umgesetzt werden. Es fehlt aber doch jeder sachliche Grund dafür, Verhandlungen von vornherein abzulehnen.

Ich muß als Vertreter des Landes Vorarlberg mit Nachdruck darauf beharren, daß die Bundesregierung in erster Linie der EntschlieÙung des Bundesrates und nicht sosehr den parteipolitischen Interessen einzelner Landesparteien der SPÖ Rechnung trägt.

Und auf eines mache ich in diesem Zusammenhang auch aufmerksam: Wenn die Bundesregierung davon ausgeht, daß man einem Bundesland offenbar nicht gegen seinen Willen mehr Kompetenzen geben könne und daß daher die Erfüllung föderalistischer Forderungen nur bei Einvernehmen aller Bundesländer möglich sei, dann wird das auch umgekehrt gelten müssen und in Anspruch genommen werden. Dann gilt nämlich auch, daß es keine Verfassungsänderungen zu Lasten der Länder ohne Einvernehmen aller Bundesländer geben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei der Regelung des Immissionsschutzes haben Sie sich zuerst angeschickt, diesen Weg zu verlassen, und wir können heute schon ankündigen, daß wir bei Aufrechterhaltung Ihrer Position solchen einseitigen Versuchen mit Festigkeit entgegenzutreten werden.

Wir hoffen, meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht auch von der FPÖ Unterstützung zu erhalten. Ihr Generalsekretär hat ja bekanntlich das Vorarlberger Föderalismusprogramm in der letzten Legislaturperiode als EntschlieÙungsantrag in den Nationalrat gebracht, und Vizekanzler Dr. Steger selbst hat vor der Wahl schriftlich versprochen, daß die FPÖ-Abgeordneten für dieses Anliegen auch in der neuen Gesetzgebungsperiode eintreten werden. Ich zähle darauf, daß der Vizekanzler und mit ihm die FPÖ dieses Versprechen hält.

Hohes Haus! Ich fasse zusammen: Es handelt sich nach eigenem Bekunden der SPÖ in der Hauptsache um eine sozialistische Regierungserklärung, um eine Fortsetzung des sozialistisch-österreichischen Weges, auf dem die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung aus gutem Grund nicht mehr weitergehen wollte.

Die Regierungserklärung und auch die Regierungsarbeit der ersten Wochen zeigen, daß diese Koalition in Sachfragen nur einen kleinen gemeinsamen Nenner hat und viele Fragen überhaupt ausklammern mußte.

Was unser Land aber in Wirklichkeit bräuhete, wäre ein möglichst großer gemeinsamer Nenner. Die Bevölkerung erwartet in dieser schwierigen Zeit nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung, daß alle Verantwortlichen an einem Strick ziehen — soweit man sie läÙt. Koalition und Opposition, Bundesregierung und Bundesländer werden in den nächsten Jahren daher mehr als bisher aufeinander angewiesen sein. Das ist in vie-

Weiss

len Bereichen zweifellos eine neue Herausforderung für die Politik.

Als die der Volkspartei angehörenden Vertreter der Bundesländer im Bundesrat und als Anwalt der Zukunft gegen die bloßen Interessen der Gegenwart — so wollen wir Opposition sehen — nehmen wir diese Herausforderung an. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort hat sich weiters gemeldet Herr Bundesrat Berger. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Berger (SPÖ, Burgenland): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Meine Herren Staatssekretäre! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Bevor ich mich mit der Regierungserklärung an und für sich beschäftige, möchte ich doch dem Kollegen Weiss eine Antwort geben zur logischen Folgerung des Ausgangs der Wahlen. Er hat die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers kritisiert, daß es logisch war, daß die Regierungsbildung mit dem kleinen Koalitionspartner getätigt wurde. Ich werde im Zuge meiner Ausführungen noch darauf zu sprechen kommen. Aber über 2,311.000 Österreicher haben der SPÖ ihr Vertrauen und die relative Mehrheit gegeben, die von der Österreichischen Volkspartei angepeilt wurde und die sie weit verfehlt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man sich die Debatten im Nationalrat und auch den Beitrag des Kollegen Weiss anhört und angehört hat, kann man sich folgenden Eindrucks nicht erwehren: Auf der einen Seite eine enttäuschte, machthungrige und auch heute noch im Wahlkampfstil operierende ÖVP, auf der anderen Seite jene 102 Abgeordneten im Nationalrat, die bereit sind, in den nächsten vier Jahren gemeinsam die Arbeit und die Verantwortung mit dieser Bundesregierung zu tragen, beiden gegenüber eine Bundesregierung, die sich ihrer schweren Bürde bewußt ist, die aber auch bereit und fest entschlossen ist, die auf sie zukommenden schwierigen Jahre zu meistern.

Mit der kleinen Koalition beginnt in Österreich eine neue Ära der politischen Zusammenarbeit, ohne Kurswechsel und bei Wahrung sozialdemokratischer Kontinuität. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Diese kleine Koalition ist das Ergebnis von Koalitionsgesprächen mit beiden — bitte: mit beiden! — Parteien, wobei eindeutig festgestellt werden kann, daß die Österreichische Volkspartei auf ihren Kurswechsel bestanden hat, ein Kurs-

wechsel für uns als Sozialdemokraten aber nicht annehmbar war. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Jawohl: Wir bekennen uns zu diesem österreichischen Weg, denn der österreichische Weg bedeutet für uns Stabilität, bedeutet für uns Vollbeschäftigung, der österreichische Weg bedeutet für uns soziale Sicherheit, und der österreichische Weg bedeutet für uns Fortschritt, Frieden und Freiheit. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Das sind Grundsätze, die auch in dieser Regierungserklärung enthalten sind. Zu diesen Grundsätzen kann sich jede demokratische Partei bekennen.

Einem 21jährigen Regierungszeitraum durch die große Koalition folgte eine 17jährige Alleinregierung, davon eine vierjährige ÖVP-Alleinregierung und eine 13jährige SPÖ-Alleinregierung, die man als die Ära Kreisky bezeichnen kann. Kein anderer österreichischer Politiker brachte so viel Regierungserfahrung mit wie der scheidende Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. Unter seiner Kanzlerschaft wurden große und wichtige Reformen verwirklicht, ist Österreich toleranter geworden und konnte in der großen Weltwirtschaftskrise eine Sonderstellung einnehmen, die weltweite Bewunderung auslöste. Dafür gilt ihm der Dank aller Österreicher! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es blieb der Österreichischen Volkspartei vorbehalten, den Versuch zu unternehmen, einen in der weiten Welt als großen Staatsmann anerkannten großen Österreicher niederzumachen. Wie verhaßt muß doch dieser weltweit anerkannte Politiker Dr. Bruno Kreisky in den Reihen der ÖVP sein, wenn sogar der burgenländische Nationalratsabgeordnete Graf die Übersicht und Kontrolle verliert und sich in seinem Debattenbeitrag vom eineffigen in einen zweieffigen Graf verwandelte.

Es gehört schon sehr viel Enttäuschung dazu, einen Mann wie Dr. Bruno Kreisky, der mit so ehrenwerten Männern wie Renner, Figl, Raab und Schärp schon in der Zeit der großen Koalition Regierungsverantwortung getragen hat und am Aufbau und an der Erringung der Freiheit unserer Republik wesentlich beteiligt war, Haßgefühle zu unterstellen.

Ich meine, daß sich verantwortungsbewußte und reale Politiker in den Reihen der ÖVP trotz der momentanen Verbitterung,

Berger

nach 13 Jahren nun noch weitere vier Jahre auf der Oppositionsbank ausharren zu müssen, die Frage stellen sollten: Inwieweit trifft uns denn — nämlich die ÖVP — die Schuld, ein breites Band an Verhandlungsbereitschaft — oder wenn Sie wollen: an Gesprächsbereitschaft — verhindert zu haben? (*Zwischenruf von Bundesrat Dr. Schwaiger.*)

Ich darf Ihnen, Herr Bundesrat, vielleicht einige Aussagen aus der Vorwahlzeit und auch aus dem Wahlkampf in Erinnerung rufen, wie zum Beispiel: Die Sozialisten sind eine Gefahr für die Demokratie. Oder: Kreisky hat Unwahrheit zu einer Maxime politischen Handelns werden lassen. Oder Ihr Parteivorsitzender Dr. Mock: Infame Lüge der SPÖ; Demagogie hat über Redlichkeit gesiegt; die Steuerhinterzieher sitzen auf der Regierungsbank.

Ich glaube — und bin davon überzeugt —, daß solche Aussagen dem Gesprächsklima nicht dienlich sind. Hinzu kommt noch das Verharren der ÖVP auf den sogenannten Kurswechsel.

Ich appelliere daher an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, Ihre Verbitterung über das nicht erreichte Wahlziel, nämlich die relative Mehrheit zu bekommen, abzulegen, um Ihre Aufgaben als eine starke, kontrollierende Opposition erfüllen zu können.

Bedenken Sie bei Ihrer künftigen Arbeit, daß es trotz differenzierter Anschauungen zwischen Regierung und Opposition, trotz Härte und Schärfe in der Auseinandersetzung Grenzen der politischen Fairneß gibt, die man wahren sollte.

Die neue Bundesregierung stützt sich bei ihrer Arbeit auf eine solide parlamentarische Mehrheit. Ich habe schon betont: 102 Abgeordneten der Regierungsparteien stehen 81 Oppositionsabgeordnete gegenüber. Dies ist die größte Regierungsmehrheit seit dem Ende der großen Koalition, also seit 1966.

Die neue Bundesregierung unter der Führung des Burgenländers Dr. Fred Sinowatz als Bundeskanzler übernimmt ihren Regierungsauftrag in einer Zeit der größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren, die in Wahrheit eine Strukturkrise ist.

Es ist daher besonders erfreulich, daß bestehende Probleme nicht nur angekündigt, sondern beim Namen genannt werden. Da die bestehende Strukturkrise nicht nur einzelne

Bereiche betrifft, werden neue Maßnahmen in allen Bereichen als notwendig erachtet.

Sehr deutlich hat der Herr Bundeskanzler darauf verwiesen, daß es eine der ersten Maßnahmen dieser Bundesregierung sein wird, eine Bestandsaufnahme in allen Bereichen des Staates durchzuführen, und daß die Regierung auch bereit ist, wenn die Notwendigkeit besteht, unpopuläre Maßnahmen zu setzen.

Einem besonderen Stellenwert wird der Sauberkeit, der Korrektheit und dem Privilegienabbau eingeräumt.

In der Budgetpolitik werden neue Schwerpunkte gesetzt. So wird besonderes Augenmerk der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben gewidmet sein. Sie wird geprägt durch Sparsamkeit, wo Einsparungen möglich sind, und wird expansiv sein, wenn es um die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit geht.

Ein hohes Beschäftigungsniveau und die soziale Sicherheit können aber nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft floriert. Durch ein neuerstelltes Investitionsprogramm werden große und beschäftigungswirksame Aufträge zur Vergabe gelangen, die sowohl für den industriellen Bereich als auch für Klein- und Mittelbetriebe existenzsichernd eingesetzt werden.

Die Förderung privater Investitionen soll vor allem die Exportmöglichkeit kleiner und mittlerer Betriebe verbessern.

Sehr deutlich wird in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß der industriell-gewerbliche Sektor Motor der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs ist und bleibt.

Der Freie Wirtschaftsverband als Interessenvertretung der Klein- und Mittelbetriebe begrüßt im besonderen den Stellenwert, der den Klein- und Mittelbetrieben in der Regierungserklärung zugeordnet wird. Durch die angekündigten wirtschaftsfördernden Maßnahmen, die von der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas bis zu einer zusätzlichen Milliarde für Klein- und Mittelbetriebe reichen, können viele vom Freien Wirtschaftsverband erhobene Forderungen erfüllt werden.

Wir wissen aber auch, daß Sparmaßnahmen allein nicht genügen werden, die Finanzierung dieser wirtschafts- und beschäftigungs-

Berger

politischen Vorhaben verwirklichen zu können. Zur Finanzierung sollen daher auch jene einen Beitrag leisten, die sich bisher einer bereits bestehenden Steuerpflicht entzogen haben.

Bei der Reform im Steuer- und Sozialbereich wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß sie sozial gerecht, einfach und leistungsfördernd erstellt wird.

Die neue Bundesregierung wird daher genötigt sein, zur Bewältigung der vorhandenen weltweiten Wirtschaftskrise und zur Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Maßnahmen zu setzen, die nicht immer populär sein werden. Die 102 Abgeordneten im Nationalrat und wir, die sozialistische Bundesratsfraktion, werden sie bei der Lösung ihrer schweren Aufgabe unterstützen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der neue Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz ist mit dem Föderalismus bestens vertraut. Als langjähriger Landespolitiker ist er im Jahr 1961 in den Burgenländischen Landtag eingezogen. 1964 wurde er Präsident dieses Landtages und 1966 gehörte er der Burgenländischen Landesregierung als Landesrat an. Im Jahr 1971 erfolgte seine Berufung in die Bundesregierung als Unterrichtsminister. Er bringt daher auch eine zwölfjährige Regierungserfahrung in sein neues Amt mit.

Mit Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz, der auch als Architekt des neuen, schönen und lebenswerten Burgenlandes bezeichnet wird, der immer und überall den geraden Weg ging, ein Mann, der sich durch Fleiß, Toleranz und Demut zum Chef der neuen Koalitionsregierung emporgearbeitet hat, stellt das Burgenland seinen besten Sohn der Republik Österreich als Bundeskanzler zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Mit Erlaubnis des Herrn Bundeskanzlers darf ich mit seinen Worten zum Schluß meiner Ausführungen kommen. Ich zitiere:

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß nicht alles durch Politik machbar ist. Vieles wird schwer sein, manches sogar sehr schwer oder gar unmöglich. Aber wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wird letzten Endes sehr viel lösbar sein und nur wenig unlösbar bleiben.“

Mit diesen Worten läßt der Bundeskanzler alle Österreicherinnen und Österreicher im

Interesse des Landes und zum Wohle der Republik zur Mitarbeit ein. Diese Einladung gilt auch für die große Oppositionspartei. Leisten Sie konstruktive Arbeit zum Wohle unserer Mitbürger, seien Sie hart in der Kritik *(Ruf des Bundesrates Dr. Pisec)*, stark in der Kontrolle und fair in der politischen Auseinandersetzung! Damit leisten auch Sie einen positiven Beitrag zu mehr Vertrauen in die Politik, zu mehr Achtung vor denen, die sie vertreten, und stärken Sie das Vertrauen in die Politiker.

Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, und den Mitgliedern Ihrer Regierung wünsche ich namens der sozialistischen Fraktion im Bundesrat viel Erfolg, der Republik Österreich Freiheit und Frieden und unseren Mitbürgern Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Zufriedenheit in einer gesunden Umwelt. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort hat sich Herr Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Hohe Regierungsmitglieder! Hoher Bundesrat! Eingedenk des Appells meines Vorredners, seien Sie hart in der Kritik und in der Politik *(Ruf des Bundesrates Dr. Bösch)*, werde ich das nicht so wörtlich nehmen. Aber ein paar Entgegnungen muß ich wohl auch dem Wirtschaftspartner im Burgenland sagen.

Zuallererst vielen Dank für die Bestätigung der sozialistischen Fraktion, daß in dieser Regierung der sozialistische Weg weitergeht. *(Ruf bei der SPÖ: Der österreichische!)* Wir werden das mit Wonne in die Bevölkerung hinaustragen. Wir freuen uns, dann zu hören, was der Koalitionspartner dazu zu sagen hat, dessen Generalsekretär Grabher-Meyer in der letzten Diskussion der Regierungserklärung im Nationalrat erklärt hat, ein Maximum der freiheitlichen Grundsätze sei in dieser Regierungserklärung verankert. Was ist jetzt richtig? *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Der Grabher-Meyer oder der Bundesrat Berger oder der sozialistische Weg oder nicht der sozialistische Weg? Vielleicht kann uns der freiheitliche Partner Aufklärung geben. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf des Bundesrates Berger.)* Bitte, wir lassen uns gern darüber aufklären.

Ich würde auch jetzt schon einladen, vielleicht kann mir jemand erklären, was Jörg Haider, der mittlerweile nach Kärnten abge-

16862

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dkfm. Dr. Pisec

wandert ist, mit seiner Äußerung im Nationalrat gemeint hat, die Anonymitätsabgabe sei das schönste Ergebnis für die Sparer. Ich frage mich, da der Regierungsentwurf heute vorliegt, was da so schön ist. Ich komme später noch auf diesen Regierungsentwurf der sogenannten Anonymitätsabgabe zurück.

Herr Kollege Berger! Was Sie über den Abgeordneten Graf, Kammerpräsident des Burgenlandes, mit diesem abgedroschenen und gar nicht sehr delikaten Wortspiel der Ein- und Doppeleffigkeit gesagt haben, möchte ich lieber ungehört sein lassen. *(Ruf des Bundesrates Berger.)* Ich halte es im Hinblick auf das Niveau des Hauses für nicht richtig. Es tut mir leid, daß ich das sagen muß. Ich muß es sagen und ich halte es auch im Sinne einer jahrelangen Tätigkeit in der Interessenvertretung der Wirtschaft für nicht fair gegenüber dem Präsidenten der Kammer Burgenland. *(Bundesrat Berger: Deswegen habe ich auch gesagt, daß er die Kontrolle verloren hat! Das habe ich gleichzeitig gesagt!)* Aber trotzdem.

Wenn dann wörtlich gesagt würde, die Grenzen der politischen Fairneß sind erreicht, dann war das eigentlich eine Bumerang-Erklärung. Die trifft nicht uns, die trifft die anderen; leider. *(Bundesrat Berger: Ich bin auch absichtlich nicht auf die Äußerungen eingegangen, die der doppeleffige Graff gemacht hat!)* Ich gehe gerne auf die Äußerungen, die wir im Wahlkampf über den damaligen Bundeskanzler Kreisky gemacht haben, ein.

Ich bin sehr gerne einverstanden mit breiten Passagen des Vorschusses dem neuen Regierungschef gegenüber, gegen den wir persönlich überhaupt gar nichts haben. Der Nachteil ist nur, daß er die Liquidierung des Kreisky-Erbes durchführen muß, und zwar mit einem Team, das zum Teil die Fehler des Kreisky-Erbes mitverschuldet hat. Das muß ich sagen, das ist sein Nachteil. Aber sonst haben wir ihm gegenüber allen Vertrauensvorschuß. Also wenn wir heute diskutieren, sollten wir eigentlich Kreisky hier sitzen haben und nicht Sinowatz. Das möchte ich schon sagen.

Es wurde von meinem Vorredner von Vollbeschäftigung gesprochen. Er hat sich dann korrigiert und spricht mit Rücksicht auf die Regierungserklärung auch nur mehr von einem „hohen Beschäftigungsstand“, denn in der Regierungserklärung ist das Wort „Vollbeschäftigung“ kaum oder eigentlich gar nicht zu finden.

Wir sind der Ansicht, daß es das primäre Ziel unserer Regierungsattacken sein muß, die Regierung dazu zu zwingen, die Vollbeschäftigung als Nummer eins ihrer Tätigkeit zu setzen, und ich werde mir heute auch noch erlauben, einen Entschließungsantrag in bezug auf die Sofortprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzubringen.

Die Regierungserklärung der rot-blauen Koalition ist für uns ein eher verschwommener Versuch, die Folgen dieser Ära Kreisky zu überdecken. 1979 sagte Bruno Kreisky in seiner letzten Regierungserklärung: „Die Finanzpolitik nahm ganz bewußt ein Steigen der Defizite und damit der Finanzschulden des Bundes in Kauf.“

Bundeskanzler Sinowatz sagte in seiner Regierungserklärung, auf Seite 12 nachzulesen: „Es gibt Prognosen, wonach das Defizit des österreichischen Staatshaushaltes in den nächsten Jahren auf Summen ansteigen werde, die nur sehr schwer finanzierbar sind.“

Weiters sagte er: „Wir werden sehr ernste Anstrengungen unternehmen müssen, die Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt in vertretbaren Grenzen zu halten. Wir werden dabei auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken.“

Da wird man dann schon ein bißchen nervös in der Magengegend. Wir ahnen, was da noch kommen könnte. Mittlerweile ist es ja zum großen Teil leider gekommen. Die Zeitungen sind täglich voll von neuen Steuerankündigungen.

Wir haben die Frage: Wird diese rot-blaue Regierungskoalition das Schuldenmachen und die Verschwendungspolitik der Ära Kreisky beibehalten oder etwas ändern? Kommen wieder neue Steuern, noch mehr Belastungen?

Im zweiten Monat der neuen Regierung müssen wir leider schon feststellen — Berger hat das ja bestätigt —, daß der österreichische Weg des Sozialismus munter weitergeht. Die Verlierer der letzten Wahlen haben nichts gelernt. Das Wahlgeschehen hat Ihnen gezeigt, daß die Methodik der Verschwendung, die Methodik des Nichtsparens nur zu einer Verunsicherung der Wähler führt.

Aber jetzt ist auch die Wirtschaft total verunsichert. Das Investitionsklima, das mein Vorredner zitiert hat, ist restlos dahin. Denn

Dkfm. Dr. Pisec

was bekamen wir denn alles serviert in den letzten Tagen und Wochen: die sogenannte Anonymitätsabgabe, früher genannt „Sparbüchlsteuer“. Seit vorgestern liegt ein Entwurf vor. Darauf werde ich noch näher eingehen. Die Mehrwertsteuern werden erhöht. Es wird nicht einmal gesagt, welche der Sätze. (*Bundesrat Dr. Bösch: Es gibt nur eine Mehrwertsteuer!*) Es sind verschiedene Sätze. Eine Form heißt ja Luxussteuer in unserer Umgangssprache. Darum sage ich: die Mehrwertsteuern. Das haben wir noch von Androsch.

Die 30 Prozent haben dazu geführt, daß damals die Luxusbranche einen Gewinn machte. Genau das gleiche „Effekthascher!“ ist jetzt durch die Ankündigung der Besteuerung der Sparguthaben eingetreten. Es haben wieder drei Branchen ein herrliches Geschäft gemacht: die Autobranche, die Pelzhändlerbranche und die Juwelenbranche. Bei jeder Verunsicherung durch Mehrbelastung flüchtet die Bevölkerung in Sachwerte.

Was wird uns noch angeboten? — Eine Umweltabgabe, die nach unserer Ansicht die Wirtschaftskraft schwerstens gefährdet. Bürgermeister Gratz hat in einem Interview in der „Presse“ darauf hingewiesen, daß diese Umweltabgabe nicht mehrwertsteuererhöhend sein dürfte. Die Herren sind sich also selber nicht im klaren.

Der Bautenminister will die Kraftfahrzeugsteuer erhöhen. Der Gewerkschaftsbund will eine Anhebung der Einheitswerte nach dem Motto: Die Reichen sollen zahlen. Dazu will er gleich noch etwas Ähnliches, nämlich eine zweite Art Gewerbesteuer für freie Berufe.

Auf Seite 30 der Regierungserklärung wird versprochen: Wegfall der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer auf Gewerbekapital. Dabei wird in einem Atemzug weiter versprochen, auf die Bedürfnisse und Aufgaben der Länder und Gemeinden durch einen neuen Finanzausgleich stärker als bisher Rücksicht zu nehmen. Ich darf Sie ersuchen, die heutigen Aussagen des Landeshauptmannes Gratz auf der Titelseite der „Presse“ zu lesen: „Gratz lehnt die Abschaffung von Lohnsummen- und Gewerbesteuer ab, ebenso die Spaltung des Umweltfonds über eine Mehrwertsteuererhöhung für Energie.“

Bitte, da muß ich fragen: Wie weit ist die Regierungserklärung mit den Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, der gleichzeitig Landeshauptmann ist, abgestimmt? Da das in der

Zeitung steht, werden wir als Ländervertreter bestärkt in unserer Meinung, daß man kein großes Vertrauen in diese Regierungserklärung haben kann. Auf Seite 13 der Erklärung steht, daß die Mitbürger durch Aktionen der Regierung in die Politik, ganz besonders in die der Bundesregierung, mehr Vertrauen bekommen sollen. Viel Vertrauen können wir dazu nicht haben, muß ich sagen, wenn ich mir das anhöre. (*Bundesrat Dr. Michlmayr: Das ist alles sehr subjektiv und relativ!*)

Dann wird eine Steuerreform versprochen. Gleichzeitig kommt die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes wieder in Diskussion, da bei der Steuerreform alle Steuerbegünstigungen, auch die des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, überprüft werden müssen, wie Minister Salcher ganz logisch sagte. Das meinte er am Dienstag vor drei Tagen. Der Bundeskanzler sagte darauf einen Tag später in der „Kronen-Zeitung“: „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten kann man nichts ausschließen.“

Ich frage: Wird jetzt der 13. und 14. Monatsgehalt besteuert oder nicht? Da geht es um die Glaubwürdigkeit des kleinen Koalitionspartners, und die ist in der die Bevölkerung sicher nicht groß. Am 27. April, also nach der Wahl, erklärte Steger, seine unabdingbare Forderung wäre keine zusätzliche Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sowie der Sparzinsen. Sowie der Sparzinsen! Das sagte er am 27. April, also kurz nach der Wahl. Die Besteuerung der Sparzinsen haben wir schon, die liegt als Regierungsentwurf auf dem Tisch. Man fragt sich, wann es dann mit der Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes ernst werden wird.

Der einzige Fortschritt, den man gesehen hat bei dieser jetzt eingetretenen Vorlage der sogenannten Anonymitätsabgabe, ist, wie ich schon sagte, ein verstärkter Einkauf von Autos, Schmuckwaren und Pelzmäntel; zweifelsohne ein Fortschritt für die betroffenen Branchen, aber nicht für das Erhalten des so wichtigen Sparkapitals. Selbst Bundeskanzler Sinowatz mußte in Beantwortung der dringlichen Anfrage im Nationalrat vor wenigen Tagen zugeben, daß das Wachstum der Spareinlagen stark rückläufig ist. Die Alarmrufe aus der Bankenwelt sind unüberhörbar geworden.

Auf Seite 29 der Regierungserklärung wird vom Verzicht auf die Kreditsteuer gesprochen. Im Entwurf zur Anonymitätsabgabe ist davon natürlich nicht mehr die Rede. Wir hoff-

16864

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dkfm. Dr. Pisec

fen nur, daß in bezug auf das Wirtschaftswachstum wenigstens die Innovationsagentur kommen wird, gleichwohl wir meinen, daß deren Finanzierung eine endgültige Lösung und Abschaffung der Doppelbesteuerung der Aktie voraussetzt; eine Forderung, die schon seit längerer Zeit von der Industrie gestellt wird.

Trotz anfänglicher Freude über die Würdigung der Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe, auf die auch mein Vorredner Berger einging, für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus und über die Würdigung ihrer Krisenfestigkeit sind wir sehr skeptisch ob des Regierungsversprechens, daß die Klein- und Mittelbetriebe im Interesse eines größeren Angebots an Arbeitsplätzen alle Unterstützungen und Modernisierungen zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden.

Bruno Kreisky sagte in seiner Regierungserklärung 1979: „Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird in verstärktem Ausmaß fortgesetzt werden.“ Nun sah man ja leider im vergangenen Herbst, als die zweite riesige Kapitalspritze für die verstaatlichte Industrie abgehandelt wurde, daß für die Kleinen und Mittleren nichts da war. Inwieweit dann die versprochene Milliarde zur Förderung eingehalten wird, bleibe dahingestellt.

Jedenfalls, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, müssen Sie laut Beschluß der letzten Regierung im Herbst im Parlament einen Mittelstandsbericht vorlegen. Wir werden uns diesen verlässlich und sehr genau ansehen. *(Bundesrat Steinle: Das dürfen Sie auch! — Bundesrat Dr. Michlmayr: Das müssen Sie sogar!)* Der Mittelstandsbericht wird eine Aussage darüber treffen müssen, was von Ihren Versprechungen erfüllt wurde. Die Grundforderung einer Gleichbehandlung der Verstaatlichten und der Privatwirtschaft ist unabdingbar. Nehmen Sie das, bitte, ein für alle Male zur Kenntnis. *(Bundesrat Leopoldine Pohl: Wir nehmen gar nichts zur Kenntnis!)*

Allein in der Frage der Lehrlingsförderung: In den letzten Tagen wurde im Beirat beim Sozialminister Dallinger beschlossen, daß die Verstaatlichte für 680 Lehrpläne 7 000 Schilling pro Monat bekommt — und nur die! Für die Privatwirtschaft gibt es maximal 2 500 Schilling — maximal! — und auch nur dann, wenn eine Lehrwerkstätte vorhanden ist.

Das, meine Damen und Herren, ist keine Gleichbehandlung von Staats- und Privatwirtschaft, das ist eine glatte Benachteiligung.

Wenn schon jeder private Unternehmer nach den Gesetzen des Marktes und der Betriebswirtschaft, nach den Erfordernissen der internationalen Wirtschaft erzeugen und vermarkten muß, dann verlangen wir das Gleiche von dem Lieblingskind der sozialistischen Regierung und des jetzigen sozialistischen Weges — der wurde uns ja heute bestätigt —, nämlich, daß auch die Verstaatlichte sich nach den Grundsätzen der Wirtschaft, der ewigen Wirtschaftsgesetze zu halten hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang, Herr Staatssekretär Bauer, ist ein neuer Anschlag auf die Privatwirtschaft zu vermelden. Das Kreditwesengesetz wird novelliert, die Verhandlung ist ausgebrochen. Was steht denn da schon wieder drinnen? Die Mindestreserven, die jetzt für Einlagen von vier Prozent gehalten werden müssen, werden in Zukunft dahin gehend geändert, daß ein Bonitätskatalog erstellt wird. Wer eine schlechtere Bonität hat, muß eine höhere Mindesteinlage nachweisen, der erfordert eine höhere Mindesteinlage im Kreditapparat.

Das heißt auf Deutsch: Die ersten Adressen sind natürlich der Staat, die Länder, die Gemeinden, die Verstaatlichte. Und eine schlechte Adresse ist die Privatwirtschaft; für diese muß die Bank dann eine höhere Liquiditätsreserve halten, eine höhere Mindestkapitalreserve halten, eine höhere Mindesteinlagenreserve halten, und da kostet der Kredit natürlich mehr und ist schwerer zu kriegen, und dieser Kunde ist klarerweise auch ein gar nicht so gern gesehener.

Das betrachten wir als eine glatte Diskriminierung jener hunderttausender Privatbetriebe, die laut Regierungserklärung von besonderer Bedeutung für ein hohes Beschäftigungsniveau sind.

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, aber auch Herr Staatssekretär des kleinen Koalitionspartners, so kann man das nicht machen. Entweder gehen Sie mit der Regierung mit — dann, bitte, keinen sozialistischen Weg mit Expropriation zum Schluß, sondern gleiche Startbedingungen für private Unternehmen, die 90 Prozent dieser Wirtschaftskraft bestreiten, wie für alle anderen Unternehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Ungeist,

Dkfm. Dr. Pisec

den mein Fraktionskollege Jürgen Weiss schon angeführt hat, das Fehlen des Bekenntnisses zur direkten Demokratie. Bruno Kreisky, der damalige Bundeskanzler, versprach 1979: „Der Ausbau der Demokratie ist eine der Maßnahmen, mit denen die Mitwirkungsrechte des Staatsbürgers erweitert werden sollen.“ Weiters sagte er in der Regierungserklärung 1979: „Bezüglich der Durchführung von Volksbegehren wird die Bundesregierung prüfen, inwieweit deren Einleitung noch erleichtert werden kann.“ — Gebrochenes Wahlversprechen! Jetzt steht davon nichts mehr drinnen in der Regierungserklärung.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, fordert die Österreichische Volkspartei eine gesetzliche Regelung, daß über erfolgreiche Volksbegehren zwingend eine Volksabstimmung stattfindet. Das ist unsere unabdingbare Forderung! Wenn dies heute schon der Fall wäre, so wäre die Achtung des Wählerverhaltens von 1 360 000 Österreicherinnen und Österreichern betreffend das Konferenzzentrum nicht lächerlich gemacht und auch nicht mißachtet worden. Und die „Sparbüchelsteuer“, die jetzt Anonymitätsabgabe heißt, würde auch nicht kommen. Der Weg zur direkten Demokratie ist etwas, was dieses Land dringend nötig hat.

Nun zur sogenannten Anonymitätsabgabe: Meine Damen und Herren, wenn die Sache nicht so ernst wäre, müßte man diesen Entwurf als kabarettreif bezeichnen. Denn in diesem Entwurf werden dem Sparer folgende Dinge zugemutet: 20 Prozent Abgabe auf alle Geldforderungen gegenüber Kreditunternehmen, insbesondere auf Konteneinlagen — das ist die „Sparbüchelsteuer“ —, aber auch auf alle Wertpapiere. Zu Kreditunternehmungen zählen auch die Bausparkassen und die Kreditvermittler.

Trotz Erklärung des Bundeskanzlers Sinowatz in der Anfragebeantwortung vom 15. Juni, daß die ausdrücklich als steuerfrei bezeichneten Anleihen nicht der zwanzigprozentigen Besteuerung unterliegen, findet sich darüber im Entwurf natürlich nicht ein Wort. Es steht nichts drinnen. Ich bin gerne bereit, den Entwurf vorzulegen, falls Sie ihn, Herr Kollege Köpf, zur Replik brauchen sollten. *(Der Redner überreicht Bundesrat Köpf den Entwurf.)* Laut § 1 Absatz 5 ... *(Ruf bei der SPÖ.)* Na bitte, darf ich erklären: Der Entwurf ist nicht rundherum gegangen. Wenn er ihn nicht hat und er repliziert, soll er ihn vorher lesen. Das ist ja sonst unfair. Er kann ja nicht verlangen, daß ihm der Staatssekretär den Entwurf jetzt gibt, wenn er es nicht schon

gemacht hat. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Es gibt keinen Entwurf! Sie verwechseln die Arbeitsgrundlage mit der Regierungsvorlage!)*

Ein Arbeitsentwurf — bitte, ich lasse mich gerne aufklären. Ein Arbeitsentwurf eines Beamten ist immer eine „gefährliche Geschichte“, weil er automatisch die Grundlage einer Regierungsvorlage ist.

Laut § 1 Absatz 5 entkommt man der Steuer, wenn man sich legitimiert, also eine Urkunde oder sonstige amtliche Bescheinigung vorlegt, aus der die Identität des Sparbuchinhabers, nämlich Name, Wohnsitz und Geburtsdatum hervorgeht. Na, das ist eine weiterreichende Legitimationspflicht, als wenn man in ein Wahllokal geht; da braucht man solche Dokumente nicht. Außerdem muß der Verfügungsberechtigte seine Unterschrift leisten, und zwar seine Unterschrift in der Kreditunternehmung, in deren Büchern oder auf der Sparurkunde. Das steht da drinnen, bitte. *(Bundesrat Ing. Nigl: Bei der BAWAG haben Sie's leichter!)*

Weiters muß der Verfügungsberechtigte, um der Steuer zu entgehen, auch die Identität desjenigen vermerken, dem die Kapitalanlage zuzurechnen ist. Das heißt auf Deutsch: Notare zum Beispiel, die treuhändig Papiere verwahren, oder Sparvereine müssen nun bekanntgeben, wer deren Besitzer sind.

Man muß aber auch den Vorbesitzer — zum Beispiel bei einem Wertpapier — bekanntgeben. Denn es heißt im Absatz 6 Punkt 3: „Hat der Hinterleger die Kapitaleinlage von einem dritten erworben und Stückzinsen gezahlt, dann ist auch die Identität desjenigen nachzuweisen, an den die Stückzinsen gezahlt wurden.“ Also dem Vorbesitzer. Wenn Sie ein Wertpapier kaufen, müssen Sie, wenn Sie steuerfrei bleiben wollen, auch mitteilen, wer Ihr Vorbesitzer war. Na, da werden sich aber die Wertpapierhändler und die Wertpapier-sparer freuen.

Ja selbst die Erträge der Kapitalanlage, die nicht in Geld bestehen, sind mit den üblichen Mittelpreisen des Verbraucherortes anzusehen — das ist wohl ein ganz besonders schöner Auswuchs der Finanzprokuratur. Mittelpreise des Verbrauchortes anzusehen: das hört sich schon fast wie der ortsübliche Preis an bei einer normalen Leistung. Bitte, das bei Erträgen von Wertpapieren und Spareinlagen.

Um die Schröpfung in das Budget 1984 hinzubekommen, müssen die letzten Erträge

16866

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dkfm. Dr. Pisec

noch im Dezember 1984 bezahlt werden. Wörtlich steht drinnen: als Vorauszahlung — laut Paragraph 6 Punkt 5. Als Vorauszahlung, steht in dem Entwurf drinnen. Kassiert wird durch die Bankinstitute, die sich bereits gestern reihenweise darüber beschwerten — siehe Presse vom 23. Juni. Auch die niederösterreichischen und burgenländischen Sparkassen wehren sich gegen die Rolle eines Steuereintreibers, die der Staat den Geldinstituten dabei offenbar zugedacht hat.

Und dazu die Erklärung Salchers im „Kurier“ von heute, zu diesem Entwurf, Herr Staatssekretär. Ihr eigener Minister sagt dazu: „Es wird etwas Dickes kommen. Ohne Steuererhöhungen wird es nicht gehen.“ Und weiters wörtlich im „Kurier“ von heute: „Die Anonymitätsabgabe wird weniger bringen als die geplante Zinsertragssteuer.“ Nun frage ich mich: Wofür macht ihr das dann überhaupt? Wenn also heute eine Steuer auf den Tisch gelegt wird, und gleichzeitig kündigt der Ressortminister an, es wird etwas Dickes kommen — Überschrift: „Salchers Steuerpläne: Da kommt's noch dick,“ bitte, heute im „Kurier“ —, so ist das ehrliche Aviso eines Finanzministers, der sichtlich am Ende sein Budget nicht finanzieren kann.

Und was hat er denn da so vor zum Beispiel bei den Sozialversicherungen und den Betrieben des Bundes?

Da fragt der „Kurier“ dann: Was heißt das konkret bei den Sozialversicherungen? — „Das heißt, wir können uns für 1984 vorstellen, daß von den Beiträgen des Bundes zur Sozialversicherung her etwas geschehen kann.“ Bitte, das heißt für den gelernten Österreicher, Sie zahlen weniger. Damit ist das Sozialnetz gefährdet. Da Sie aber weniger aus dem Budget zahlen, bleibt nur eines übrig: die Wirtschaft — das wird hiemit angekündigt — wird weiter geschröpft. Und dagegen habe ich etwas, weil das eine verfehlte Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik ist und die Wirtschaft immer weiter geschröpft wird. Ich werde bei der Frage der 35-Stunden Woche noch darauf zu sprechen kommen.

Wenn ich in dieser Vorlage weitergehe, die nicht ein Regierungsentwurf ist, sondern ein Beamtenentwurf, eine Arbeitsunterlage, die zur Begutachtung ausgeschickt wird: Sehr bedenklich ist Paragraph 6 Absatz 7, wo steht, daß zwar die Bestimmungen des Paragraph 23 des Kreditwesengesetzes unberührt bleiben — das ist das mit der Nichteinsicht in die Konten —, aber — wörtlich — „das Finanzamt ist berechtigt, die rechtzeitige und

vollständige Abfuhr der Abgabe an Hand der Aufzeichnungen und Bücher des Abfuhrpflichtigen laut Absatz 2 zu überwachen.“

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich an den niederösterreichischen Übergriff, mittlerweile hat die Presse das klargestellt, daß ein Betriebsprüfer bei einer dortigen kleinen Sparkasse war, als die Depots eröffnet wurden in einer Nacht- und Nebelaktion. Glauben Sie wirklich, daß ein kleiner Sparkassenleiter sich hier einem starken Betriebsprüfer gegenüber behaupten wird können bis zum Ende, wenn der kommt und laut Gesetz das Recht hat, in seine Bücher Einblick zu nehmen, nämlich ob die Bank auch wirklich gezahlt hat? Aber in den Büchern steht ja noch mehr drinnen, denn die Leute haben ja bei der Anonymitätsabgabe unterschreiben und sich legitimieren müssen.

Und Sie haben sich im Wahlkampf so aufgeregt, daß wir vom Staatssparbuch sprachen. Jeder weiß, daß der Fiskus mit Computern arbeitet. Wenn also dort legitimiert, eingetragen und unterschrieben wird, der Finanzbeamte das Recht hat, jederzeit die Konten der Bank einzusehen, glauben Sie dann wirklich, daß sich das nicht im Computer findet? Ich würde Sie dringend ersuchen, diesen Entwurf zur Gänze zurückzuziehen, denn der führt nur zu einem: daß die Spargesinnung weiter beeinträchtigt wird, er führt dazu, daß die Menschen weiter verunsichert werden. Eine Verunsicherung, die Androsch bereits 1980 voraussagte, und zwar hier an dieser Stelle im Bundesrat, als er etwa meinte: Man kann eine solche Besteuerung nur dann machen, wenn sie generell ist. — Da hat er recht gehabt. Und leider wird er mit dem zweiten auch recht haben: Dann entsteht aber ein Kostenauftriebsfaktor, nämlich die Zinsen werden teurer, die 20 Prozent muß ja jemand abgelten, die werden also automatisch von den Kunden verlangt. Teurere Zinsen sind teurere Kredite. Teurere Kredite stören die Wettbewerbsfähigkeit. Eine Schmälerung des Zinsenertrages bedeutet auch, ausländische Investoren ziehen ihre Gelder natürlich ab, es ist nicht mehr interessant, außerdem wird man ihn in die Bücher der Bank eintragen. Das wird niemandem so sonderlich schmecken, denn er fürchtet, daß das Bankgeheimnis angegangen werden könnte. Jede Erklärung, wir gehen sie nicht an, macht es nur noch schlimmer.

Wir haben nicht darüber zu reden begonnen, begonnen haben Sie selber damit vor mehr als drei Jahren, und jetzt liegt es am Tisch. Ich bin an sich gar nicht sehr erfreut darüber, daß es so weit gekommen ist. Eines

Dkfm. Dr. Pisec

weiß ich: Die Inhaber von 20 Millionen Sparbüchern in diesem Lande und neuerdings auch die Wertpapiersparer werden mit diesem Gesetz keine Freude haben. Und deren Antwort haben Sie schon einmal gespürt, freuen Sie sich auf den nächsten Wahlgang. Wenn es nicht so traurig wäre, könnten wir uns ja darüber freuen. Aber leider bedeutet das eine schwere Beeinträchtigung der Kapital- und Kreditkraft unseres Landes, und darum sind wir nicht sehr erfreut. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und zum Schuldenmachen: Das Schuldenmachen geht weiter. Mock sagt es heute bereits in einer Replik im „Kurier“ auf Seite 2. Es ist die Replik auf die gestrige Benya-Erklärung, meine Damen und Herren; ich fürchte, Sie haben sie alle gesehen, wenn nicht, darf ich sie Ihnen zeigen: „Benya: Staat soll zur Sicherung der Arbeitsplätze weiter Schulden machen.“ Und schöner Untersatz: „Österreich kann sich das leisten.“ *(Bundesrat Köpf: Haben Sie eine eigene Meinung auch oder nur den „Kurier“?)*

Bitte, ich gebe die Meinung des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes wieder. Zu mir hat er es ja nicht gesagt, wenn es über die Zeitung kommt, muß ich das wohl respektieren. Wenn es falsch ist, kann er ja eine Richtigstellung machen, genauso wie es andere machen müssen, wenn es falsch ist. Ob Sie es bringen, ist dann eine zweite Sache, denn beim Mediengesetz war man damals nicht so geschickt, daß Sie alles bringen müssen, was ich noch heute mit geringer Freude verfolge, aber es ist eine Erklärung des Herrn Präsidenten.

Meine Damen und Herren, das ist sehr ernst. Darum hat auch unser Bundesparteibeamann sofort mit einer Presseaussendung darauf reagiert. Er hat genauso schnell reagiert, wie Sie reagierten, als er erklärte, für die Verstaatlichte werden wir allein nichts mehr machen, wenn nicht gleichzeitig für die Klein- und Mittelbetriebe etwas geschieht. Da haben Sie auch schnell reagiert, er hat völlig recht, schnell zu reagieren.

Wir haben eine Verschuldensquote — um das wieder einmal ins richtige Licht zu bringen, der Wahlkampf ist schon lange vorüber, die Menschen vergessen das so schnell —, die Regierungserklärung spricht von einer Finanzschuld von 342,6 Milliarden Schilling. Wenn wir dazu die Verwaltungsschulden rechnen und die sogenannten Verpflichtungen, die der Bund übernommen hat — zuletzt übernommen hat zum Beispiel für die Autobahngesellschaft, die haben Kredite aufge-

nommen und die Haftung trägt der Bund —, dann kommt eine Zahl heraus, die ungeheuerlich ist: 1076 Milliarden! Das ist fast dreimal soviel, als in der Regierungserklärung steht. Und das trotz der Cassandra-Rufe der damaligen Cassandra und des jetzigen Notenbankpräsidenten Koren. Leider! Wie recht hat er gehabt, als er Ihnen damals ins Gewissen geredet hat, von dem sozialistischen Weg abzugehen. *(Bundesrat Ing. Nigl: Welches Gewissen?)* Ja, wenn Sie eines haben. Es ist natürlich eine Frage, ob Sie ein wirtschaftspolitisches Gewissen haben. Das wird sich ja bei den nächsten Handlungen weisen.

Der Notenbankpräsident erklärt Ihnen, das Defizit des Budgets ist bald nicht mehr finanzierbar. Eine klare Erklärung. Ihre eigene Erklärung 1970, als Sie von uns die Macht übernahmen mit 7 Milliarden Budgetdefizit. Sie haben heute, nach 14 Jahren sozialistischen Weges, vierzehnmal soviel, 14 mal 7, Sie haben rund 100 Milliarden Schilling Budgetdefizit. In 14 Jahren vierzehnmal soviel, die Zahlen sind klar. *(Bundesrat Dr. Michlmayr: Mit Zahlen kann man jonglieren! Im Zirkus kann man jonglieren! Aber das ist kein Zirkus da!)* Bitte, das ist nicht ein Jonglieren, ich möchte das ganz klar sagen: Die Aussage, daß das Budgetdefizit 100 Milliarden Schilling erreichen wird, ist nicht von mir, sie ist vom Präsidenten der Notenbank, sie ist nicht widersprochen vom Bundesfinanzminister, ganz im Gegenteil, er selber hat ähnliche Zahlen genannt. Also das ist kein Jonglieren mit Zahlen, was es wiegt, das hat es.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, wie ein so verantwortungsbewußter, realer Politiker wie der Gewerkschaftspräsident Benya bei 1076 Milliarden Schilling — eine ungeheuerliche Summe! — sagen kann, Österreich kann sich das leisten, mehr Schulden zu machen. Auf diesem Weg gehen wir nicht mit.

Ich möchte sehr gerne von der Freiheitlichen Partei hören, die in dieser Frage ganz klare Wahlaussagen gemacht hat, wie sie sich dazu stellt, daß mehr Schulden gemacht werden. Ich kann nur eines dazu sagen: Es ist so, wie Hans Rauscher im „Kurier“ am 18. Juni geschrieben hat: Mit dem Rückzug des großen Mannes wird mit einem Mal der Blick frei auf die gedankliche Öde in den Reihen seiner Erben. Alles, was ihnen bisher eingefallen ist, sind Steuern, Steuern und Steuern. Und ich setze noch dazu: und Schulden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Als wichtigstes Problem erscheint uns von

16868

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dkfm. Dr. Pisec

der Österreichischen Volkspartei daher eine Herzensangelegenheit, die jeden Österreicher betreffen muß, nämlich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ich erlaube mir daher einen Dringlichkeitsantrag als Entschließungsantrag betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzubringen.

Entschließungsantrag

der Bundesräte Dkfm. Dr. Pisec und Genossen zur Debatte über die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Für die derzeit fast 60 000 Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren, die keinen Arbeitsplatz finden können, stellt die Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung keine Ermutigung dar.

Obwohl die amtliche Statistik Ende Mai 1983 28 791 arbeitslose Jugendliche ausweist,

obwohl der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit steigt (Jänner 1983 25,2%, Mai 1983 26,3%),

obwohl die Mikrozensusserhebung September 1982 aufzeigt, daß der offiziellen Arbeitslosenrate eine ebenso hohe versteckte Arbeitslosigkeit gegenübersteht, und

obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen zwischen 15 und 19 Jahren von Mai 1982 bis Mai 1983 mehr als verdoppelt hat (Mai 1982: 2 438 — Mai 1983: 5 020)

begnügt sich die Regierungserklärung mit einer allgemein gehaltenen Passage zu diesem vordringlichen Thema, ohne neue Akzente zu setzen.

Angesichts der zunehmenden Beschäftigungsprobleme Jugendlicher, die mit dem Abgang von 64 000 Pflichtschulabsolventen mit Ende des heurigen Schuljahres weiter verschärft werden, stellen die unterzeichneten Bundesräte den folgenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

folgende Sofortmaßnahmen zur erfolgreichen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu treffen:

1. Erhöhung der bestehenden steuerlichen Investitions- und Innovationsförderung für Betriebe, die zusätzlich derzeit arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren einstellen.

2. Gewährung einer Einschulungs- und Ausbildungsprämie für zusätzlich aufgenommene Jugendliche in der Altersstufe 17 bis 25 Jahre (ausgenommen Lehrlinge) aus Problembezirken mit hohen Arbeitsplatzdefiziten.

3. Gewährung eines Steuerfreibetrages in Höhe von 12 000 S pro Jahr für jene Lehrlingsbetriebe, wo der Betriebsinhaber Lehrlinge selbst ausbildet und keinen angestellten Ausbilder beschäftigt.

Ich ersuche, darüber dann die Abstimmung herbeizuführen.

Darf ich noch den Damen und Herren der sozialistischen Fraktion auf den Weg mitgeben: Ihr Parteikollege Grüner hat gefordert 3 000 S pro Monat in Fragen der Verbesserung der Lehrlingsausbildung, nachzulesen gestern in der Zeitung.

Es gehört, um dieses Programm durchzuführen, eine absolute Gleichstellung von Privatwirtschaft und verstaatlichter Wirtschaft in den Fragen der Lehrlingsausbildung. Wir verurteilen schärfstens die Absicht, ein Zwangseinstellungsgesetz zu schaffen. Nicht durch Zwang, sondern durch Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas ist etwas zu erreichen.

Unsere braven Meisterbetriebe wurden verunsichert durch immer neue Zwangsbeglückungsideen der Gewerkschaft und der Arbeiterkammern. Die Wirtschaft fordert einen sofortigen Belastungsstopp, die Beendigung der Diskussion des Sozialministers Dallinger um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Das Jahr 1984 wird das schwerste Jahr für die österreichische Wirtschaft werden. Es treten Milliardenbelastungen in Kraft. Zum Beispiel die 100prozentige Arbeiterabfertigung ab 1. Jänner. Weiters die gegen unseren Willen einseitig beschlossene Urlaubsverlängerung ab 1. Jänner 1984. Es kommt die Energieabgabe, die Kostenerhöhung bedeutet. Es kommen Mehrwertsteuererhöhungen. Die fast ausweglose Budgetsituation erfordert die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge.

Dkfm. Dr. Pisek

Ich habe Salcher in seiner heutigen Ausführung im „Kurier“ in dieser Frage zitiert und habe leider recht gehabt. Als ich das gestern geschrieben habe, wußte ich nicht, was heute da drinnen stehen wird. Leider recht gehabt! Letztlich wird das die Wirtschaft in ihrer Konkurrenzfähigkeit schwer treffen.

Die sogenannte Anonymitätsabgabe oder Sparsbuchsteuer erhöht die Kreditkosten. Die Konjunktur ist weiter rückläufig. Eine verschärfte Mitbestimmung in der Arbeitsverfassung wird auch diskutiert. Auch das kann Kosten verursachen.

Wie kann man da eine weitere Kostenbelastung der Wirtschaft verlangen, die nach Berechnungen des Institutes für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung aus dem Jahre 1981, nämlich die Senkung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, wie kann man das verlangen, wenn diese Senkung auf 35 Wochenstunden Arbeitszeit eine Erhöhung der Lohnkosten von 19,9 Prozent bedeutet?

Erstens: Die ständige Diskussion gefährdet das Wirtschaftsklima. Die so wichtigen Investitionen sind rückläufig, meine Damen und Herren der Regierung, die Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen und sichern: Bei Maschinen minus 10 Prozent nach Erhebungen der Bundeskammer, bei Anlagen minus 6,5 Prozent, in der Bauwirtschaft minus 5 Prozent. Das sind Alarmzeichen.

Die Leute sind nicht mit dem Investitionsklima einverstanden, sie sind verunsichert. Und das, was Sie in den letzten Wochen mit der dauernden Diskussion um neue Steuererhöhungen, um neue Belastungen ... Ja, die wörtliche Erklärung des Bundeskanzlers und des Finanzministers, wir müssen die Phase zwischen der Erhöhung von Tarifen und Gebühren neu überlegen, die ist zu lange, das bedeutet, wir ziehen das vor. Auch Tarife und Gebühren werden erhöht. Bitte, ist ja alles angekündigt. Das verunsichert die Wirtschaft, das zerstört auf Dauer das Investitionsklima und bringt die Arbeitskräfte um.

Zweitens: Nach Untersuchungen des Beirates von 1969 kostet eine Stunde Arbeitszeitverkürzung einen Wachstumsverlust von 1 Prozent. (*Bundesrat Gargitter: Geh! Geh!*) Ich bin gerne bereit, Ihnen die Untersuchung zu übergeben. Wenn es nicht so ernst wäre, würde ich das nicht bringen. Ihre Diskussion, heute wieder durch die neue Familienministerin fortgesetzt, damit sie sich profiliert: „Ich bin auch für die 35-Stunden-Woche.“ Bitte, seit wann hat das Familienmi-

nisterium mit den 35 Stunden etwas zu tun? Das ist eine wirtschaftliche Frage, das geht ja munter durcheinander. Verunsichern Sie die Wirtschaft weiter, die Folgen sind ungeheuerlich. 1 Prozent Wachstumsverlust durch eine Stunde!

Das, was Sie vorhaben, bedeutet die Vernichtung — die Vernichtung! — von 70 000 bis 90 000 Arbeitsplätzen. Bitte untersucht. Wir sind bereit, im Rahmen der Sozialpartnerschaft die Unterlagen auf den Tisch zu legen.

Das Beispiel Frankreichs zeigt, daß die Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde, nämlich von 40 auf 39 Stunden nur, nur um eine Stunde haben die es gemacht durch die sozialistisch-kommunistische Regierung Mitterand, ein Steigen der Arbeitslosenrate seit 1981 von 7,3 Prozent auf 9,5 Prozent brachte. Die Inflationsrate stieg auf 12,5 Prozent.

Die Devisenbeschränkungen und Steuererhöhungen treffen die Franzosen in bisher unvorstellbarem Maße. Kürzere Jahresarbeitszeit, meine Damen und Herren, führt meist zu höherer Inflation und höherer Arbeitslosenrate. Die Länder mit der größten Arbeitszeit wie Japan und die Schweiz haben laut Statistik der OECD die geringsten Arbeitslosenraten, nämlich 1982 nur 2,5 Prozent und nur 0,6 Prozent. (*Bundesrat Gargitter: Die haben ja ihre Arbeitslosigkeit exportiert! — Bundesrat Steinle: Wir haben 2,4!*)

Die hatten Sie. Bitte, die 2,4 Prozent sind schon lang vorüber. Wir haben 6 Prozent im Winter gehabt. Bitte, Ihre Zahlen zu überlegen. 6,5 Prozent! Die niedrigste Arbeitslosenrate in Österreich, die jetzt im Frühjahr gezählt wurde, betrug in Vorarlberg 3,3 Prozent und steigt im Burgenland bis 16,6 Prozent. Bitte, lesen Sie Ihre eigenen Ergebnisse. Es ist zu ernst, als daß man darüber falsche Zahlen sagen kann. Ist nachzulesen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Drittens: Österreich hat keinen einheitlichen Arbeitsmarkt, sondern starke regionale Unterschiede. Es gibt also sicher Notgebiete, wie ich gerade in der Replik gesagt habe, in Kärnten zum Beispiel, 13,3 Prozent Arbeitslose im oberen Waldviertel. Denen nützt die lineare Arbeitszeitverkürzung überhaupt nichts. Ganz im Gegenteil. — In Wien sind es 4,4 Prozent. In den Ballungszentren wird die Arbeitszeit für die Facharbeiter verkürzt. Das heißt, dort, wo es besser geht, wo florierende Unternehmen sind, wird es schwerer. Dort aber, wo es schlechter geht, in den landwirt-

16870

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dkfm. Dr. Pisec

schaftlichen Regionalzonen, wo viele Arbeitsplätze fallen, dort wird nichts besser.

Man kann es also nicht durch eine lineare Erhöhung regeln, das ist reine Theorie.

Und nun komme ich zur Milchmädchenrechnung. Der erste Milchmädchenrechner war der Minister Dallinger. Minister Dallinger hat wörtlich erklärt: Schaffung neuer Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzung ist gleich neuer Arbeitsplatz, ist die Grundgleichung.

Er ist befragt worden, „Kurier“ 15. August 1978, „Vorarlberger Nachrichten“ 16. August 1978. Ich zitiere die Zeitung. Er sagt dort: Sinnlose Milchmädchenrechnung. — Bitte, er hätte sagen müssen: Milchmännerrechnung, sonst beleidigen wir die Damen. — Selbst ein Jahr später, 1979, hat er sich in der „Industriezeitung“ zu dieser Äußerung bekannt. Da war er noch nicht Sozialminister, damals war er ein guter Gewerkschaftsfunktionär.

Heute ist er in meinen Augen ein schlechter Sozialminister. Was er damals gesagt hat, gilt auf einmal nicht mehr. Die Milchmädchenrechnung geht nicht auf, meine Damen und Herren! Sie ist von ganz schrecklichen Theoretikern gemacht!

Auch wenn Wille im Nationalrat erklärt, die beste Sicherung der Arbeitsplätze, die beste Arbeitsplatzsicherung wäre, die vorhandenen Arbeitsplätze zu dividieren, mit Arbeitszeitverkürzung: Diese Rechnung geht nirgends auf der Welt auf.

Beweis, was einen zusätzlichen Arbeitsplatz betrifft: Die Reduzierung von 40 auf 35 Stunden macht 5 Stunden aus. Ich muß also 35 Stunden jemanden beschäftigen. Mal 7 ergibt 35. Ich muß sieben Arbeitnehmer haben, dann kann ich einen achten einstellen. 7 mal 5 ist 35, ich glaube, das wird unbestritten bleiben.

Nun, was stellt sich heraus? In Österreich ist die Betriebsstruktur so klein, daß fast keine Betriebe mehr als sieben Arbeitnehmer haben, in der breiten Masse. Mit Ausnahme von einigen Großunternehmen. Nun, wie die dastehen, das wissen wir ja. Besonders wenn sie nationalisiert oder kommunalisiert sind. 72 Prozent des Gewerbes haben weniger als sieben Mitarbeiter, 82 Prozent des Handels, 86 Prozent der Verkehrsbetriebe, 91 Prozent des Fremdenverkehrs. Insgesamt handelt es sich dabei um 132 100 Betriebe. Das, meine Damen und Herren, sind insgesamt 78 Pro-

zent aller österreichischen Unternehmen, die weniger als sieben Leute beschäftigen. Die können gar keinen achten aufnehmen.

Daher beweise ich Ihnen, daß die Milchmädchenrechnung ein theoretischer Nonsens ist! Wir legen Ihnen die Unterlagen aus dafür auf den Tisch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das einzige, das entsteht, ist etwas anderes: Die Klein- und Mittelbetriebe, von denen die Regierungserklärung, Ihr Bundeskanzler sagt, daß sie so gute Erfolge in der Sicherung der Arbeitsplätze haben — Sie bekennen sich dazu —, diese Klein- und Mittelbetriebe sind hauptsächlich Familienbetriebe, wo der Chef und die Chefin selbst mitarbeiten. Ja, aber wie schaut da die Arbeitszeit aus? Die müssen dann, weil die Arbeitnehmer weniger arbeiten, mehr arbeiten!

Wie schaut es denn bis jetzt aus? 1981 betrug die Arbeitszeit der Unselbständigen pro Woche — mit Rücksicht auf den vielen Urlaub, den wir schon haben — 36,9 Stunden — das ist eine Erhebung, bitte —, die Arbeitszeit der Selbständigen aber 58 Stunden pro Woche.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie eine Gewerkschaft machen, machen Sie eine für die Selbständigen, denn das sind die wahren Ausgebeuteten dieses Jahrzehnts! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist eine klare Wahrheit, bitte, darüber brauchen wir gar nicht zu reden.

Wir sind nicht froh darüber, das zum Beispiel täglich in die Kammer Wien 3 bis 4 Unternehmer kommen, die sagen: Ich kann nicht mehr, ich muß zusperrn. Wir hätten es viel lieber umgekehrt, daß Junge kämen und sagten: Helft uns, einen Betrieb aufzumachen! — Das wollen wir erreichen! Nicht, daß zuge-sperrt wird. Neue Arbeitsplätze durch Jugendförderung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fünftens: Die Konkurrenzfähigkeit wird durch eine Verteuerung des Kostenfaktors Arbeit weiter geschmälert. *(Bundesrat Berger: Kollege Pisec: Um wie viele Selbständige sind heute mehr bei der Kammer gemeldet als vor einem Jahr? Beantworten Sie mir doch diese Frage! Es hat noch nie so viele Kammermitglieder gegeben als heute!)*

Herr Kollege Berger! Was wollen Sie denn? 35 Stunden bei uns. Sie haben bitte überhaupt nicht aufgepaßt. Der Bundeskanzler sagt aber: Im öffentlichen Dienst geht es nicht! Der Leopold Gratz sagt heute in der „Presse“ — lesen Sie es bitte nach —: Wir können in der

Dkfm. Dr. Pisec

Stadt Wien die Arbeitszeitverkürzung nicht durchführen. Wir brauchen um 1 200 mehr Arbeitskräfte in den Spitälern, die wir nicht mehr finanzieren können. — Das sind die Realitäten! Ihre eigenen Leute sagen das! (*Bundesrat Berger: Herr Kollege Pisec! Um wie viele Kammermitglieder gibt es mehr? Antworten Sie! Warum bekomme ich keine klare Antwort?*) Was kostet das dem öffentlichen Dienst? Der Herr Bundeskanzler sagt: 7 bis 12 Milliarden Schilling. Und das kann niemand finanzieren.

Daher wird es eine Arbeitszeitdiskussion über die einen geben und über die anderen nicht. Man kann sie auch in vielen Belangen nicht verkürzen, denn sonst leidet die Dienstleistung, sonst leidet das Service, sonst leiden dringend notwendige Arbeiten, sonst leiden lebenserhaltende Tätigkeiten.

Niemand will diese Arbeitszeitverkürzung in der Wirtschaft. Auch der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Benya steht auf der Bremse, sagt er, und der Arbeiterkammerpräsident Czettel spricht sich ebenfalls dagegen aus.

Die Bevölkerung haben wir danach befragt. Die versteht, daß wir uns derzeit eine Arbeitszeitverkürzung nicht leisten können. Den Arbeitnehmern in Österreich ist ein sicherer Arbeitsplatz mit gar keiner oder einer geringen Lohnerhöhung noch allemal lieber als der Verlust des Arbeitsplatzes durch eine unzeitgemäße Reduktion der Wochenarbeitszeit.

Bei einem zum Stillstand gekommenen Wirtschaftswachstum und einer ausbleibenden Konjunktur ist jede Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Wirtschaft gefährlich. Alle wissen das. Nur der Herr Minister Dallinger hat seit 1978 seine Meinung geändert, und der weiß es nicht.

Wenn selbst der Bundeskanzler weiß, daß es im Bundesdienst nicht geht, weil es im Budget nicht unterzubringen ist, kann ich Ihnen nur sagen: Schließen Sie sich der Meinung Ihres Bundeskanzlers an. Jetzt geht die Arbeitszeitverkürzung nicht, sonst ruinieren Sie die Wirtschaft. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani:** Ich begrüße den im Hause erschienenen Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Harald Ofner. (*Allgemeiner Beifall.*)

Der von den Bundesräten Dkfm. Dr. Pisec und Genossen eingebrachte Entschließungs-

antrag ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Dkfm. Holger Bauer. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. **Bauer:** Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Die Ausführungen des Herrn Bundesrates Dkfm. Dr. Pisec können, soweit sie das Finanzressort betreffen, aus meiner Sicht nicht unwidersprochen bleiben.

Aber gestatten Sie mir vorweg eine allgemeine Bemerkung. Ich versuche das von der Regierungsbank aus so wenig polemisch als es nur irgendwie geht zu machen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses!

Ich stelle hier im Bundesrat das gleiche fest wie im Nationalrat, nämlich daß sich die geschätzten Redner der Österreichischen Volkspartei zunehmend und vordringlich mit der freiheitlichen Regierungsfraktion auseinandersetzen. Ich nehme das unter dem Motto — ich bin gar nicht traurig darüber — „Viel Feind, viel Ehr“ zur Kenntnis und füge dazu: Die Frustration, daß nicht Sie auf der Regierungsbank sitzen, sondern die Freiheitlichen mit der Sozialistischen Partei die Regierung bilden, muß sehr groß sein.

Und damit zur Sache selber, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Herr Bundesrat Pisec und der Vorredner von seiner Fraktion, der Herr Bundesrat Weiss, haben lauthals die Verunsicherung der Wirtschaft und der Sparer beklagt.

Ich frage Sie, Herr Bundesrat Pisec, was das dann ist, was Sie hier heute gemacht haben? Das hat damit begonnen, daß Sie entweder aus Unwissenheit oder wider besseres Wissen pausenlos von einem „Regierungsentwurf“ in Sachen Anonymitätsgebühr gesprochen haben.

Ich sage Ihnen als offizieller Vertreter des Finanzministeriums: Es gibt keinen diesbezüglichen Regierungsentwurf! Wovon Sie gesprochen haben, ist eine interne Arbeitsunterlage, die die Beamten des Hauses ohne Mitwirkung politischer Instanzen, sprich Bundesminister oder Staatssekretär, für Gespräche mit dem Kreditapparat vorbereitet haben, mit dem eben anhand eines Arbeitspapiers — das ist doch die logische Vorgangsweise —

16872

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Staatssekretär Dkfm. Bauer

die weitere Vorgangsweise abgesprochen werden soll. (*Bundesrat Raab: Eine Fleißaufgabe der Beamten!*)

Und es ist halt ein bißchen unfair — das muß ich auch dazusagen —, wenn man, um diese Arbeit zu erleichtern und das Ergebnis zu verbessern, diese schriftliche unverbindliche Arbeitsunterlage den Vertretern des Kreditapparates übergibt, daß offensichtlich diese Unterlage von Damen und Herren, die Ihnen nahestehen, weitergegeben wird und man dann so tut, als sei das eine Regierungsvorlage. Also wenn das keine Verunsicherung der Sparer und der Öffentlichkeit ist, dann weiß ich nicht, was eine Verunsicherung ist, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben dieses Spiel aber noch weitergetrieben, und zwar ein sehr unschönes Spiel, wie ich glaube. Ich greife nur zwei Beispiele heraus, denn ich könnte ja Ihre Wortmeldung bezüglich der Anonymitätsgebühr ja Passage für Passage zerpfücken, mein hochgeschätzter Herr Bundesrat.

Sie haben hier so getan, als würden jetzt auch die Bausparkassen von der Anonymitätsgebühr betroffen sein. (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek: Wozu haben Sie das dann aufgelegt?*) Da müssen Sie halt weiterlesen! Ich sage Ihnen: Davon kann überhaupt keine Rede sein! Ich weiß nicht, ob Sie es nicht gelesen oder nicht verstanden haben, Herr Bundesrat (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*), ich gehe davon aus, daß Sie es nicht gelesen haben. (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek: Das ist eine billige Demagogie!*) Wenn Sie das gesamte Papier lesen, wenn Sie diese unverbindliche Arbeitsunterlage lesen (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek: „Bundesgesetz“ steht oben!*), dann müßten Sie wissen, daß nicht die Bauspartätigkeit an sich gemeint ist, sondern daß nur allfällige Zusatzgeschäfte der Bausparkassen gemeint sind, also wenn etwa eine Bausparkasse bankähnliche oder bankgleiche Geldgeschäfte macht. Das ist ja ein Gesetz der Logik, daß natürlich diese Geschäfte, wenn sie eine Bausparkasse betreibt, dann auch unter die allfällig einzuführende Anonymitätsgebühr fallen. Aber ich stelle klar und fest: Natürlich ist — aber ich nehme an, Sie haben es ja ohnehin gewußt, Herr Kollege Pisek, Sie haben es halt nur nicht gesagt — die Bauspartätigkeit davon nicht betroffen. Das wäre auch ein Unding, würde man auf der einen Seite die Angelegenheit fördern und auf der anderen Seite wieder etwas wegnehmen. Ich meine, das müßte eigentlich klar sein.

Und das gleiche, Herr Bundesrat Pisek, haben Sie ja auch bezüglich Ihres Hinweises auf den § 6 Abs. 7 gemacht, wo Sie mit großer Verve und großem Geschick — das gebe ich Ihnen schon zu — hier so getan haben, als würde jetzt das Jahr des Orwell ausbrechen, als würde entgegen den Versicherungen der politischen Instanzen und der Bundesregierung jetzt das Kreditwesengesetz geändert werden und jederzeit das Finanzamt... (*Zwischenruf des Bundesrates Dkfm. Dr. Pisek.*) Sie haben es entweder wieder nicht gelesen oder — entschuldigen Sie — wieder nicht verstanden. Sie haben es nicht vollständig gelesen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Dkfm. Dr. Pisek.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich mache Sie aufmerksam, Herr Bundesrat Dr. Pisek: Sie haben das Recht auf Zwischenrufe, aber nicht auf Zwischenreden! Wenn Sie noch einmal reden wollen, dann melden Sie sich bitte zu Wort!

Am Wort ist der Herr Staatssekretär Dkfm. Bauer.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. **Bauer** (*fortsetzend*): Danke, Herr Vorsitzender!

Herr Bundesrat Pisek! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesrat hätte nur einen Satz weiterlesen müssen, und dann wäre das klargestellt gewesen, daß nämlich mit dieser Bestimmung ja nur die globale Einsichtnahme in die Bilanz gemeint sein kann (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek: Das steht nicht hier!*), also wo man feststellt, wieviel Gelder sind anonym veranlagt und wieviel Gelder sind legitimiert veranlagt. Und aus dieser Globalsumme ist dann die Höhe der zu leistenden Abgabe oder Gebühr auszurechnen. (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek: Das steht in meiner Unterlage leider nicht!*) Das geht aus dem nächsten Satz hervor, Herr Bundesrat Pisek, in dem folgendes steht: „Die Bestimmungen des § 23 des Kreditwesengesetzes bleiben unberührt.“ Das heißt im Klartext, Herr Bundesrat Pisek, daß nach wie vor keine Bank dem Finanzamt, der Finanzbehörde Auskunft über Konten von Kunden geben darf, es sei denn, dieser Mann ist in ein Finanzstrafverfahren verwickelt, also das, was es bisher schon gibt. Daher bleibt also das Kreditwesengesetz völlig unberührt. (*Bundesrat Molterer: Was wird es dann bringen? Gar nichts!*)

Und wenn Sie fair gewesen wären gegen-

Staatssekretär Dkfm. Bauer

über der Bundesregierung, hätten Sie den zweiten Satz auch gelesen, und dann hätten Sie gewußt, daß es nicht so ist, wie Sie es dargestellt haben, Herr Bundesrat Pisec! (*Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec: Ich habe es zitiert! Haben Sie nicht zugehört?*) Sie haben unvollständig — ich nehme an, bewußt unvollständig — zitiert. Falls es ein Mißverständnis gewesen sein sollte, dann hoffe ich, daß ich es in der von mir dargelegten Art und Weise aufklären konnte.

Vielleicht auch noch einige Bemerkungen, Herr Bundesrat Pisec, zur Budgetpolitik insgesamt.

Ich stehe nicht an, hier festzuhalten, daß das Budgetdefizit bei gleichbleibender wirtschaftlicher Lage und Situation und bei Fortführung der bisherigen Budgetrichtlinien im kommenden Jahr bei über 100 Milliarden Schilling liegen würde. Man spricht von 115 Milliarden Schilling. (*Ruf bei der ÖVP: Entsetzlich hoch!*) Ich stimme Ihnen zu.

Das allein zeigt, daß ein Umdenken in der Budgetpolitik notwendig ist. Und zu diesem Umdenken in der Budgetpolitik bekennt sich die derzeitige Bundesregierung vollinhaltlich. Das geht aus der Regierungserklärung und aus der vollinhaltlich veröffentlichten Vereinbarung der beiden Koalitionspartner sehr eindeutig hervor. Ich erspare es Ihnen und mir, die entsprechenden Passagen aus der Regierungserklärung Ihnen nochmals zur Kenntnis zu bringen.

Dieses Umdenken hat bereits in der Form eingesetzt, daß es Budgetrichtlinien gibt, die von den Beamten — Herr Bundesrat Sommer, ich nehme an, Sie können mir das bestätigen — als die rigorosesten im Sinne von Einsparung bezeichnet werden, die es seit dem Jahre 1955 gegeben hat — so ein wörtliches Zitat eines Kollegen von Ihnen, Herr Bundesrat Sommer, ich glaube, ich begehe gar keine Indiskretion, wenn ich sage, wer das war, eines Personalvertreters Ihrer Fraktion, der das hiemit bestätigt, der also von den rigorosesten Budgetrichtlinien im Sinne von Einsparungen spricht, die er im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit zu Gesicht bekommen hat.

Wir werden also jetzt alles versuchen, sehr ernsthaft versuchen, einzusparen, wo immer es möglich ist. In einem Punkt allerdings unterscheiden wir uns — ich spreche jetzt von der Bundesregierung insgesamt — von den Vorstellungen manch anderer Damen und Herren in Ihren Reihen, ich sage nicht der

gesamten Fraktion oder der gesamten Partei. Denn so einfach, wie sich das der eine oder andere vorzustellen scheint, daß man generell und linear und überall kürzen kann, liegen die Dinge wirklich nicht.

Und ich war eigentlich sehr gespannt, was der Herr Bundesrat Sommer in seiner Eigenschaft als oberster Vertreter der öffentlich Bediensteten zu dem Einsparungsvorschlag seiner Fraktion, seiner Partei zu sagen hat, daß man auch bei den Beamten entsprechend einsparen müßte. (*Bundesrat Raab: Und bei den Staatssekretärinnen!*) Ja, ja, ich weiß schon. Aber damit werden Sie nicht ein sehr großes Loch im Staatssäckel stopfen können.

Aber wie ich sage: Auf dieser Ebene liegen Ihre Einsparungsvorschläge insgesamt; alles halt nicht sehr glaubhaft und seriös, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mir erlauben darf, das festzustellen.

Herr Bundesrat Sommer! Es ist keine Frage, daß man sich dem Problem der Eindämmung der Bürokratie mittel- und langfristig widmen muß. Wenn ich es aber zurzeit mache — ganz abgesehen davon, daß es auf Grund des Dienstrechtes ja gar nicht so einfach ist —, wenn ich das jetzt mache und etwa einen Vertragsbediensteten kündige, findet der ja nicht um die nächste Ecke einen neuen Arbeitsplatz, sondern es ist zu befürchten, daß er als Arbeitsloser die öffentliche Hand auf andere Art und Weise belasten wird. Das ist also schon einmal kein Patentrezept.

Das gleiche gilt für den berühmten Beamtenstopp, das heißt also, freierwerdende Positionen, wenn sie notwendig sind, nicht nachzubetzen. Das vergrößert das Kontingent der Jugendarbeitslosen. Ich will damit nur sagen: So einfach liegen die Dinge nicht.

Das gleiche gilt natürlich auch für andere Ausgaben des Bundes, wenn Sie etwa nur an die Investitionsausgaben denken. Ich kann nicht, wenn ich nicht kontraproduktiv wirken will, die Investitionsausgaben des Bundes dramatisch und drastisch zurückführen, denn das sind ja Aufträge an die Wirtschaft — zum guten Teil an die Privatwirtschaft, Herr Bundesrat Pisec! —, und ich glaube, die würden sich schön bedanken, wenn die öffentliche Hand nunmehr ihre Investitionsausgaben plötzlich um 20, 25 Prozent reduzieren würde.

Ich will damit nur sagen, man muß hier sehr vorsichtig und gezielt vorgehen. Ich sage damit nicht, daß es keine Einsparungsmöglichkeiten gibt. Ich sage Ihnen, es muß Fin-

16874

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Staatssekretär Dkfm. Bauer

sparungen geben. Nur liegen die Dinge nicht so einfach. Man kann also nicht erwarten, daß auf Grund der wirtschaftlichen Situation und Gegebenheiten das Budgetdefizit allein durch Einsparungen dramatisch reduziert werden kann.

Man muß daher, wenn man die Arbeitsplatzsicherung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Investitionsbelegung und die Wirtschaftsbelegung insgesamt ernst nimmt, wahrscheinlich auch auf der Einnahmenseite etwas tun, und daher gibt es die Diskussion, von der Sie gesprochen haben. Ich glaube aus echter, tiefer, innerer Überzeugung: Es gibt keinen anderen Weg, um den Budgetspielraum wieder im Sinne einer Belegung der Wirtschaft zu vergrößern, als den, einerseits gezielt — aber eben nur gezielt und ganz bewußt nur in gewissen Bereichen — einzusparen und auf der anderen Seite eben auch Einnahmen zu erhöhen. Daß das nicht angenehm ist, weiß ich.

Es ist aber auch das Einsparen nicht angenehm, auch das ist ja nur auf den ersten Blick etwas Populäres. Was heißt: einsparen von seiten der öffentlichen Hand? Einsparen von seiten der öffentlichen Hand kann auch heißen, daß etwas bisher Gegebenes nicht mehr gegeben wird, daß eine bisher angebotene Leistung nicht mehr angeboten wird. Auch hier warne ich vor der Illusion, daß das etwas Populäres wäre. (*Zwischenruf des Bundesrates Dkfm. Dr. Pisec*.) Aber man muß beides versuchen, und dazu sind wir fest entschlossen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Dr. Pisec zum Wort gemeldet.

Bevor ich das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß eine tatsächliche Berichtigung nach § 36 Abs. b der Geschäftsordnung die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Dr. Pisec zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Bundesrat Dkfm. Dr. **Pisec** (ÖVP, Wien): Herr Staatssekretär! Ihre Ausführung, daß ich den § 23 des Kreditwesengesetzes absichtlich nicht zitiert habe, ist unrichtig. Ich habe meine wörtliche Mitschrift hier und wiederhole, was ich ausführte:

Sehr bedenklich ist § 6 Abs. 7, wo steht, daß zwar die Bestimmungen des § 23 des Kredit-

wesengesetzes unberührt bleiben, daß aber das Finanzamt berechtigt ist — so sagte ich, steht dort —, die rechtzeitige und vollständige Abfuhr der Abgabe an Hand der Aufzeichnungen des Abfuhrpflichtigen — Absatz 2 — zu überwachen.

Das kann auch in der stenographischen Mitschrift nachgelesen werden. Das zu meiner tatsächlichen Berichtigung.

Was Sie sonst angeführt haben, kann ich auf Grund der Geschäftsordnung nicht replizieren — mit Ausnahme einer Sache —: Bitte, frustriert sind wir nicht! Ich berichtige diese Aussage: Frustriert sind wir nicht, wir fühlen uns nicht frustriert. Wir sind nur empört darüber, daß die Grundsätze der liberalen Wirtschaftshaltung in dieser Form der Koalition plötzlich über Bord geworfen wurden. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wolfgang Michlmayr. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. **Michlmayr** (SPÖ, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Meine Herren Staatssekretäre! Geschätzte Damen und Herren! Es ist zweifelsohne so, daß der 24. Mai dieses Jahres einen neuen Schnitt, eine neue Epoche in der Innenpolitik und letztlich auch in der österreichischen Zeitgeschichte... (*Bundesrat Molterer: Sie sind um einen Monat hinten! Das war am 24. April!*) Ich danke vielmals für den Hinweis, es baut mich sehr auf, wenn ich höre, wie manche Kollegen sehr kritisch und daher voll mitdenkend agieren, aber am 24. Mai 1983 ist die Regierung angelobt worden.

Wenn die ÖVP über die Regierungserklärung nicht sehr erfreut ist, so ist das ja verständlich. Zu sehr hat man gehofft, mitbestimmen zu können, und jetzt ist man wieder auf die Oppositionsbänke, ich möchte provokant sagen, verbannt worden. (*Zwischenruf des Bundesrates R a a b.*) Hier draußen versteht man manches überhaupt nicht, und es ist unfair, daß der Redner leider Gottes ein Mikrophon hat und der Zwischenredner nicht.

Die Oppositionspolitik, meine Damen und Herren, kann sehr erfolgreich und sehr fruchtbar sein, wenn ich an die Oppositionspolitik unserer Partei zwischen 1966 und 1970 erinnern darf. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*.) Warum hätte, wenn diese Politik nicht erfolgreich gewesen wäre, 1970 ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung den Soziali-

Dr. Michlmayr

sten den Regierungsauftrag erteilt? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Herren! Sie müssen sich langsam mit der Realität des Wahlergebnisses abfinden. Sie können nicht kommen und sagen, Sie hätten Aufträge bekommen. Wenn Ihnen das Volk den Auftrag gegeben hätte, dann hätten Sie zumindest die relative Mehrheit bekommen. Nehmen Sie dies bitte ein für allemal zur Kenntnis, zumindest für die nächsten vier Jahre! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich eingangs gesagt habe, daß der 24. Mai eine neue Epoche in der österreichischen Innenpolitik darstellt, dann sehe ich — das ist meine subjektive Interpretation, meine Damen und Herren — die Zweite Republik mit vier ganz wesentlichen Einschnitten. Den ersten Einschnitt möchte ich als die Zeit des Miteinander bezeichnen, in der sich die beiden großen Parteien gemeinsam den Auftrag gestellt haben, Österreich frei zu machen, für Österreich die Selbständigkeit zu erringen, Österreich wiederaufzubauen, und in der vor allem die ehrliche Absicht beider großen Parteien bestanden hat, ja nicht jene innenpolitischen Fehler zu begehen, die letztlich einen wesentlichen Anteil am Untergang der Ersten Republik gehabt haben.

Diese erste Epoche des Miteinander ist aber auch gezeichnet gewesen von der Zusammenarbeit jener Männer, die ihr Leben für die Freiheit Österreichs riskiert haben, die während 1939 und 1945 für Österreich, für die Freiheit im Untergrund gekämpft haben und die entweder gemeinsam in Wehrgräben oder Gefängnissen gesessen sind.

Nach dem Erlangen des Staatsvertrages im Jahr 1955 ist nicht mehr das Miteinander, sondern beginnt für mich langsam das Nebeneinander. Und es sind auch schon gewisse Erstarrungstendenzen ganz klar spürbar gewesen. Vielleicht könnte man das so sehen, daß diese Zeit davon gezeichnet war, daß die große Aufgabe, die von außen gestellt war, nicht mehr gegeben war. Für mich ist für diese Epoche zweifelsohne der größte politische Schritt das Raab-Olah-Abkommen, das ja letztlich die Geburtsstunde der Sozialpartnerschaft darstellt, die sehr viel zum sozialen Frieden unseres Landes beigetragen hat.

Mit 1966 beginnt dann die Alleinregierung, zuerst der ÖVP, die 1970 durch die Sozialisten abgelöst wurde und dann bis 1983 gedauert hat.

Ich habe eingangs schon gesagt: Die Oppositionspolitik der Sozialisten war hart, war fair, hat aber offensichtlich doch bei der Bevölkerung jenen Anklang gefunden, der zum Wahlergebnis des Jahres 1970 und der Folgejahre geführt hat.

Und mit dem 24. Mai dieses Jahres beginnt meiner Meinung nach die vierte Phase, die Koalition zwischen Sozialisten und Freiheitlichen, die sicherlich von der Absicht getragen ist, für unser Österreich all das zu tun, was die Stunde erfordert.

In einer Zeitung las ich vor wenigen Tagen, ich zitiere wörtlich: „Es ist ein profaner Neubeginn nach einer barocken Ära, in der es uns gut ging wie nie zuvor, in der das kulturelle Leben aufblühte und Freiheit und liberale Toleranz Konturen gewannen, in der österreichischer Patriotismus und heimatliches Selbstwertgefühl wuchsen und in der wir auch ein bißchen über unsere Verhältnisse lebten, eben weil wir, aus dem Keller Europas aufgestiegen, einen gewaltigen Nachholbedarf hatten.“

Ich glaube, daß dieser Zeitungsmann sehr wohl das getroffen hat, was wir alle selbst verspürt haben und uns heute auch noch zugestehen müssen: Der Aufstieg, den Österreich zwischen 1970 und 1983 genommen hat, ist nicht zu leugnen, und Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, können noch so viel kritisieren, das Ausland kann sehr wohl beurteilen, wie sehr sich Österreich in diesen Jahren verändert hat.

Wenn ich die Aufgaben zusammenfasse, die auf diese neue Regierung zukommen, dann muß ich sagen, es wird eine Politik zu führen sein, die sowohl Mensch und Gesellschaft als auch Wachstum und Lebensqualität, Technik und Natur, Ökonomie und Ökologie zusammenführen muß. Neben allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen werden wir aber einen Weg finden müssen, der die Politik und vor allem auch den Politiker wieder seriös erscheinen läßt. Es ist ja heute doch so, daß man Hemmungen hat zuzugeben, in der Politik tätig zu sein; vor allem die jungen Menschen stehen uns zu einem großen Teil sehr ablehnend gegenüber. Da sind wir aber nicht ganz schuldlos, meine Damen und Herren. Ich will hier nicht die großen Skandale der letzten Jahre, die wir alle verurteilen, zitieren, ich will nur sagen, daß durch das ewige Schmutzwäschewaschen und durch die ewigen Schläge unter die Gürtellinie die Bevölkerung sehr wohl das Gefühl bekommen

16876

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Michlmayr

muß, daß das eine oder andere nicht ganz mit rechten Dingen zugehe.

Wenn ich mir das Wahlergebnis vom 24. April anschau, so ist für mich der relativ große Zustrom zu alternativen Gruppen, zu neuen politischen Gruppierungen doch letztlich auch Ausdruck dafür, daß man mit den jetzigen politischen Gruppierungen nicht mehr ganz einverstanden ist. Ich glaube, wir sind alle aufgerufen und verpflichtet, etwas zu tun.

Die Erste Republik, meine Damen und Herren, ist nicht alleine daran zugrunde gegangen, daß es an politischer Erfahrung gefehlt hat, daß man wohl die Staatsfinanzen sanieren wollte, aber dabei die Volkswirtschaft völlig übersehen hat, sondern die Erste Republik ist zum großen Teil auch daran zugrunde gegangen, daß die Menschen nicht an diese Republik, an diesen Staat geglaubt haben. Da wird es sicherlich eine unserer Aufgaben sein, nicht im geringsten ein solches Gefühl wieder aufkommen zu lassen.

Wenn die Opposition kritisiert, dann ist das selbstverständlich. Wir dürfen doch nicht erwarten, daß die Opposition Lobeshymnen auf uns abstimmt. Das würde auch die Bevölkerung nicht verstehen. Aber die Kritik muß eine aufbauende Kritik sein, die Kritik darf keine Kritik um des Kritisierens willen sein. Meine Damen und Herren! Sehr oft hat man aber das Gefühl, es wird nur kritisiert, um sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Das erzeugt natürlich wieder bei einem großen Teil der Bevölkerung jenes Gefühl, daß Politik halt mit sehr viel Showeffekt verbunden ist.

Wenn ich mir zum Beispiel die Ausführungen des ÖVP-Obmannes Dr. Mock im Nationalrat zur Regierungserklärung ansehe, in denen er davon spricht, ein Wirtschaftsaufschwung müsse herbeigeführt werden, dann sehe ich zwar, daß er das fordert, aber nicht dazusagt, wie. Oder wenn Mock sagt, es müsse Mut zum Investieren geben, so würde das doch letztlich bedeuten, daß die Wirtschaft mutlos ist — das wollen wir doch alle mitsammen nicht.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, heute kritisieren, daß die sozialistische Politik weitergeführt wird, so kann ich dazu nur sagen: Na net, Ihr politisches Programm werden wir realisieren! Was würden wohl die Wähler dazu sagen? Kritik muß, zumindest ein bißchen, auf den politischen Realitäten aufbauen.

Kollege Pisec, der leider jetzt nicht herinnen ist, sagt doch zum Beispiel immer wieder, es sei kein Geld da, im gleichen Atemzug beschwert er sich aber über eine noch gar nicht beschlossene Zinsenertrags- oder Anonymitätsabgabe. Entweder ist kein Geld da, dann kann es keine Abgaben dafür geben. Oder seine Aussage stimmt nicht. Meine Herren! Das läßt sich halt nicht so ohne weiteres zusammenführen.

Ich halte es auch für sehr bedenklich, wenn man in der politischen Argumentation mit Halbinformationen und Halbwahrheiten kommt. Dazu könnte ich eine ganze Liste anführen, will mir das aber aus Zeitgründen ersparen.

Mein Anliegen ist es heute, zu wirtschaftlichen Themen zu sprechen. Es ist doch jedem klar, daß die Wirtschaft ein zentrales Problem, einen zentralen Bereich darstellt. Wenn eine Justizreform, eine Reform im Sozialbereich, eine Reform im Kulturbereich einige Zeit später kommt, so wird das sicherlich nicht besonders viele negative Auswirkungen haben, wenn aber eine wirtschaftliche Entscheidung auch nur einige Tage zu spät kommt, so kann das furchtbare Folgen haben, und zwar furchtbare Folgen für einen ganz großen Teil der Bevölkerung. Ich glaube, diese Erkenntnis ist heute in einem großen, breiten Kreis vorhanden.

Die Weltwirtschaftslage ist alles andere als rosig. Die Geldknappheit ist nicht nur bei uns in den Industrieländern, sondern genauso in den Schwellenländern und in den Entwicklungsländern gegeben, wobei die Entwicklungs- und Schwellenländer — ich gebe das in einen Topf zusammen — jene Bereiche wären, die unsere Handelspartner der nächsten Zeit sein müßten, die aber ihrerseits wieder von uns erwarten, daß wir ihnen nicht nur Know-how transferieren, sondern daß wir diesen Transfer auch finanziell durch Vorfinanzierungen, durch Finanzierungshilfen unterstützen. Wir können das aber zum Teil nicht mehr machen, weil wir selbst nicht mehr das Geld dazu haben.

Wenn man sich die weltwirtschaftliche Lage ansieht, so kommt man zur Erkenntnis, daß es in 20 Jahren nicht nur eine Überbevölkerung geben wird, sondern daß vor allem Hunger in großen Teilen der Welt zu stillen sein wird. Sie können mir glauben, ich sehe das selbst Woche für Woche. Wenn ich sehe, mit welchen Möglichkeiten heute in Regionen, die Entwicklungsländer sind, Landwirtschaft betrieben wird beziehungsweise betrie-

Dr. Michlmayr

ben werden könnte, wie leicht man in diesen Ländern beitragen könnte, den Hunger der Welt zu stillen beziehungsweise zumindest mindern könnte, diese Länder aber einfach nicht einsteigen auf solche Pläne, da sie nach wie vor große Industrialisierungspläne haben. Der Schritt der Entwicklungsländer zu einem selbständigen Staat sieht folgend aus: Unabhängig gründen sie eine Nationalbank, eine eigene Fluggesellschaft — diese ist ein sehr großes Statussymbol —, und dann wollen sie ein Hüttenwerk oder sonst etwas Ähnliches haben. Von diesem Weg bringen wir diese Länder nicht ab, und es wird für uns ein Problem werden, mit diesen Ländern wirtschaftliche Bande halten zu können, mit diesen Ländern entsprechend zusammenarbeiten zu können.

Wenn ich heute weltweit das Problem der Finanzierung anschau, so sieht man, daß es nur eine Lösung gäbe — aber ich sage bewußt „gäbe“, ist gleich Konjunktiv, Konjunktiv ist gleich Nichtwirklichkeit, eine Wunschform. Es müßte weltweit zu einer ganz großen Entschuldungsaktion kommen, wenn diesen Ländern geholfen werden soll.

Wenn vor wenigen Monaten die Medien gejubelt haben, daß die Rohölpreise fallen und damit ein bißchen Geld für den einzelnen frei wird, das wieder in den Konsum fließen soll und damit eine geringe Wirtschaftsbelebung bei uns in den Industrieländern hervorgerufen werden sollte, dann haben die gleichen Schreiber zu erwähnen vergessen, daß es gerade jene Länder sind, die Erdöl fördern, die augenblicklich die großen Auftraggeber der Industrieländer sind, die durch die Reduzierung der Ölpreise ihr Auftragsvolumen aber reduzieren, ihre Aufträge zurücknehmen und auch Schwierigkeiten bei ihren Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber haben.

Der OECD-Bericht ist eher alles andere als rosig: Ein kaum zweiprozentiges Wachstum, eine zehnprozentige Inflationsrate und eine gleich hohe Arbeitslosenrate, was in absoluten Zahlen bedeutet, daß rund 35 Millionen Menschen ohne Arbeit sind.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das ist vor allem auch ein sehr tiefgreifendes menschliches Problem. Die Arbeitslosigkeit, die letztlich zur Not führen kann, gepaart mit dem Hunger in der Welt, kann sehr wohl zu Unruhen führen, und diese können ein Ausmaß erreichen, das sich heute noch in keiner Weise abschätzen läßt. Ich glaube, wir alle sind verpflichtet,

einen Beitrag zu leisten, damit es zu dieser Situation nicht kommt.

Wenn man sich den OECD-Raum anschaut, so kann man unmöglich Österreich abgekoppelt von diesem Raum sehen, und zwar deswegen nicht, weil wir einerseits voll in diesem Raum eingebettet sind, auf der anderen Seite aber unser Leistungsumfang ja nicht einmal 1 Prozent des gesamten OECD-Volumens ausmacht.

Wenn ÖVP-Obmann Mock in der Vorwahlzeit und auch heute noch vereinzelt behauptet, es wäre genug Geld da, es wäre genug Arbeit da, so stellt sich für mich die Frage: Ja warum sagt er dann nicht, wie man das alles machen soll? Warum holen ihn denn nicht die Länder, die Probleme haben, wenn er die Problemlösung irgendwo in seiner Rocktasche hat?

Ich glaube, wir Österreicher können stolz sein, unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Es ist natürlich klar, daß das nur eine relative Betrachtung sein kann. Wir haben aber die niedrigsten Inflations- und auch die niedrigsten Arbeitslosenraten. Trotz der ganzen Problematik der Staatsverschuldung: International gesehen hat unsere Staatsverschuldung noch ein Ausmaß, das im Vergleich zu anderen Ländern als absolut vertretbar bezeichnet werden kann.

Auch die Steuerleistungen, über die immer so viel gesprochen wird, sind in den Krisenjahren — und die letzten Jahre sind nun einmal Krisenjahre — nur um 1 Prozent — gemessen am Bruttonationalprodukt — gestiegen. Auch das ist ein Wert, der sich international absolut sehen lassen kann, noch dazu, wenn man weiß, daß die Staatsverschuldung deswegen angewachsen ist, um dadurch Arbeitslosigkeit verhindern zu können. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß es für die Volkswirtschaft immer noch billiger ist, Investitionen zu tätigen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern, als Geld aufnehmen zu müssen, um die Arbeitslosigkeit finanzieren zu können.

Die internationalen Zukunftsperspektiven, mittelfristig betrachtet, sehen nicht sehr rosig aus. Österreich wird daher alle Möglichkeiten, die eine kleine, offene Volkswirtschaft für ihre Wirtschaftspolitik zur Verfügung hat, konsequent nützen müssen, um die jetzige Position halten zu können. Die Erhaltung eines „möglichst“ — ich zitiere jetzt absichtlich wörtlich — „hohen Beschäftigungsstandes muß auch in Zukunft oberstes Ziel unserer Wirtschafts- und Budgetpolitik“ sein.

16878

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Michlmayr

Von einer Vollbeschäftigung zu sprechen, die weltweit nicht gegeben ist, wäre doch unehrlich. Ziel unserer Budgetpolitik muß einerseits die Erhaltung und Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus sein, dabei darf aber nicht übersehen werden, daß wir auch den Strukturwandel, den unsere Wirtschaft noch immer braucht, entsprechend fördern müssen, damit sich unsere Wirtschaft den internationalen Gepflogenheiten, vor allem der Nachfrage, anpassen kann.

Wenn ich diese beiden Ziele anstrebe, so werde ich mich wohl dazu bekennen müssen, den Budgethaushalt sehr wohl antizyklisch zu gestalten, damit ich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entsprechend zuschießen kann, entsprechend beleben kann, um dann in konjunkturell besseren Zeiten den Schuldenstand wieder abzubauen. Die Regierungserklärung, meine Damen und Herren, ist — und das ist für viele etwas Positives — ein Bekenntnis der Gleichwertigkeit in der Wirtschaft zwischen den verstaatlichten Unternehmungen und den Privat- und Mittelbetrieben.

Es sind ja heute leider Gottes wieder ein bißchen — das ist das letzte, was wir brauchen — Seitenhiebe, so ein bißchen ein Neidkomplex auf die verstaatlichte Industrie angekungen. Gestatten Sie mir, hier doch einige wenige Zahlen zu nennen. Ich weiß, Zahlen zu nennen, ist immer so ein Problem, und ich bin selbst einer der größten Kritiker, wenn jemand mit Statistiken und Zahlen kommt. Die Steuerleistung der verstaatlichten Industrie in den letzten 10 Jahren betrug 101 900 Millionen Schilling. Die Dividendenausschüttung lag immerhin bei fast 900 Millionen Schilling. Ich glaube, das ist eine Bilanz, die sich durchaus sehen lassen kann.

Vor allem aber ist es die verstaatlichte Industrie, die auf dem internationalen Markt zu bestehen hat, die sich bestens bewährt, und die mit dazu beigetragen hat, und zwar ganz wesentlich dazu beigetragen hat, daß Österreich heute weltweit wirtschaftlich hohes Ansehen genießt.

Man kann und darf die verstaatlichte Industrie nicht separat sehen: Die verstaatlichte Industrie ist ohne Privatindustrie nicht denkbar, weil einerseits von der Privatindustrie die entsprechenden flankierenden Maßnahmen kommen müssen und auf der anderen Seite ja ein Großteil vor allem der internationalen Aufträge, die die verstaatlichte Industrie bekommt, an Privatbetriebe weitergehen.

Das soll aber nicht heißen, daß man nicht Kritik üben darf. Wenn es Fehler beim Management gibt, dann gehören diese auch aufgezeigt. Es ist unsere Aufgabe, als Vertreter der Republik Österreich mitzuhelfen, Fehler auszuschalten.

Immer wieder wird das Argument gebracht, die Verstaatlichte würde zwar gefördert werden, die Privatwirtschaft jedoch nicht. Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Förderung, die die Verstaatlichte in den letzten Jahren erhalten hat, macht beileibe nicht die Summe jener Förderungsmittel aus, die in Mittel- und Kleinbetriebe geflossen sind. Seit 1970 sind rund 42 Förderarten geschaffen beziehungsweise diese verbessert worden; allein im vergangenen Jahr sind 10,4 Milliarden Schilling an direkter Förderung in Klein- und Mittelbetriebe geflossen. Auch das ist eine Bilanz, die sich durchaus sehen lassen kann.

Was den Entschließungsantrag des Kollegen Dr. Pisec betrifft, so möchte ich zunächst einmal folgende formale Richtigstellung bringen, da es dort heißt: die „Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung“. Das habe ich nicht ganz verstanden; ich würde eher als Koalitionsregierung das Zusammenarbeiten von mindestens zwei Parteien verstehen. Ich würde eher sagen: die Regierungserklärung der Koalitionsregierung oder der beiden Partner, der Freiheitlichen und der Sozialisten. — Aber das bitte nur als formaler Hinweis.

Minister Dallinger wird am 5. Juli, also in wenigen Tagen, dem Nationalrat ein ziemlich detailliertes Maßnahmenprogramm zur Sicherung der Jugendbeschäftigung vorlegen. Es ist daher sicherlich nicht richtig, wenn Ihrerseits, meine geschätzten Damen und Herren von der ÖVP, davon gesprochen wird, daß die ganze Regierung zu diesem Komplex nichts bringt.

Es ist verständlich, daß eine Regierungserklärung nicht in tiefeschürfende Details gehen kann; das hat es bisher bei keiner Regierungserklärung gegeben. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zweifelsohne ein Problem, ein Problem, mit dem auch wir Österreicher uns auseinanderzusetzen haben, auch wenn wir international gesehen mit etwa 3,6 Prozent relativ niedrig liegen.

Der Herr Kollege Pisec hat die Lehrlingsförderung, die die Verstaatlichte wieder bekommen soll, kritisiert, er hat aber vergessen, folgendes dazu zu sagen — und das ist das, was ich eingangs gemeint habe, daß ich

Dr. Michlmayr

mich nämlich sehr gegen Halbinformationen wehre —: Es hat schon immer über die Arbeitsmarktförderung entsprechende Geldmittel dafür gegeben, wenn etwa ein Unternehmen über den normalen Bedarf hinaus Lehrlinge eingestellt hat. Das, was Pisec jetzt bei der Verstaatlichten angeschnitten hat, das ist ja nur ein Diskussionsbeitrag.

Wenn der Bund sich zu helfen bemüht, wenn er 700 neue Arbeitsplätze, neue Lehrplätze schafft, so ist das ja wohl der beste Beweis dafür, daß die Ernsthaftigkeit dieses Problems von der Bundesregierung richtig erkannt und eingeschätzt wird. Wenn Sie heute die Zeitungen lesen, so sehen Sie, daß allein in Wien 18 Millionen Schilling für 1 500 Lehrstellen freigemacht werden. Zu Punkt 3 Ihres Entschließungsantrages, in dem es heißt: Gewährung eines Steuerfreibetrages für den Lehrherrn. Ich akzeptiere die volle und ehrliche Absicht, diesem Problem an den Leib zu rücken, dieses Problem mindern zu wollen, aber wenn ich diesen Punkt 3 Ihres Antrages lese, dann kommt mir wieder in Erinnerung, daß es schon Zeiten gegeben hat, in denen man ein Lehrgeld, ein Ausbildungsgeld zu bezahlen hatte. Ich glaube, diesen Rückschritt können wir uns sicherlich nicht leisten!

Meine Damen und Herren! Ich bin optimistisch, daß wir die Probleme der Zukunft meistern werden. Mein Optimismus basiert auf meiner Überzeugung und Erfahrung, daß der österreichische Ingenieur, der österreichische Kaufmann, der österreichische Techniker, der österreichische Arbeiter fleißig ist, daß er erfindungsreich ist und daß er sehr wohl weiß, was auf ihn zukommen wird.

Ich bin aber auch deswegen optimistisch, weil wir in wirtschaftlichen Dingen letztlich doch die gleiche Grundauffassung haben.

Auch wenn wir in Detailfragen nicht immer einig sind: Die endgültigen Wirtschaftsentscheidungen sind bei allen politischen Gruppierungen — ich spreche natürlich nur von jenen, die eine wirklich staatstragende Rolle haben — sehr, sehr ähnlich, wenn nicht letztlich sogar gleich.

Wenn wir zusammenarbeiten, wenn wir die ehrliche Absicht haben, Probleme gemeinsam zu meistern, ohne Showeffekt, ohne Effekthascherei, dann werden wir jenen Weg, den Sie als den österreichischen Weg gar so kritisieren — verständlicherweise: er paßt nicht in Ihr Parteiprogramm und in Ihr Konzept —, fortsetzen, und dieser Weg wird sicherlich

zum Wohle aller Österreicherinnen und Österreicher sein. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Köstler. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Köstler (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich eingangs meiner Ausführungen eine Feststellung treffen, die aber leider jetzt etwas ins Leere geht. Aber ich möchte sie trotzdem anbringen, und zwar in positiver Hinsicht. Es wäre erstmalig, daß ein Regierungsmitglied der Freiheitlichen Partei auf der Regierungsbank Platz nimmt. Das ist leider nicht mehr der Fall. Und zwar deswegen positiv, weil ich damit die berechtigten Hoffnungen verbinde, daß die Freiheitliche Partei eine andere Auffassung vom Bundesrat bekommt und in Zukunft auch die föderalistischen Bestrebungen von uns unterstützen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt einen Monat dieser neuen Regierung erlebt, und jeder seriöse Beobachter wird feststellen müssen, daß das Verschweigen von Problemen weitergeht, die Koalitionspartner untereinander uneins sind und sich sogar der eigenen Partei öffentlich widersprechen. Die Rechte weiß nicht mehr, was die Linke tut.

Man denke zum Beispiel an die Erklärungen von Minister Dallinger zur Arbeitszeitverkürzung, oder an die Ausführungen von Minister Sekanina, den Straßenbau durch zusätzliche Belastungen der Autofahrer finanzieren zu wollen, an die Forderung des Ministers Steyrer nach einer zusätzlichen Milliarde für den Umweltschutz und des Finanzministers Widerspruch, es stünde nur die Hälfte dieses Betrages zur Verfügung, an die Diskussion, Besteuerung des 13. oder 14. Monatsgehaltes ja oder nein, und der Bundeskanzler hat vor lauter Dementis und Streitschlichtungen keine Zeit mehr zum Regieren. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Diese Koalition, wie wir sie nun als ein Erbe aus der Ära Kreisky vorgesetzt bekommen, ist nicht nur eine Koalition der Verlierer, sondern auch eine Koalition gegen den Willen der Wähler. Denn kurz vor den Nationalratswahlen ergab eine repräsentative Meinungsumfrage, daß nur 18 Prozent der Bevölkerung eine Regierung in der derartigen Konstellation gewünscht haben. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

16880

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Köstler

Und nur, um ein Zipfelchen der Macht zu erlangen, hat der FPÖ-Parteiboss seine Grundsätze aus Wahl- und Wirtschaftsprogramm über Bord geworfen. Enttäuschte Freiheitliche Wähler fragen sich in letzter Zeit, was überhaupt die Unterschrift des Vizekanzlers dieser Republik wert ist, umso mehr, als er vor den Wahlen mit seiner Unterschrift erklärt hat, er würde dann, wenn er ein Regierungsamt übernehmen würde, auf die Ausübung seines Mandats als Nationalratsabgeordneter verzichten. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Seine Erklärung, die er jetzt getroffen hat, daß er in diesem Falle nur zu seinem Ressort Stellung nehmen könnte im Nationalrat und zu keinen anderen Problemen, das müßte er doch auch schon vor Abgabe seiner Unterschrift gewußt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn ich mich nun — ich möchte wieder eines bedauern, meine Damen und Herren: daß weder der Herr Landwirtschaftsminister noch dessen Staatssekretär hier ist — mit der Regierungserklärung aus agrarpolitischer Sicht befasse, so kommt man zu dem Ergebnis: Berge kreißen, und ein Mäuslein wurde geboren.

Mit wenigen Zeilen, die über Allgemeinplätze im Stile politischer Sonntagsreden nicht hinausgehen, wurde die Agrarpolitik in der Regierungserklärung abgefertigt. *(Bundesrat Schachner: Die Klasse 4 bei der Bergbauernförderung: Ist das nichts?)* Ich komme noch darauf, Herr Kollege Schachner. Nur nicht voreilig sein. Ich komme auch darauf zu sprechen. *(Weiterer Zwischenruf des Bundesrates Schachner.)*

Es wurden alle FPÖ-Grundsätze im Gegensatz zu den forschen Reden des nunmehrigen Staatssekretärs geopfert und über Bord geworfen. Da also daher so wenig in der Regierungserklärung drinnensteht, bleibt es uns als Oppositionspolitiker vorbehalten, Ihnen doch etwas mehr über die Situation in der Agrarpolitik zu sagen.

Wenn ich den Staatssekretär „beleuchte“, so möchte ich überhaupt eines in diesem Zusammenhang bemerken: Die Kompetenzen der Staatssekretäre im Landwirtschaftsministerium bewegen sich auf einer schiefen Ebene.

Im Jahr 1974 wurde der erste Staatssekretär installiert, namens Dipl.-Ing. Günter Haiden, ausgestattet mit relativ viel Kompeten-

zen: Bergbauernfragen, Regionalförderung, und, und.

Der nächste Staatssekretär war dann der Staatssekretär Schober. Dessen Kompetenzen waren nicht mehr so groß: Probleme der Bäuerinnen und, wie ich mich noch erinnern kann, die Angelegenheiten der Schweinezucht fielen in sein Ressort.

Und jetzt halten wir bei einer Situation, wo der Staatssekretär Murer überhaupt keine Kompetenzen mehr hat. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Aber eines: Seine erste Äußerung in dieser Eigenschaft macht mich irgendwie nachdenklich. Er sagte in einem Interview mit der Zeitung „Die Presse“ vom 14. Juni, daß er, was die Marktordnung anlangt, die 1984 ausläuft, anderer Auffassung ist, als das bisher praktiziert wurde. Sie sollte auf jeden Fall geändert werden, man könne nicht Überschußprodukte herstellen, die man stützen muß. Da unterscheidet sich dann die Landwirtschaft überhaupt nicht mehr von der Verstaatlichten.

Murers Konzept heißt daher: Umstrukturierung, mehr Kälberproduktion, weniger Milch und Getreide — also wie erwähnt —, es sollten nur jene Produkte gestützt werden, wo keine Überschüsse entstehen.

Ich frage also ... *(Bundesrat Ing. Nigl: Krebse: Einen Schritt vor, zwei Schritte zurück!)* Herr Kollege Nigl! Ich werte es als positiv, daß der Herr Staatssekretär Murer sozusagen eine Marktnische gefunden hat und als Sonderkultur Krebse züchtet. Es sind ja rote Krebse, die bekanntlich immer im Rückwärtsgang gehen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Also hier, glaube ich, begibt sich Staatssekretär Murer auf eine Ebene, die sehr, sehr gefährlich sein wird.

Kein Wort findet man in der Regierungserklärung über Einkommenssicherung und über Einkommen überhaupt. Ich habe hier den „Plan der liberalen Marktwirtschaft 90“ der Freiheitlichen Partei. Da heißt es unter „Einkommen“:

Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft. Den dort beschäftigten Personen soll unter durchschnittlichen Produktionsvoraussetzungen ein Einkommen ermöglicht werden, das dem vergleichbarer Berufsgruppen entspricht.

Ein sogenanntes Paritätseinkommen. — In

Köstler

der Regierungserklärung findet man darüber kein Wort.

Dabei gibt es zahlreiche Probleme, vor denen die Landwirtschaft in den nächsten Jahren stehen wird. Trotz Rekordernten, meine Damen und Herren, die den Fleiß unserer Bauern beweisen, bleiben die Einkommen im Vergleich zu anderen Beschäftigungsgruppen zurück. Seit 1978 müssen die Bauern alle zwei Jahre reale Einkommenseinbußen hinnehmen, und die Steuerbelastung steigt besonders durch die ungerechtfertigte Anhebung der Einheitswerte um fünf Prozent zum 1. Jänner 1983.

Hier möchte ich an Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, soweit Sie gewerkschaftlich tätig sind, eine sehr dringliche und ernste Bitte richten. Pressemeldungen zufolge soll sich der kommende Bundeskongreß des ÖGB mit einem Antrag der sozialistischen Fraktion beschäftigen, der da lautet: Anhebung der Einheitswerte an die Verkehrswerte. Meine Damen und Herren, das ist kalte Enteignung und beweist, daß Sie nach wie vor ein gestörtes Verhältnis zum Eigentumsbegriff haben! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Es wird sich aber schon in nächster Zeit eine Möglichkeit für die Freiheitliche Partei ergeben, eine Möglichkeit, die — ich kann es mir nicht anders vorstellen — von ihr doch genützt werden müßte, und zwar hat die Freiheitliche Partei am 7. Oktober 1982 einen Entschließungsantrag derart im Nationalrat eingebracht, daß sie fordert, die fünfprozentige Einheitswerterhöhung der landwirtschaftlichen Einheitswerte zum 1. Jänner 1983 zurückzunehmen. Und in diesem Zusammenhang steht auch die Sanierung des Unrechtes an 18 000 bäuerlichen Mindestrentnern. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Jetzt hat die ÖVP-Fraktion des Nationalrates diesen damals freiheitlichen Antrag vollinhaltlich eingebracht, und ich kann mir doch nicht vorstellen, daß man innerhalb eines halben Jahres die Gesinnung so ändern kann *(Ruf bei der ÖVP: Ich schon!)*, denn so müßte man doch irgendwie die Glaubwürdigkeit bei der Wählerschaft verlieren. Hier bestünde für die Freiheitliche Partei eine Möglichkeit, angeschlagenes Wählervertrauen wiederherzustellen.

Bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten haben wir große Preis- und Absatzprobleme, besonders bei der Milch. Wenn ich

die Preisanträge der freiheitlichen Bauernschaft in der Vergangenheit betrachte — es stehen jetzt die Verhandlungen über Milch- und Getreidepreise zur Diskussion —, so nehme ich an, daß es doch ein leichtes sein müßte, da man jetzt in der Koalition, also in der Regierung sitzt, diese Preisanträge zu verwirklichen. Ich möchte Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber die Preisanträge der freiheitlichen Bauernschaft beziehungsweise der Freiheitlichen Partei liegen ja weit über denen der Interessensvertretung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Was die Milch betrifft: Hier kann und muß ich ein Versäumnis des Landwirtschaftsministers Haiden mit aller Deutlichkeit anprangern. Er hat versäumt, das Gesetz so zu praktizieren, daß die Gesamtrichtmenge auf 122 Prozent angehoben wird. Das hätte bedeutet, daß man die Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages bei der Milch, der jetzt mit 1. Juli 1983 auf, wie man hört, ungefähr 3,40 S angehoben werden soll, bedeutend vermindern hätte können; um ungefähr 40 Groschen von bisher 2,47 S. Es wäre der allgemeine Absatzförderungsbeitrag etwas angehoben worden, aber das wäre im Hinblick auf eine bäuerliche Solidaritätsaktion nur recht und billig gewesen. Hier liegt ein echtes Versäumnis des Ministers vor.

Er hat auch keine zusätzliche Butterverbilligungs- und Käseverbilligungsaktion eingeführt, um die Richtmenge so zu gestalten, daß besonders die kleinen und ärmsten Milchbauern keine solchen Einkommensverluste zu erleiden haben, wie sie sie dann mit 1. Juli 1983 zur Kenntnis nehmen müssen. Es gibt Kleinbauern, meine Damen und Herren, besonders aus dem Mühlviertel, die mit sage und schreibe 8 000 Liter Jahresrichtmenge als Vollerwerbsbauern ihre karge Existenz sichern sollen. Agrarpolitik soll doch nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden.

Wenn ich an dieser Stelle etwas einflechten darf, so stimmt es mich etwas traurig. Etwas traurig deswegen: Der Minister mußte vor einigen Tagen eine Delegation von Salzburger Jungbauern empfangen, die ihn mit dieser Problematik des Milchpreises befaßt haben. Ich habe mir erlaubt, vor genau einer Woche ihn telegraphisch zu ersuchen, eine Delegation von 50 Mühlviertler Milchbauern zu empfangen. Ich bekam bis gestern keine Antwort. Ich mußte nur aus dem AIZ erfahren, daß der Herr Bundesminister im Zuge einer Pressekonferenz gesagt hat: Zu diesem oberösterrei-

16882

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Köstler

chischen Telegramm kann ich nur eines sagen: Hier kann ich den Bauern nicht helfen.

Ich nehme für mich — bitte, betrachten Sie das nicht falsch — nur eines in Anspruch: daß ich glaube, daß es ein Akt parlamentarisch-demokratischer Höflichkeit ist, wenn ein Abgeordneter, der in freundlichem Ton ein Telegramm an den Minister richtet, auch genauso eine direkte Antwort von ihm erhält. Gestern bekam ich ein Telephonat seiner Sekretärin, und das war alles. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich bin nur etwas bedrückt darüber und würde Sie, Herr Staatssekretär, recht herzlich bitten, dafür zu sorgen, daß wir hier einen Ton gegenseitiger Verständigung an den Tag legen. *(Zwischenruf des Staatssekretärs Dr. Löschner.)*

Genauso wie bei der Milch ist die Situation auf dem Getreidesektor. 650 000 Tonnen mußten mit einem Finanzaufwand von rund 1,2 Milliarden Schilling exportiert werden. Und der Wein liegt trotz hervorragender Qualität unter dem Preisniveau des Jahres 1950. Dazu kommen noch ungerechtfertigte Holzimporte aus den Oststaaten.

Und was ist die Antwort des Bundeskanzlers auf diese Problematik? Er schreibt beziehungsweise er sagt in der Regierungserklärung: Vordringliche Aufgabe ist die bessere Anpassung der Agrarprodukte an den inländischen Verbrauch. Und im sozialistischen Agrarprogramm heißt es dazu: Anwendung des Mitverantwortungsprinzips bei der Finanzierung der Überschußverwertungskosten. Dabei ist vom Verursacherprinzip auszugehen.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren, als daß sich die Bauern die Überschußprodukte und den damit verbundenen Export selbst bezahlen sollten. Ich frage nur: Was würde ein Arbeitnehmer sagen, wenn ihm ein gewisser Teil seines Lohnes abgezogen würde, wenn er echte Einkommens- und Lohneinbußen zur Kenntnis nehmen müßte, weil die Produkte, die er erzeugt, mit Recht auf dem Weltmarkt exportiert werden müssen? Er würde sich mit Recht dagegen wehren. Und dieses Recht nehmen wir auch für die Bauern in Anspruch! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Kollege Schachner, erwähnt haben, daß in der Regierungserklärung von der Schaffung einer zusätzlichen Bergbauernzone, einer Erschwerniszone IV gesprochen wird ... *(Bundesrat Schach-*

ner: Dafür danken wir in den Bergbauerngebieten dem Minister!) Ja, Herr Kollege Schachner, aber dann danken wir dem Herrn Minister, auch, wenn hier nicht wieder ein Prinzip „Teile und herrsche!“ angewendet wird, wenn nicht die finanziellen Mitteln der übrigen Bergbauern dafür verwendet werden, eine vierte Bergbauernzone einzuführen. Wir nehmen das nur dann zur Kenntnis, wenn zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden! *(Beifall bei der ÖVP. — Staatssekretär Löschner: Und woher?)*

Diese Regierungserklärung schreibt die passive Sanierung, wie Experten die totale Abwanderung und das wirtschaftliche Sterben ganzer Regionen sarkastisch bezeichnen, fort. Die wirtschaftliche Zweiteilung in wirtschaftlich potente Zentralräume und verarmte, vernachlässigte, wirtschaftlich tote ländliche Gebiete wird mit dieser Regierungserklärung erstmals offizieller Bestandteil einer Regierungspolitik. *(Ruf des Bundesrates Schachner.)*

Was wir brauchen, ist eine Beschäftigungsoffensive für den ländlichen Raum, die sichere Dauerarbeitsplätze im Lande schafft und den Arbeitsplatz Bauernhof langfristig sichert. Mit dieser Aussage befinden wir uns in guter Gesellschaft mit dem Herrn Gewerkschaftsbundpräsidenten und Präsidenten des Nationalrates, der in der „Agrarischen Rundschau“ folgendes anführt: Politik für den ländlichen Raum ist Regionalpolitik. Sie verfolgt vor allem das Ziel, regional bedingte wirtschaftliche Ungleichheiten zu mildern oder aufzuheben.

Und er schreibt des weiteren: Der ländliche Raum würde verkümmern, würde er auf Äcker und Wiesen beschränkt sein und den Menschen dieser Region nicht genügend Arbeitsplätze anbieten.

Soweit die von uns sehr positiv aufgenommene Aussage des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes.

Dauerarbeitsplätze, meine Damen und Herren, dort zu schaffen, wo sie am nötigsten sind, würde vor allem die Arbeitsplätze für über 200 000 Nebenerwerbsbauern sichern, die auf Grund ihres kleinen landwirtschaftlichen Besitzes einen außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz dringend brauchen. Bei dem vom Österreichischen Bauernbund kürzlich durchgeführten „Tag des Arbeitsplatzes“, wo unsere Funktionäre in die Betriebe gegangen sind und mit den Belegschaftsvertretern und auch mit den Firmeninhabern Gespräche

Köstler

geführt haben, wie es in diesem Lande weitergehen soll, wurde uns von Unternehmensleitungen und Belegschaftsvertretern immer wieder bestätigt, daß die Nebenerwerbsbauern als fleißige, mitdenkende und vielseitige Arbeitskräfte geschätzt werden. *(Ruf bei der SPÖ: Wer hat das Gegenteil behauptet?)*

Wichtigster Bestandteil eines zielführenden Agrarkonzepts muß jedoch die Schaffung von Produktionsalternativen sein. Ich habe mich anlässlich der letzten Sitzung des Bundesrates in Anwesenheit des Herrn Gesundheitsministers sehr ausführlich mit Biosprit befaßt und möchte jetzt hier nur einige Gedanken zu einer anderen, aber auch notwendigen Produktionsalternative, zum Ölsaatenprojekt, anführen.

Die Lösung der Exportprobleme bei Getreide wird von Jahr zu Jahr schwieriger, weil Getreide und Mais praktisch die einzigen nicht kontingentierten Produktionszweige sind, welche der landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung noch offenstehen. Die Rüben sind kontingentiert, der Raps ist kontingentiert, die Stärke- und Speiseindustriekartoffelerzeugung ist kontingentiert, das Grünland über den Umweg der Milchmarktregelung ist kontingentiert. Seitens der Landwirtschaft wurde schon seit Jahren auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht, und nunmehr übersteigt das Exportstützungserfordernis beinahe schon die finanziellen Möglichkeiten von Bund und Bauern.

Während die Überproduktion von Getreide steigt, erhöht sich auch durch ein Mißverständnis der heimischen Erzeugung von Kohlehydraten zu Eiweiß der Importbedarf an Eiweißfuttermitteln. Hier ist ein Devisenaufwand von jährlich ungefähr 2 Milliarden Schilling erforderlich. Eine teilweise Produktionsumlenkung von Getreide zu Eiweißträgern ist daher zu einer Frage von nationaler Bedeutung geworden. Von Experten des Außenhandelsrechts wird immer wieder betont, daß nach den bestehenden GATT-Bestimmungen eine Importabschöpfung von Eiweißfuttermitteln nicht möglich sei, wohl aber die notwendige Stützung der heimischen Produktion aus dem nationalen Budget.

Es ist bekannt, meine Damen und Herren, daß die derzeitige Bundesregierung an einer allgemeinen Erhöhung der Mehrwertsteuer bastelt, um ihre Budgetlöcher stopfen zu können. Die Landwirtschaft wird sich einer annehmbaren Einschließung des Futtermittelsektors nicht verschließen, wenn aus diesen Mehreinnahmen einer allgemeinen Bud-

geterhöhung nicht nur unproduktive Schulden und Zinsen getilgt werden, sondern damit auch die erforderliche Preisstützung für eine heimische Ölsaaten- und Eiweißträgerproduktion zur Verfügung gestellt wird.

Derzeit werden ungefähr 1,2 Milliarden Schilling für Getreideexportstützungen verwendet, die zur Hälfte von den Bauern selbst getragen werden müssen. Es würde etwa die Hälfte dieses Betrages genügen, um eine Produktionsumlenkung großen Stils zu finanzieren, welche die Exportbelastung um 200 000 bis 300 000 Tonnen senkt und den Devisenbedarf für Fett- und Eiweißfuttermittel um mindestens denselben Betrag vermindert.

Wenn auch das Biospritprojekt, das, wie ich noch einmal betonen möchte, auch einen gesundheitlichen Stellenwert hat, verwirklicht werden würde, könnten wir so die agrarische Situation in den Griff bekommen.

Ziel einer ehrlichen Agrarpolitik muß es doch sein, Betriebe im Vollerwerb zu erhalten und nicht in den Nebenerwerb zu drängen, umso mehr als ja auch für Nebenerwerbsbauern keine Arbeitsplätze mehr angeboten werden können. Den Bauern sollen wir nicht nur als Produzenten gesunder Nahrungsmittel sehen — darüber ist schon viel gesprochen und geschrieben worden —, sondern auch als Erhalter der Kulturlandschaft.

Wenn dieses Land Zukunft haben soll, müssen wir den Menschen im ländlichen Raum, vor allem den jungen Menschen zeigen, daß wir nicht auf sie vergessen, daß sie das Recht auf gleiche Lebenschancen wie die Städter haben. Wenn dieses Land Zukunft haben soll, muß der Mensch im ländlichen Raum das Recht auf Gleichstellung in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller sowie gesellschaftlicher Hinsicht haben.

Es ist zu befürchten, daß diese Koalition den sozialistischen Kurs der wirtschaftlichen Zerteilung Österreichs in potente Zenträume und benachteiligte ländliche Gebiete fortsetzen wird. *(Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Legendenbildung!)* Unsere Aufgabe als Vertreter der Bundesländer muß es daher sein, diesen Kurs durch entsprechendes Gegensteuern zugunsten unserer Bauern und aller Menschen im ländlichen Raum zu korrigieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Hätte es nicht zu meinem großen Glück drei sozialistische Vorredner gegeben und hätte ich nur die Reden und Wahlenanalysen der ÖVP-Vertreter, beginnend mit dem Herrn Bundesrat Weiss, gehört, ich hätte direkt in der Hauptwahlbehörde anrufen müssen, um zu erkunden, wer denn überhaupt die relative Mehrheit in diesem Land bei der letzten Nationalratswahl errungen hat. (*Ruf bei der ÖVP: Bescheiden seid ihr geworden!*) So optimistisch, so euphorisch, so überbordend hat dieser bescheidene Gewinn von 1,3 Prozent hier geklungen.

Darf ich Ihnen zwei Fragen in diesem Zusammenhang stellen? Es geht um die Bezeichnung „Koalition der Verlierer“, es geht um die Frage: Was ist mit den 50 Prozent, was ist mit der absoluten Mehrheit? Ich darf Sie fragen, warum Sie im Jahre 1966 mit, glaube ich, 48,35 Prozent der Stimmen eine Alleinregierung gebildet haben. Wenn Sie vom Koalitionsgedanken, vom Gedanken der großen Koalition so beeindruckt gewesen wären, hätten Sie das doch nie machen dürfen.

Oder ich darf Sie fragen: Wer hätte im Jahre 1949, als der Wählerverband der Unabhängigen den beiden Großparteien je 5 bis 7 Prozent der Stimmen abgenommen hat, die Regierung stellen sollen? Haben da nicht auch die „Verlierer“, wie Sie jetzt sagen, eine Koalition gebildet? Diese Fragen muß man hier schon stellen, um wenigstens der historischen Ehre gerecht zu werden.

Wenn hier vom Herrn Bundesrat Weiss kritisiert worden ist, daß über die Stärkung der direkten Demokratie, über neue Formen des demokratischen politischen Zusammenlebens in der Gesellschaft nichts gesagt werde, dann möchte ich folgendes zitieren, und zwar steht dieses Zitat gleich zu Anfang der Regierungserklärung. Es geht hier um die neuen politischen Gruppierungen, und wir werden in der nächsten Zeit noch sehr häufig Gelegenheit haben, uns mit deren Inhalten zu befassen. Es geht darum, daß „deren Anliegen“ — ich zitiere jetzt wörtlich — „von uns auch dann ernst genommen werden, wenn diese Gruppierungen kein Grundmandat erhalten haben“. Ich glaube, das ist eine sehr deutliche Aussage, die hier in der Regierungserklärung gemacht wird. Man will sich in der politischen Diskussion nicht nur parteiegoistisch auf das stützen, was einem selber gerade einfällt oder wo die parteiinternen Interessenvertretungen sehr stark sind.

Wenn sehr kritisch, ich möchte fast sagen, demagogisch bemerkt wird, daß das Familienministerium überhaupt erst auf der Suche nach Aufgaben sei — ich möchte später näher darauf eingehen —, dann darf ich dem Herrn Bundesrat Weiss Pius XII. entgegenhalten, der gesagt hat, daß es darum gehen müsse, die Sicherung des Lebensraumes der Familie sicherzustellen. Wir werden ja sehen, daß die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen immer neu zu definieren sein werden. Deshalb hat nicht einmal Pius XII. das gemacht, was Herr Bundesrat Weiss von uns gefordert hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Bitte? Ich höre Sie so schlecht, Herr Bundesrat.

Ich darf jetzt auf eine sehr ernste Angelegenheit eingehen; eine Angelegenheit, die mich persönlich irgendwie betroffen gemacht hat und die im Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Pisek vor wenigen Minuten hier eingebracht hat, steht. Ich möchte im Zusammenhang mit diesem Entschließungsantrag überhaupt nichts dazu erwähnen, denn ich möchte niemandem etwas unterstellen. Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, ob man nur mit Steuerabsetz- oder Steuerfreibeträgen die Jugend beschäftigen kann beziehungsweise die Beschäftigung sichern kann, sondern ausnahmsweise einmal eine Aussage des Wiener Ärztechefs Neugebauer zitieren im Hinblick auf die Beschäftigung junger Ärzte, die ja auch in diesen Bereich im weitesten Sinne hineingehören, und zwar im Zusammenhang mit einer Pressekonferenz, die der sich hier in diesem Haus befindliche, aber im Moment nicht anwesende Abgeordnete Piaty einberufen hat. Ich muß sagen, diese Aussagen des Wiener Ärztekammerpräsidenten haben mich zutiefst betroffen gemacht. Ich bitte, das mit mir hier zu überlegen.

Der „Kurier“ fragt: „Worauf wollen Sie hinaus?“

Neugebauer: „Es ist eine heikle Frage: Soll ich 1 000 Patienten behandeln und in Kauf nehmen, daß einer dabei stirbt, oder soll ich mit der gleichen Geldsumme bloß 100 helfen, dafür aber ohne Risiko?“

Daraufhin der „Kurier“: „Sie halten zweites für klüger?“

Neugebauer: „Sagen wir einmal so: Die Medizin darf die Gefahr nicht scheuen, sonst können wir zusperrern. Ohne Tote kommen wir niemals aus.“

Dr. Müller

Wenn man das jetzt in Zusammenhang bringt mit einem Vorschlag zur Verstärkung der Jugendbeschäftigung, dann muß ich sagen: Hier stimmt doch irgend etwas in dieser Partei nicht zusammen! Wenn sich ein prominenter Ärztekammerfunktionär die Frage stellt — ich sage nur: die Frage stellt —, ob er mit der gleichen Geldsumme 1 000 oder 100 Patienten behandeln soll, dann müßte er doch sagen: Es wäre doch wesentlich wichtiger, wesentlich effizienter und politisch auch wesentlich ehrlicher, wenn man von den Geldsummen einmal Abstand nehmen würde, wenn man auf die qualitative medizinische Versorgung übergehen und die Frage stellen würde, wieviel junge Ärzte hier angestellt und beschäftigt werden könnten. Davon hätten diese jungen Menschen mehr als von einem papierernen Antrag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin kein Wirtschaftsfachmann, ich bin auch kein Kreisky, das muß ich auch dazu sagen. Aber was mich beim Herrn Bundesrat Pisek immer so verwundert, ist seine Vorstellung — er greift uns natürlich sehr stark an —, daß die Herstellung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen offensichtlich gratis sein soll. Mir ist das etwas völlig Neues. Bis jetzt war ich immer der Meinung, daß die Errichtung von Schulen, daß die Ausbildung, daß die Herstellung einer Infrastruktur Geld erfordern müßte, daß diese Rahmenbedingungen eben nicht gratis seien. Aber ich lasse mich gerne vom Herrn Bundesrat Dkfm. Pisek eines Besseren belehren, wenn es wirklich so sein sollte.

Darf ich ein letztes Wort dem Herrn Bundesrat Köstler zu der Anpassung der Einheitswerte sagen. Wir wissen alle ganz genau, wie diese Anpassung oder Erhöhung der Einheitswerte, ganz egal, wie wir es nennen, vor sich gegangen ist.

Die Präsidentenkonferenz, und zwar ihr Sozialausschuß, ist gefragt worden. Es gibt Protokolle der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, ich habe sie in meinem Besitz. Die ÖVP-Abgeordneten Marx und Haider waren an prominenter Stelle mit der Befragung befaßt. Und mehr, als daß man 18 000 betroffene Bauern befragt, welcher Weg ihnen lieber wäre, kann man, glaube ich, in diesem Zusammenhang nicht machen.

Es wird, soweit ich informiert bin, über diese Frage noch einmal mit dem Sozialminister gesprochen.

Ich möchte hier nur noch eine Frage stel-

len; ich weiß, es ist nicht meine Aufgabe, hier Fragen zu stellen. Aber, Herr Abgeordneter Köstler, darf ich Sie gleich direkt fragen: Wie viele zusätzliche Einnahmen auf Grund der Anpassung der Einheitswerte haben die Kammern kassiert? Und haben sie diese Zusatzmillionen, die sie sicher gescheffelt haben, inzwischen den Bauern schon zurückgezahlt? Diese Frage darf ich hier stellen. *(Ruf bei der ÖVP: Welche zusätzlichen Einnahmen?)* Was die Bauernkammern durch die Einheitswerts-erhöhung zusätzlich gekriegt haben. Soweit ich informiert bin, sind es 19 Millionen Schilling. Und die zweite Frage ist die, ob sie diese 19 Millionen Schilling den Bauern schon zurückgezahlt haben. *(Bundesrat Schachner: Die wurden noch nicht zurückgezahlt! Das geht dann zusammen mit dem Rabelbauer-Geld in einem Aufwaschen!)* Die wurden also noch nicht zurückgezahlt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz noch auf einige Punkte der Regierungserklärung eingehen.

Der Föderalismus und die Selbstverwaltung nehmen breiten Raum in dieser Regierungserklärung ein. Die Regierungserklärung bekennt sich zum bundesstaatlichen Gedanken und, wie schon gesagt wurde, zur Fortsetzung der Gespräche über das Forderungsprogramm der Bundesländer von 1976. Hier ist eindeutig festgehalten, es wird in der Regierungserklärung gesagt, daß die föderalistischen Partner in diesen Verhandlungen der Bund, die Länder und die Gemeinden sind. Deshalb spricht man auch folgerichtig von einer Verbesserung der rechtlichen Stellung der Gemeinden. Auch der neu zu verhandelnde Finanzausgleich soll stärker auf die Bedürfnisse und Aufgaben der Gebietskörperschaften inklusive der Gemeinden und Städte Rücksicht nehmen.

Wenn man das Wort Föderalismus ausspricht, dann meint man vom Hintergrund dieses Gedankens her auch Subsidiarität. Das steht beispielsweise sehr deutlich im Entwurf einer Föderalismusentschließung, die demnächst in den Tiroler Landtag kommt.

Wenn man Subsidiarität als ein durchgängiges gesellschaftliches Gestaltungsprinzip versteht — es gibt nämlich nicht ein bißchen Subsidiarität oder etwas mehr Subsidiarität, sondern es gibt sie nur komplett oder überhaupt nicht —, dann ist die Einbeziehung der Gemeinden in den Föderalismus als Partner unabdingbar.

Es ist auch unabdingbar und sehr zu begrü-

16886

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Müller

ßen, daß man in diesem Zusammenhang von der Familie als der Keimzelle der Gesellschaft spricht. Deshalb, Herr Bundesrat Weiss, hat unsere Fraktion immer eine Skepsis etwa gegenüber der Urfassung der Bürgerinitiative „pro Vorarlberg“ gehabt, wo Gemeindeautonomie, Gemeinderecht und so weiter nach unserer Auffassung überhaupt zuwenig berücksichtigt worden sind.

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren nicht geschwiegen, sie haben umfangreiche Forderungsprogramme des Gemeindebundes und des Städtebundes an die Bundesregierung und an die anderen Partner herangetragen, sie haben vom dreiteiligen Staatsaufbau Bund, Länder und Gemeinden gesprochen, und sie haben auch gesagt, was sie an konkreten Erwartungen in der Zukunft haben.

Ich möchte hier nur einen aus diesen zahlreichen Forderungspunkten der Gemeinden und Städte deponieren, und das ist der Punkt Schaffung kommunaler Ausschüsse in den Parlamenten. Ich glaube, wir sollten uns im Bundesrat auch einmal darüber unterhalten. Wenn nämlich der Europarat einen Gemeindeausschuß oder einen kommunalen Ausschuß kennt, warum soll sich dann nicht auch der Nationalrat und der Bundesrat mit kommunalen Angelegenheiten in einem Gemeindeausschuß befassen?

Es ist das Recht und die Pflicht unserer Städte und Gemeinden, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen, denn sie sind ja in einer besonderen Position. Sie sind dem Bürger am nächsten, und man spricht nicht nur wegen des politischen Naheverhältnisses, sondern auch deshalb, weil ein Großteil der Ausgaben der öffentlichen Hand, zirka 60 Prozent, durch unsere Gemeinden gehen, schon von einer „Kommunalisierung der Politik“. Das heißt, es ist anzunehmen, daß immer mehr von der politischen Bedeutung auf die Gemeinden übergehen wird. Deshalb begrüßen wir das umfassende Föderalismusverständnis, den Einbezug der Gemeinden, wie wir ihn in der Regierungserklärung finden.

Im Zusammenhang auch noch einige kurze Worte über das Familienministerium. Ich habe schon gesagt: Wenn man das Subsidiaritätsprinzip ernst nimmt, dann darf in seiner politischen Umsetzung die Familie nicht fehlen. Deshalb begrüßen wir es, wenn dieses zentrale gesellschaftliche Anliegen erstmals seinen Platz im gebührenden institutionellen Raum findet.

Man hat immer wieder von ÖVP-Seite, auch

heute, die Frage gestellt: Was soll denn dieses Ministerium überhaupt machen? Es sind ja Tausende von Dingen, die eine Familie berühren, ob es das Pendeln zum Arbeitsplatz ist, ob es die Nahversorgung ist, das Einkommen, die Schule, der Wohnbau und so weiter. Es sind Tausende von Dingen, und deshalb kann dieses Familienministerium kein Spezialministerium, kein Fachministerium sein, das nur einen ganz bestimmten engen Bereich sieht, sondern es hat überall dort tätig zu werden, wo es um die Interessen der Familien geht.

Sie finden im Grundsatzprogramm der SPÖ 1978 den Hinweis auf die gesellschaftliche Bedeutung dieses Ministeriums. Ich möchte aber jetzt auf Grund der fortgeschrittenen Zeit davon Abstand nehmen, hier auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Noch einige Worte zur Bergbauernpolitik. In der Regierungserklärung ist sehr eingehend — das ist, glaube ich, zuwenig gewürdigt worden — über die Bergbauernpolitik gesprochen worden. Es wird ein drittes Bergbauern-Sonderprogramm von 1984 bis 1988 angekündigt, man spricht von einer Verstärkung der direkten Einkommenszuschüsse, und man spricht dankenswerterweise auch von der Einführung einer vierten Bergbauernzone, der sogenannten Handarbeitszone.

Ich darf daran erinnern, daß jetzt schon, im Jahr 1983, das Bergbauern-Sonderprogramm ungefähr eine Milliarde Schilling erfordert und daß unter dem Titel „Grenzlandförderung“ in Ergänzung zum Bergbauern-Sonderprogramm fast 100 Millionen Schilling eingesetzt werden, sodaß man tatsächlich den Willen der Bundesregierung sieht, in Gebieten, wo sich die landwirtschaftlichen Betriebe wirklich schwer tun, entsprechende Absicherungen und Investitionen vorzunehmen.

Eines aber möchte ich auch hier einmal zur Diskussion stellen. Vor wenigen Wochen ist der Grüne Bericht des Landes Tirol erschienen, der sagt, daß 1980 20 912 bäuerliche Betriebe in Tirol vorhanden sind; 34 Prozent, also etwa 7 000, sind noch Vollerwerbsbetriebe. Schaut man sich aber die Struktur der Einkommen bei den Tiroler Bauern an, also die Wirtschaftsstruktur, die man, wie der Herr Bundesrat Juen sicher sehr genau weiß, aus der Struktur der Kuhhaltung betrachtet, dann findet man, daß 86 Prozent von den fast 15 000 kuhhaltenden Betrieben weniger als 10 Kühe haben und 71 Prozent maximal 6 Kühe oder noch weniger.

Daraus, glaube ich, erkennt man schon die

Dr. Müller

Problematisierung unserer Region, die ja keine Produktionsalternativen in einem weiteren Sinn hat. Deshalb sagt der Bericht über die Tiroler Land- und Forstwirtschaft auch sehr richtig: „Bei der Einführung der Milchrichtmengenregelung im Jahr 1978 wurden die Kleinbetriebe gleich behandelt wie Großbetriebe, und auch die Grünlandbetriebe im Bergland wurden den Ackerbaubetrieben gleichgestellt.“

Verständlicherweise fehlt in diesem Grünen Bericht die politische Begründung für diese an sich richtige Aussage. Alle hier herinnen wissen — ich bitte den Herrn Bundesrat Köstler, noch eine Sekunde hier zu bleiben —, daß der gesamtösterreichische Bauernbund zum Leidwesen und zum Nachteil unserer kleinen Betriebe nicht jene Solidarität für die kleineren und benachteiligten Bauern aufbringt, die im Bereich der Arbeitnehmer, zum Beispiel bei der Gestaltung von Kollektivverträgen, längst selbstverständlich ist.

Diese Kritik am österreichischen Bauernbund kann ich nicht zurückhalten, ich muß diese Kritik immer wieder äußern. Wir wissen ganz genau, daß eine wesentlich bessere Bergbauernpolitik gemacht werden könnte, wenn man die Alpenregion von der Milchrichtmengenregelung herausnehmen könnte, was aber nur geht, wenn der ÖVP-Bauernbund seine Zustimmung dazu gibt.

Die Bedeutung dieser Direktzuschüsse ist, glaube ich, für den einzelnen Betrieb wirklich sehr groß. Der Bund hat 64 Millionen Schilling nach Tirol gezahlt, also durchschnittlich 6 500 S pro Bergbauernbetrieb im Jahr, und das Land hat in den Jahren 1981 und 1982 auch über 3 000 S gegeben, sodaß ein direkter Einkommenszuschuß von fast 10 000 S gegeben ist.

Man muß aber auch in einem weiteren Punkt dem Grünen Bericht des Landes Tirol recht geben: Direktzahlungen sind Korrekturversuche — ich glaube, diese Aussage stimmt —, entscheidend ist ein gerechtes Preis-Kosten-Verhältnis.

Deshalb noch einmal: Es ist äußerst wichtig, daß wir neben diesen Maßnahmen, Einführung einer Zone IV, neben diesen Direktzuschüssen die Herausnahme Tirols aus der Milchkontingentierung endlich erreichen. Die ÖVP könnte hier ein sehr gutes Beispiel für eine konstruktive Opposition setzen.

Ich möchte zum Abschluß noch den in den Nationalratsreden, aber auch hier herinnen

bis jetzt noch nicht behandelten Punkt Landesverteidigung in der Regierungserklärung nur ganz kurz streifen.

In der Regierungserklärung wird ganz deutlich gesagt: „Auf dem Gebiet der militärischen Landesverteidigung setzt sich die Bundesregierung vorbehaltlos für den Ausbau des milizartigen Systems der Landesverteidigung ein.“

Diese Aussage findet weiteste Zustimmung. Ich spreche sehr viel mit Menschen, die entweder im Bundesheer sind oder noch nicht dabei sind, aber auch mit anderen. Die Erkenntnis des defensiven Charakters unserer militärischen Anstrengungen wird im allgemeinen anerkannt, und jeder, der sich intensiver mit diesen Dingen beschäftigt, weiß, daß unsere militärische Chance das Milizsystem ist. (*Vorsitzender-Stellvertreter Schipani übernimmt die Verhandlungsleitung.*)

Unter diesem Aspekt muß man auch die Diskussion um die Abfangjäger, die immer wieder aufflammt, sehen. Ich möchte hier auf den ehemaligen General Mario Duic, der 1977 das Buch „Unbewältigte Landesverteidigung“ geschrieben hat, verweisen. Er hat immer wieder einen „Wickel“ mit Spannocchi gehabt; die beiden Herren haben sich, glaube ich, nicht optimal vertragen.

Duic hat sehr deutlich gesagt: „Gegenüber den Vorbereitungen auf der Erde steht die Luftverteidigung im zweiten Rang.“ Wenn ich weiter zitieren darf: „Wenn die Beschaffung von Mitteln der Luftverteidigung notwendige Beschaffungen für den Erdkampf verhindert, dann ist die Forderung nach einem Luftschirm nicht richtig gestellt.“

In eine ähnliche Argumentation ist auch der Generaltruppeninspektor Scharff vor wenigen Wochen bei einer Tagung in Graz gekommen.

Duic hat auch noch festgestellt, daß eine bloße Luftpolizei — das wissen wir alle — für den Verteidigungsfall nichts nützt, und hat als Notlösung — natürlich konstruiert ein General diesen Vorschlag nur als Notlösung — gesagt: „Wir brauchen leichte bewegliche Kräfte in großer Zahl und feste Anlagen.“

Genau das haben wir — das Buch ist 1977 geschrieben worden — in der Zwischenzeit in weiten Bereichen wirklich erreicht. Es ist ja nichts anderes als dieses Milizsystem. Duic bezeichnet es als Notlösung.

16888

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Müller

Wir wissen alle, es sind in allen zuständigen Gremien die Beschlüsse gefaßt worden, daß man irgendwann einmal zu der Beschaffung von Abfangjägern wird kommen müssen. Aber ich glaube, daß man sich angesichts der derzeitigen Wirtschaftssituation unseres kleinen Landes ohne weiteres noch eine Zeitlang zu dieser Notlösung wird bekennen können. Es ist ja völlig unvorstellbar, daß Sondermittel für den Ankauf von solchen Flugzeugen zur Verfügung gestellt werden. (*Bundesrat Haas: Radaranlagen!*) Unser Milizsystem braucht noch vieles wesentlich dringender als einige Abfangjäger, die kaum Zuwachs an militärischer Abhaltungswirkung bringen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Sommer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat **Sommer** (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Kollege Müller hat zunächst eine Wahlanalyse wiederholt und den geringeren Zuwachs der ÖVP in den Vordergrund gestellt. Ich glaube aber, wenn man etwas verliert, soll man nicht über das reden, was ein anderer gewonnen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im übrigen, eines ist Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ: Durch Ihren Koalitionspakt hat die österreichische Bevölkerung eine Bundesregierung, die sie nicht gewünscht hat, einen Bundeskanzler, der eigentlich gar nicht Bundeskanzler werden wollte (*Bundesrat Ceeh: Aber euch hat die Bevölkerung auch nicht gewünscht!*), obwohl ich ihn sehr schätze, und Regierungsmitglieder, von denen jeder etwas anderes erzählt, sodaß der Bundeskanzler eine Art Maulkorberlaß herausgeben mußte. (*Bundesrat Ceeh: Das ist lächerlich!*)

Und jetzt haben wir gerade wieder Ihre Stellungnahme zu den Abfangjägern gehört. (*Bundesrat Ceeh: 102 gegen 81 ist immerhin etwas! Aber 81 ist gar nichts! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Es ist immer noch besser, man gewinnt etwas, als man verliert etwas, und man richtet dann den Gewinner aus. (*Bundesrat Berger: Eines stimmt aber auch: Der, der gerne Bundeskanzler geworden wäre, hat die relative Mehrheit nicht erreicht! Das stimmt auch!*)

Ja, er hat aber nie gesagt, daß er es nicht werden will. Ich habe nur festgestellt, daß Bundeskanzler Sinowatz, der jetzt sicher ein

sehr schweres Amt übernehmen mußte, nicht Bundeskanzler werden wollte. Das hat er ja selbst oft genug erklärt. Aber Sie haben ihm mit der FPÖ eben dazu verholfen. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich habe zu den Abfangjägern auch nur zu sagen, daß wir glauben, wenn man zu einer so kostspieligen Einrichtung wie der Radaranlage für ganz Österreich A gesagt hat, daß man auch B sagen muß. Ihr eigener Landesverteidigungsminister hat erst vor wenigen Tagen wieder auf die Notwendigkeit der Abfangjäger hingewiesen. Aber das paßt genau in die Situation, daß jedes Regierungsmitglied derzeit irgend etwas erzählt, was dem anderen nicht paßt. Es wäre vielleicht doch gut, wenn Sie sich einmal einigen, was jetzt eigentlich Regierungsstil sein soll.

Das hängt auch mit der Regierungserklärung zusammen. Sie haben darin eine Anhäufung von Ankündigungen, aber man weiß nicht, was wirklich dahintersteckt. Gilt das überhaupt, was da steht?

Wenn man die Aussagen Ihrer Minister hört, so heißt es darin, es könnte einmal ganz anders sein. Das ist ja heute sehr deutlich herausgekommen.

Der Herr Bundeskanzler hat sehr deutlich vom eisernen Sparen gesprochen. Sie von der SPÖ haben gesagt, die Gegensätze zwischen ÖVP und SPÖ waren zu stark, die ÖVP hätte Österreich kaputtsparen wollen. Und jetzt sagt der Bundeskanzler, es muß eisern gespart werden. Bitte, wo ist da der Gegensatz? (*Bundesrat Ceeh: Der Unterschied liegt im Wie und Wo!*) Darauf komme ich noch zurück.

Der Herr Staatssekretär Bauer hat mich angesprochen, was ich dazu zu sagen hätte. Er hat aber anscheinend seine Pflichtübung vergessen. Hätte er nämlich als schon damals vorgesehener Koalitionspartner das „Heute“ gelesen, dann wüßte er genau, was ich bezüglich der Einsparungen bei den Beamten zu sagen gehabt habe. Auf seine Aufforderung wegen der Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes habe ich in einer Großveranstaltung in Wien in Anwesenheit unseres Bundesparteibürochefe eine Garantieerklärung für den Arbeitsplatz jedes öffentlichen Bediensteten abgegeben. Da hat er nicht zugehört, das ist sein eigenes Pech. Ich werde ihm aber die Antwort, weil er offensichtlich nicht mehr anwesend sein konnte, gerne schriftlich zukommen lassen.

Sommer

Aber der Bundeskanzler mit dem eisernen Sparen weiß offenbar auch nicht, was jetzt diese Kosten verursacht. Zum Beispiel gerade im Finanzministerium — und das hätte ich dem Herrn Staatssekretär halt gerne persönlich gesagt —: Man hat mit großem Kostenaufwand die schönen historischen Prunkräume im Winterpalais des Prinz Eugen herrichten lassen. Und jetzt wird es wieder um Hunderttausende Schilling in Büroräume zurückadaptiert, damit der Herr Staatssekretär einen Arbeitsplatz hat.

Und der sparsame Herr Staatssekretär mit dem noch sparsameren Finanzminister fährt nicht mit einem Mercedes — der wäre ja da vom Staatssekretär Seidel —, es muß ein neuer BMW gekauft werden.

Bitte, wenn das Ihre Sparvorschläge sind und wenn das das eiserne Sparen des Herrn Bundeskanzlers ist, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was auf uns noch zukommen wird an neuen Verschwendungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie treten bei den einzelnen Problemkreisen Ihrer Regierungserklärung für einen aktiven Einsatz für die sozial Benachteiligten ein, für den Kampf gegen die Armut. Ja wer würde denn nicht dafür sein. Aber kein Wort, wie das geschehen soll.

In der Zwischenzeit muß ich als Wiener Mandatar feststellen: So viele Delogierungen aus Gemeindewohnungen, so viele Abschaltungen von Zentralheizungen hat es noch nie gegeben, wie während der Zeit Ihres Kampfes gegen die Armut, die Sie verbal immer aussprechen. Aber wo sind die Taten? Theorie und Praxis passen hier halt nicht zusammen.

Sie müßten sich auch zu neuen Wegen bekennen, zu einem Kurswechsel, den Sie nicht haben wollen, der Ihnen aber wahrscheinlich aus dieser Situation heraus doch aufgezwungen werden wird. Denn wenn Sie diesen Weg weitergehen, dann werden Sie weder die Armut bekämpfen können noch wird es zu einem aktiven Eintreten einer wirkungsvollen Situation für sozial Benachteiligte kommen können.

Daß Sie von Ihrem Gießkannenprinzip schon abgehen wollen, merken wir jetzt aus Ihren Aussagen, daß besser Verdienende eben gewisse Leistungen nicht bekommen sollen. Früher hat man gesagt, es müssen alle gleich sein, daher muß die Bevorzugung besser Verdienender zum Beispiel im Steuerrecht, wie Sie argumentiert haben, abge-

schaftt werden. Gut. Zuerst waren alle besser, dann waren alle gleich, und jetzt werden einzelne wieder schlechter. *(Bundesrat Ceeh: Aber Ihnen paßt gar nichts: das nicht, das nicht und auch das nicht!)*

Ihr Weg führt letzten Endes immer dazu, daß es vielen dann schlechter geht als zu der Zeit, bevor Sie zu regieren begonnen haben. *(Bundesrat Obenaus: Das trifft aber nicht die Ärmsten! — Bundesrat Ceeh: Das ist eine Haarspalterei!)* Na ja, Sie hören es nicht gerne, Kollege Ceeh, das glaube ich schon, aber es ist halt so.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben wir heute einen Entschließungsantrag vorgelegt. Und ich glaube, wir sollten in Selbstachtung des Bundesrates nicht von einem papierenen Antrag sprechen; das ist ja nur die Form der Einbringung. Dahinter steht doch — wie ich hoffe — unser gemeinsamer Wille, der Geißel der Jugendarbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten und alles zu tun, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei stellt ja die Frage der Schulabgänger, die bekanntlich in der Arbeitslosenstatistik meistens nicht erfaßt sind, ein ganz beonderes Problem dar.

Und Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung, für die Arbeitsmarktpolitik müßte die Finanzierung in gerechter Weise sichergestellt werden. Wie, das weiß man nicht.

Aber man weiß eines: Bei Ihnen heißt „gerecht“ eigentlich immer eine Wegnahme von irgendwo, wo noch etwas da ist.

Und wenn ich noch einmal Salchers Steuerpläne im heutigen „Kurier“ zitiere: „Es wird etwas Dickes kommen. Da wird etwas geschehen...“ *(Bundesrat Ceeh: Der „Kurier“, ist das eine sozialistische Zeitung?)* Bitte, hier ist Minister Salcher zitiert. *(Bundesrat Ceeh: Sie zitieren den „Kurier“! — Bundesrat Mohrl: Das hat ein Journalist gesagt! Das stammt von einem Journalisten!)* Bitte, wenn Sie mich ausreden hätten lassen: Aber immer, wenn es unangenehm wird, schreien Sie schon vorher, dann wissen Sie nicht, worum es eigentlich gehen soll. *(Bundesrat Mohrl: Wem gehört der „Kurier“?)* Es sagt der Bundesminister für Finanzen Salcher — und darauf wollte ich in meinem Zitat kommen — ... *(Ruf bei der SPÖ.)* Sie können es ja nachlesen. Der Bundesminister Salcher sagt: „Da wird etwas geschehen. Bei den großen Brocken. Bei den Beamten, den Sozialversicherungen, den Betrieben des Bundes.“ *(Bundesrat Mohrl: Das ist Ihre Forderung! Das ist eine ÖVP-Forderung!)*

16890

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Sommer

Schon mehrmals haben Ihre Parteifunktionäre zum Beispiel vom Arbeitsmarktförderungsbeitrag für Beamte, für Freiberufler gesprochen. Der Herr Staatssekretär hat dann gesagt, die Frage sei überhaupt nicht aktuell. Es hat aber auch beim 13. und 14. Monatsgehalt, beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, geheißen, eine Besteuerung komme überhaupt nicht in Frage. Dann hat es geheißen, jetzt komme sie nicht. Und die letzte Aussage lautete — und das haben wir ja heute auch schon gehört —, man wisse ja nicht, was noch alles kommen könne. Ich sage das deswegen, weil wir uns hier sehr zur Wehr setzen werden.

Wir haben als öffentlich Bedienstete eine sehr schonende Gehaltspolitik gemacht — das hat auch der Sprecher der drei Gewerkschaften Bahn, Post und Gemeindebedienstete immer gesagt —, nur kann man nicht mehrfach bestraft werden. Die Staatsverantwortung, die Rücksicht auf die Staatsfinanzen haben gerade die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nie aus den Augen verloren. *(Bundesrat C e e h: Nach der Forderung: Man muß sparen, aber man darf nicht sparen! Das ist die Logik!)*

Aber hätte man in Zeiten der Hochkonjunktur die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht ausgeräumt, dann wären heute noch genügend Milliarden da. Das wäre die gerechte Finanzierung für die Notwendigkeit der Arbeitsmarktpolitik gewesen. *(Bundesrat C e e h: Man muß sparen, aber zahlen soll es ein anderer! ... in Amerika!)* Nein, wir sind in Österreich. In Amerika ist die Wirtschaft ja überhaupt etwas anders strukturiert als bei uns. *(Zwischenruf des Bundesrates C e e h.)*

Aber Sie haben ja immer gesagt: in England, in Amerika, na überall. Und dann haben Sie sogar gesagt: in Deutschland, und haben dabei vergessen, daß es dort ja fast ein Jahrzehnt eine Koalitionsregierung gegeben hat, die diese Zustände herbeigeführt hat, die Sie dann in Amerika oder in England kritisiert haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Immerhin wurde in England — zugegeben, um einen sehr hohen Preis — zuerst einmal die Inflationsrate so stark gesenkt, daß man mit einem echten wirtschaftlichen Aufschwung und damit auch mit einem Abbau der Arbeitslosen rechnen wird können. *(Bundesrat C e e h: 10 Prozent! — Rufe bei der ÖVP. — Bundesrat C e e h: 12 Prozent Arbeitslose!)*

Hüten wir uns davor zu glauben, daß mit

immer mehr Schuldenmachen Arbeitsplätze auf die Dauer geschaffen oder gesichert werden können! *(Beifall bei der ÖVP.)* Es kommt dann irgendwann einmal der Moment, wo es überhaupt nicht mehr weitergeht. Und das ist dann die Situation, wo man nicht mehr recht weiß, was geschehen soll. *(Bundesrat C e e h: Das ist zu lernen!)* Denn jeder Mensch ist zu bedauern, der seine Arbeit verloren hat oder keine bekommt. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen das schon einmal mitgemacht hat. Ich habe nach dem Krieg am eigenen Leib zu spüren bekommen, wie das ist, wenn man von Stelle zu Stelle geht und überall ein höfliches Achselzucken bekommt und kein Geld hat. *(Bundesrat C e e h: Sie haben Einsparungspläne im Beamtenpostenplan!)* Man muß das einmal selbst erlebt haben, um zu wissen, wie es einem Arbeitslosen zumute ist oder einem Schulabsolventen, der nach seiner Ausbildung keinen Arbeitsplatz findet. *(Zwischenruf des Bundesrates C e e h.)*

Und daher müssen wir alles daransetzen — und das ist jetzt nämlich für uns ... *(Bundesrat Dr. Bösch: Bei einem 60 Milliarden-Einsparungsprogramm Arbeitsplätze zu sichern, ... — Bundesrat C e e h: ... das ist das Kunststück!)* Bitte, das ist ja alles verdreht worden. — Jetzt ist der Herr Staatssekretär wieder da. — Es ist ja nie gesagt worden, daß man einem Beamten seinen Arbeitsplatz wegnehmen will *(Bundesrat C e e h: Na na, und das Papier?)*, es ist ja nur die Frage aufgeworfen worden, ob man überall nachbesetzen muß. Und die ÖVP hat zum Beispiel bei der Exekutive ... *(Zwischenruf des Bundesrates C e e h.)* Es hat der Herr Bundeskanzler Kreisky des öfteren in aller Öffentlichkeit und auch im Fernsehen verkündet, er werde 1 Prozent beim öffentlichen Dienst einsparen. *(Bundesrat Strutzenberger: Wer hat das gesagt? Der Mock ist doch nie Bundeskanzler gewesen — der hat das gesagt! 1 Prozent!)* Sie haben jetzt gesagt, Dr. Mock hätte das verlangt und es wäre unrecht. Als es der Herr Bundeskanzler Kreisky gesagt hat, hat keiner von Ihnen nur mit der Wimper gezuckt. Da war nämlich die Welt heil, und das war in Ordnung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da war ich wieder einmal der einzige Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes, der sich dagegen gewehrt hat. *(Bundesrat C e e h: 1 Prozent sind 3 000 jährlich!)* 1 Prozent in einer Legislaturperiode. Verdrehen wir nicht jetzt wieder alles. *(Zwischenruf des Bundesrates C e e h.)*

Jedenfalls haben wir aber auch gesagt, bei der Exekutive könnten 1 000 junge Menschen neu eingestellt werden, weil dort viele Über-

Sommer

stunden gemacht werden müssen, etwa bei den Zollämtern im Westen in einem unzumutbaren Ausmaß verlangt werden und weil das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung es notwendig macht, die Exekutive zu stärken. (*Bundesrat Ceeh: Mehr Beamte!*) Ja, man kann vielleicht woanders auch einsparen. Das ist ja nicht so wie beim Lehrplan: Heute sind wir bei der Elektronik, und den Tacitus haben wir auch noch. Früher haben wir halt nur den Tacitus gehabt bis zur Lichtgeschwindigkeitslehre. Man wird sich vielleicht auch überlegen müssen, muß der Staat alles und jedes machen oder kann vielleicht jemand anderer eine Aufgabe für das Gemeinwesen erledigen. Dann würde man nicht soviel Bundesbeamte brauchen, und dann könnte man natürlich auch die eine oder andere Nachbesetzung nicht vornehmen. Und was machen Sie? Sie gründen halt wieder ein neues Ministerium als Grundlage der eisernen Sparmentalität. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Ceeh: Wo soll man die Beamten einsparen?*)

Sie können mich jetzt nicht dazu veranlassen, Kollege Ceeh, nur über dasselbe zu reden, weil wir ja noch ein großes Programm vorhaben. Ich möchte mich ja mit der Regierungserklärung beschäftigen.

Da kommen wir jetzt zu einer Frage, wo ich mich nicht scheue, es auch in Anwesenheit des Herrn Staatssekretärs Bauer zu wiederholen. Ich habe gesagt, Sie haben Ihre Pflichtlektüre als angehender Koalitionspartner versäumt, denn hätten Sie das „Heute“ gelesen, dann hätten Sie gewußt und mich nicht zu fragen brauchen, was ich zu den Einsparungen der ÖVP bezüglich Beamte oder öffentlich Bedienstete zu sagen habe. Darüber hinaus zu Ihrer Frage an mich im Wahlkampf, wie das jetzt wäre mit der Sicherheit der Arbeitsplätze der öffentlich Bediensteten: Ich habe in Anwesenheit unseres Bundesparteibürochefs vor etwa 1 200 öffentlich Bediensteten eine Garantieerklärung für jeden Arbeitsplatz — ob Beamter, ob Vertragsbediensteter — abgegeben. Aber wegen der eisernen Spargesinnung, Herr Staatssekretär, Ihres Bundeskanzlers und der auch vom Bundesminister für Finanzen immer zum Ausdruck gebrachten Meinung, es müßte jetzt wirklich gespart werden, habe ich gemeint, im Winterpalais des Prinzen Eugen sind die Prunkräume mit Hunderttausenden, wenn nicht Millionenbeträgen seinerzeit aus gutem Grund adaptiert worden, weil sie ja musealen und geschichtlichen Wert haben. Sie werden jetzt um Hunderttausende Schilling zurückadaptiert in Büroräume, damit der Herr Staatssekretär der FPÖ einen geeigneten Arbeitsplatz findet.

Ich habe gehört, Sie wollen nicht den Mercedes des Herrn Staatssekretärs a. D. Seidel fahren, weil Sie BMW bevorzugen. Daher muß jetzt im Sinne der Sparsamkeit ein neuer BMW gekauft werden. Aber Sie können jetzt ein gutes Beispiel geben und auf das alles verzichten, dann erledigt sich die Sache ja sowieso und Sie sind einen Schritt glaubwürdiger geworden in der Sparmentalität. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Arbeitszeitverkürzung ist ja heute schon sehr viel gesprochen worden. Ich kann mich auch als Vertreter der Arbeitnehmerschaft nur diesen wirtschaftlichen Aussagen vollinhaltlich anschließen. Wenn auch der Kardinal gesagt hat: Teilt Brot und Arbeit — aber bitte, mit der Arbeitsteilung wird es ja nicht mehr Brot, sondern, wenn man das wirklich so machen wollte, müßte man genau so wie die Arbeit auch das Einkommen verteilen. Damit wird aber ein bewußt negativer Erfolg erzeugt, eine Defensivhaltung hervorgerufen, und daher ist es auch für uns als Arbeitnehmer undenkbar, daß man jetzt mit Gewalt eine Zwangsbeglückung macht. Fragen Sie doch die Arbeitnehmer! Niemand hat an dieser Arbeitszeitverkürzung Interesse. Sie wird auch nicht zum Ziel führen können, weil sie ja nur dazu führt, daß sich ein Unternehmer, ein Wirtschaftstreibender — und letztlich auch die verstaatlichte Industrie — Investitionen anschafft, womit diese Arbeitszeitverkürzung eben, soweit er sie sich überhaupt leisten kann, aufgefangen wird. Aber er wird doch nie deswegen mehr Arbeiter aufnehmen. Das hat sich doch auch bei der 40-Stunden-Woche bewiesen und bei allen Arbeitszeitverkürzungen international. Bei den Studien wird das immer wieder als eine der großen Überlegungen und Sorgen bei einer Arbeitszeitverkürzung vorgestellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Glauben Sie wirklich, daß Sie auf längere Sicht, noch dazu, wenn Sie das wie der Minister Dallinger sozusagen gesetzlich auf Abruf — wenn auch im Jahr 1986, 1987, 1988 oder irgendwann — machen, die anderen Gruppen der Arbeitnehmer, die großen Dienstleistungsbereiche oder 530 000 öffentlich Bedienstete ausschließen werden können? Die 35-Stunden-Woche ist beim öffentlichen Dienst kein Anliegen. Herr Staatssekretär Löschnak hat mich so aufmunternd angeblickt bei der Rede des Bundesrates Pisec. Ich glaube, Sie haben erwartet, daß ich jetzt sage: Wo bleibt der öffentliche Dienst? Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, er braucht sie und kriegt sie nicht, und der Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Gratz, hat ja sofort

16892

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Sommer

genau dasselbe geäußert, weil er weiß, daß es unfinanzierbar wird. Das sind doch Probleme, vor denen Sie doch bitte nicht die Augen zumachen dürfen.

Die Arbeitszeitverkürzung kann man dann machen, wenn man soviel zusätzliche Einnahmen erzielt, daß man sich fragt: Will man ein höheres Einkommen oder will man mehr Freizeit? Das ist vernünftig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber wir sind ja gerade im gegenteiligen Verlauf, den wir aufhalten müssen. Wir müssen Optimismus verbreiten und nicht sozusagen die Arbeitslosigkeit als eine unheilbare Krankheit zur Kenntnis nehmen.

Versuchen wir lieber, die Arbeitswelt zu humanisieren und einen Beitrag dazu zu leisten, daß der Mensch an seinem Arbeitsplatz die bestmöglichen Bedingungen vorfindet. Der Abbau des Begriffes des Arbeitsleides schiene mir hier eine wesentliche Angelegenheit zu sein.

Sie haben auch in Ihrer Regierungserklärung wieder die Arbeitsverfassung, eine Stärkung der Mitbestimmung und der Mitwirkung als eine Ihrer politischen Zielvorstellungen bezeichnet. Aber auch hier Theorie und Praxis: Ist ein Unterschied zwischen einem Betriebsrat in einem Wirtschaftsbetrieb und einem gewählten, nach gesetzlichen Vorschriften arbeitenden Personalvertreter in einem Bundespersonalvertretungsbereich? Und wie schaut es da aus mit der Stärkung der Mitbestimmung und Mitwirkung? Hier muß ja der Verdacht aufkommen, daß es Ihnen ja gar nicht so um die Mitwirkung und Mitbestimmungsstärkung geht, sondern um die Einflußnahme in die Wirtschaftsführung. Denn dort, wo Sie regieren, wollen Sie ja keine stärkere Mitbestimmung und Mitwirkung, lassen Sie das gar nicht zu. Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst kommt immer wieder um Verstärkung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, und der Vertreter der Regierung — in dem Fall meistens als Verhandlungspartner der Herr Staatssekretär Löschnak — sagt dazu njet, das geht nicht, das machen wir nicht. Wenn das also so ein ernstes Regierungsanliegen ist, dann müßte es auch in unserem Bereich möglich sein, und dann könnte es nicht passieren, daß die Personalvertretungsaufsichtskommission eine positive Auslegung der Mitwirkung kennt, und der Herr Staatssekretär schreibt dann an die Minister einen Brief, das brauchen wir nicht zu beachten. Einfach übersetzt: die Mitwirkung brauchen wir nicht. Also da sehen

Sie ja wieder Theorie und Praxis in Ihrer Regierungserklärung.

Ich möchte mich jetzt der Garantie der Pensionen zuwenden. Sie haben eine umfassende Sozialreform angekündigt. Wie sie funktionieren soll, weiß man noch nicht. In der Regierungserklärung steht drinnen: insbesondere bei der Pensionsversicherung. Da hört man schon aus Kreisen Ihrer Partei in den Pensionsversicherungsanstalten, es wird in Zukunft bald nur mehr eine Pension geben — die höhere —, auch wenn für die zweite, die kleinere, Beiträge gezahlt worden sein sollten. Da werden sich aber die Witwen freuen, wenn sie eine eigene Pension von 4 500 oder 5 000 S haben, und dann haben sie noch — (*Bundesrat Köpf: Wer hat das gesagt?*) lassen Sie mich nur ausreden; ich weiß schon, Sie kommen wahrscheinlich mit den Sektionschefwitwen daher —, und dann haben sie noch eine Witwenpension von 4 000 S. Dann kriegen sie halt die höhere, und das ist dann die Sozialreform bei Ihnen. Da werden wir nicht mitgehen! (*Bundesrat Köpf: Wenn Sie Gerüchte in die Welt setzen, dann sagen Sie bitte, wer das gesagt hat!*) Ich setze keine Gerüchte in die Welt. Das ist kolportiert worden, ich werde Ihnen das auch noch schriftlich mitteilen. Ihre Einstellung zu dem ganzen Problem sieht man ja jetzt auch in der Versicherungsanstalt öffentlicher Dienst. Dort kassieren Sie 600 Millionen Ersparnisse, weil Sie sparen ja eisern, nicht, das nehmen Sie aber dann jemand anderem weg, der eisern gespart hat, werfen es in Ihren Verschwendungstopf hinein auf Nimmerwiedersehen, weil das ja nicht... (*Bundesrat Mohnl: Wahlkampf!*) Nein, Sie haben sich dadurch 600 Millionen Budgetmittel erspart; Aussage des Bundesministers für Finanzen.

Aber es geht ja noch viel besser weiter. In Ihrer „demokratischen“ Grundhaltung verweigern Sie dann die Verfassungsgerichtshofklage, die Überprüfung durch ein Höchstgericht. Ja, was ist denn das für eine Rechtsstaatlichkeit, wenn der, der in Klage, in Zweifel gezogen werden kann, kraft seiner politischen Macht sagt, das erlaube ich gar nicht, daß der diese Einrichtung, dieses Höchstgericht überhaupt fragt, wer recht hat. Also das hat es in Österreich noch nicht gegeben. Ich halte das für eine richtige Rechtsverweigerung, und Sie sollten sich, meine Damen und Herren von der SPÖ, schämen, daß das bei uns überhaupt in Österreich möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben in Ihrer Regierungsaussage, in Ihrer Erklärung, auch den Grundsatz: Die

Sommer

Bundesregierung bekennt sich zu dem Grundsatz, daß Personalentscheidungen in allen Bereichen nach objektiven und sachlichen Kriterien zu treffen sind. Ich weiß nicht, ob der Minister Haiden das vorher gelesen hat? Und nachher anscheinend auch nicht, weil er... (*Bundesrat Strutzenberger: In Niederösterreich soll man es lesen!*)

Die haben eine Personalkommission mit Mitwirkung der SPÖ. Die würde ich mir für das Bundesland Wien lieber heute als morgen wünschen. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Strutzenberger: Diese Personalkommission führen wir beim Bund auch ein!*) Ja, ja. Ich habe einmal angesucht bei der Gemeinde Wien. Da war die erste Frage: Sind Sie bei der SPÖ? Habe ich gesagt: nein. Habe ich gesagt... (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Staatssekretärs Dr. Löschner*.)

Da war ich noch ein gutgläubiger Staatsbürger, der geglaubt hat, die Gebietskörperschaften wären so für jeden Staatsbürger zugänglich. (*Bundesrat Mohnl: Wie bei der Niederösterreichischen Landesregierung! Genauso!*)

Reden wir nicht von Niederösterreich. Mit Mitwirkung der SPÖ erfolgen dort die Aufnahmen.

Aber da der Minister Haiden, nicht wahr, das werden wir jetzt noch genau prüfen, noch vor Ablauf der Ausschreibungsfrist einen Sozialisten zum Abteilungsleiter macht, bitte, das werden wir uns noch genau anschauen. Wenn es so ist — und ich glaube es ja —, werden wir im Nationalrat sicherlich Gelegenheit haben, das zu hören.

Aber es gibt ja noch viele Beispiele. Einer der vielleicht in der Öffentlichkeit auch am stärksten beachteten Posten ist der des Chefredakteurs der „Wiener Zeitung“. Was sich wieder einmal an personellem Machtmißbrauch der SPÖ abgespielt hat, ist ja auch einzig dastehend. Sie haben den Sportredakteur der „Sonntag-AZ“, den Herrn Fahnler, der an achter Stelle der Redakteure der „Wiener Zeitung“ steht und der schon die ganze an sich so bekannte und geachtete „Wiener Zeitung“ in den Zeiten des Wahlkampfes in Verruf gebracht hat, weil er sie als eine zweite Ausgabe der „AZ“ benützt hat. Die „Wiener Zeitung“ war immer bekannt als eine objektive Zeitung, ein Amtsblatt, von der man angenommen hat, daß sie vollkommen objektiv in ihrer Aussage ist.

Seit Ihrer Machtausübung in Österreich ist das immer schlechter geworden. Und nun haben sich Beamte beworben, die zum Beispiel das Amt schon lange interimistisch geleitet haben, die ein Vierteljahrhundert in diesen Tätigkeiten drinnen sind, Dienstklasse VIII, Dienstklasse VII, und jetzt kommt der Herr Fahnler, und weil er ein geeichter Sozialist ist, muß er dort Chefredakteur werden.

Und was sagen jetzt die Pressestimmen dazu?: „Die Wiener Zeitung wartet weiter. — Fußballschiedsrichter als Chefredakteur.“ Presse: 1. März 1983. (*Bundesrat Ceeh: Ist es etwas Schlechtes, wenn einer Fußballschiedsrichter ist?*) Ezzegeber, und so geht das weiter bis zum „bewußten Genossen“, weil der natürlich seine sozialistische Schöpferkraft im Dienste auch einer Zeitung durchbringen muß. (*Bundesrat Ceeh: Wenn es ein ÖVPLer wäre, wäre das in Ordnung!*)

Ich sehe hier auch eine sehr sensible Reaktion der Öffentlichkeit, und das ist wieder ein Beispiel, was Sie unter, wie haben Sie so schön gesagt, dem Grundsatz, daß Personalentscheidungen in allen Bereichen nach objektiven und sachlichen Kriterien zu treffen sind, verstehen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Geben Sie es doch wenigstens zu, daß Sie mit Ihrer Macht reine politische Postenbesetzung machen, und verstecken Sie sich nicht dahinter. (*Bundesrat Strutzenberger: Siehe Niederösterreich!*)

Wie ich gesagt habe, objektivieren wir die Aufnahme im öffentlichen Dienst. Lassen wir die Mitwirkung der Personalvertretung zu, da heißt es immer: Nein, das kommt überhaupt nicht in Frage. Der Gesetzgeber sagt, der Bestgeeignete. Bitte, der Bestgeeignete kann doch nicht immer nur der sein, der zufällig — zufällig! — das Mitgliedsbuch der SPÖ haben sollte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es kommt aber dann gleich weiter für den öffentlichen Dienst: Die Bemühungen um ein zeitgemäßes, leistungsorientiertes Besoldungssystem werden fortgesetzt. Herr Staatssekretär! Ich weiß nicht, ob Sie hier mitwirken konnten. Vielleicht geht es Ihnen so wie den Personalvertretern im Bundesdienst.

Wir haben, und wenn ich sage „wir“, meine ich nun nicht nur die politischen Kräfte, sondern vor allen Dingen auch die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, dem ersten Reformschritt zugestimmt. Wir haben das gemeinsam ausgehandelt. Die Gewerk-

16894

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Sommer

schaft öffentlicher Dienst hat das auch in einer Besoldungsenquête in Ihrer Anwesenheit beraten. Und wir sind gemeinsam zu diesem Ergebnis gekommen. Aber ich habe Ihnen mehrmals gesagt, und Sie konnten mir auch nichts dagegen sagen, daß in dieser Phase des ersten Schrittes jedes leistungsorientierte Moment beseitigt wurde. Das gibt es nicht mehr, und jetzt sagen Sie in Ihrer Regierungserklärung, das wird leistungsorientiert fortgesetzt. Was bitte wird denn fortgesetzt? Von Ihrer Reform, wo jedes Leistungsmoment weggenommen wurde, wird das fortgesetzt? Das scheint mir so wie mit der Fortsetzung des österreichischen Weges nach Sparsamkeit, eisernes Sparen des Bundeskanzlers. Das dürfte nur mehr ein Zick-Zack-Weg werden.

Ich glaube, wir können uns bekennen zu einem leistungsorientierten, zu einem zeitgemäßen Besoldungssystem. Aber wir sollen bei der Wahrheit bleiben und nicht Dinge sagen, die nicht stimmen. Denn auch damit verunsichern wir nicht nur die österreichische Bevölkerung, sondern hier im konkreten den öffentlichen Dienst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Familie: Weil das Familienministerium, habe ich jetzt vorhin gehört vom Kollegen Müller, sogar unter Bezugnahme auf Aussagen eines Papstes ... *(Bundesrat Dr. Müller: „Eines“! Pius XII.)* Pius XII., ja danke. Ich habe es mir nicht aufgeschrieben gehabt. Ich habe nur gewußt, daß überraschenderweise das Studium ... *(Bundesrat Dr. Müller: Herr Professor Schambeck weiß das aber noch besser als ich!)*

Ja. Ich werde ihn dann nachher fragen, Kollege Müller. Aber bitte eines, der Papst hat doch von der Familienbetreuung, von der Bedeutung der Familie, aber doch nicht von einem Familienministerium gesprochen. Wir wissen doch genau, daß überall dort, und das sage ich ja selbst als öffentlich Bediensteter, und wenn ich sehr hart formuliere, nicht der Beamte, aber dort, wo die Bürokratie zuschlägt, wächst eh meistens kein Gras mehr, der Bürokratismus mit seinen Formen der zentralistischen Verwaltung, wie Sie es immer haben wollen, wir sind ja für die Dezentralisation. Familienbetreuung kann man überall und jederzeit machen. Dazu brauche ich keinen Minister, kein Ministerbüro, keine Abteilungen, Sektionen, und wie ich höre, verteilt man das ja oder versucht es schon zu verteilen, wer dort die drei Sektionsleiterposten bekommen soll. Bitte, das hat doch mit der Familienbetreuung nichts zu tun! Geben Sie die Hunderte Millionen, die

das Familienministerium kosten wird, lieber den Familien! *(Beifall bei der ÖVP.)* Mit Sparsamkeit in der Regierung hat das jedenfalls wirklich nichts zu tun.

Wir kommen nun — wenn ich mich auch mit der Frage der Bildung und der Schule befassen darf, die anscheinend keinen sehr hohen Stellenwert hat, weil sie nur einen ganz kleinen Abschnitt in der Regierungserklärung einnimmt — zu der Frage: Wie soll es dort weitergehen?

Die 7. SCHOG-Novelle hat jetzt eigentlich die äußere Schulreform abgeschlossen, und man sollte sich der inneren widmen. Hier hat bezeichnenderweise der neue Unterrichtsminister eine Verfügung des alten Unterrichtsministers, gleichzeitigen Vizekanclers und jetzigen Bundeskanzlers, aus guten beruflichen Erfahrungsgründen aufheben müssen: die Verkürzung der Schularbeiten, weil das Risiko für den Schüler viel zu groß geworden ist.

Sie wissen in Ihrer Partei, in der SPÖ, offensichtlich nicht, was mit der Schule jetzt wirklich geschehen soll; Sie haben wahrscheinlich deswegen auch so wenig hineingeschrieben.

Widmen wir uns jetzt doch der inneren Schulreform, geben wir Lehrern und Schülern einmal die Möglichkeit, sich an eine Schulform zu gewöhnen, und erfinden wir nicht immer wieder etwas Neues, sodaß sich zum Schluß niemand mehr auskennt.

Wenn man sich in Ihren Bereichen umhört, dann hört man immer noch von der Gesamtschule, und wenn ich Ihnen aus Ihrem Jungbereich etwas vorlesen darf, so sagen die Jungsozialisten folgendes: Es sollte der Religionsunterricht überall zum Freifach gemacht werden, weil er einseitige Ideologie und Denkungsweise, wie das in keinem anderen Unterrichtsfach denkbar wäre, vermittele. Der Redner machte dann sofort den nächsten Schritt und verlangte eine Einrichtung des Unterrichtsfaches Sozialismus an allen Schulen.

Sehen Sie, das sind die Hintergründe, die bei Ihrer Schulpolitik immer wieder auftauchen. *(Bundesrat Ing. Nigl: Das sind die politischen Durchlauferhitzer!)*

Versuchen Sie, die Schule zu dem zu machen, was sie immer sein sollte: ein Hort der Ausbildung, eine Anstalt, wo man für das Leben vorbereitet wird *(Bundesrat Köpf:*

Sommer

Aber wie vorbereitet!) und wo es auch notwendig ist, sich mit den Anforderungen des Lebens auseinanderzusetzen, und sagen Sie nicht, wie es immer wieder heißt, daß die Angst beseitigt werden müßte. *(Zwischenruf des Bundesrats Köpf.)* Ja wenn ich nichts gelernt hatte, habe ich auch Angst gehabt und habe mich vor der Prüfung gefürchtet, das war ja immer klar.

So gemütlich kann es aber auch nicht sein, daß man nichts zu lernen braucht, nachher möglichst wenig arbeiten muß und dann zwangsläufig die Volkspension von Ihnen zugewiesen bekommt. *(Zwischenrufe des Bundesrats Köpf und anderer Bundesräte der SPÖ.)*

Sie werden Ihren ganzen Weg ändern müssen, wenn Sie Österreich in ein modernes ... *(Ruf bei der SPÖ: Wenn es nach euch ginge, hätten wir noch die Züchtigung!)* Niemand wird gezüchtigt! *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Das sind ja immer diese einfachen Unterstellungen! Sie werden selbst zugeben, daß auch in der Familie es manchem Halbwüchsigen, der dann in diversen Rocker-Banden und so weiter auftaucht, nicht geschadet hätte, wenn er rechtzeitig eine Tachtel von seinem Vater oder von seiner Mutter bekommen hätte. Aber Sie haben ja dazu beigetragen, daß sich die das ja schon fast nicht mehr trauen, weil ... *(Bundesrat Köpf: Das ist das wahre Gesicht! — Bundesrat Schachner: Dann führen wir die Todesstrafe ein, am nächsten Tag! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Zwischen Züchtigung, Schlagen und einer Tachtel ist ein großer Unterschied! Ich weiß schon, Sie mit Ihrem Menschlichkeitsbild: Man darf einen Verbrecher nicht einsperren, man darf einen Schlimmen nicht auf den richtigen Weg führen, es muß jeder tun können, was er will. Hauptsache: Sie haben die Mehrheit in dem Land, können es regieren. Wo wir dann hinkommen, das kann ich Ihnen heute schon sagen: Das Unbehagen in der Bevölkerung wird so stark werden, daß wir eines Tages mit unserer ganzen Demokratie ins Rutschen kommen, weil man sagt: So kann es ja nicht weitergehen, daß ein jeder auf Kosten des anderen tun kann, was er will, und der darf nicht einmal sagen, daß das unrecht ist. So weit sind wir ja heute schon teilweise. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Jetzt könnte ich das so machen wie in man-

cher Quizsendung und sagen: Wer Kinder hat und noch nie, noch nie, bitte, zu einem leichten Tatschkerl gegriffen hat, der möge aufzeigen. *(Zwischenruf des Bundesrates Ceeh.)* Ja, ich weiß, Sie können es nicht tun, denn es würde sonst woanders verbreitet werden.

Ich sage Ihnen noch einmal: Ein hartes Nein zu einer richtigen Züchtigung, zum Schlagen. Das ist unmenschlich, das gehört sich nicht. Aber bitte schön, es würde manchem vielleicht auch im fortgeschrittenen Alter nicht schaden ... *(Bundesrat Ceeh: Kein Applaus?)* Einen allgemeinen Applaus? Bitte, Kollege Ceeh. *(Bundesrat Ceeh: Wir sind nicht für die Tachteln!)* Eine moralische natürlich bei Erwachsenen. *(Bundesrat Ceeh: Wir sind für das Einsperren auch nicht!)* Dafür sind Sie auch nicht.

Ich bin ja nur neugierig: Dem ehemaligen Bundesminister Broda ist es ja erspart geblieben, Opfer eines Verbrechens zu werden. Wir sollten, und darüber steht auch nichts drinnen, den Verbrechensoffern doch mehr Gesinnung und mehr Aufmerksamkeit schenken als den Tätern. Das ist eine Grundsatzhaltung, und zu der bekennen wir uns mit Überzeugung und Leidenschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sicherheit für die Bevölkerung, Schutz vor Verbrechen und Hilfe für das Opfer muß immer noch vor den Anliegen des Täters stehen, meine Damen und Herren! *(Bundesrat Schachner: Einer, der keine Hausaufgaben macht, ist also ein Verbrecher nach Ihrer Überzeugung!)* Ich rede jetzt vom Verurteilten. Nein, nein! Es hat sich ja schon einiges abgespielt mit Ihrem „Häfenurlaub“, den der neue Minister gleich abgestellt hat.

Wenn einer herauskommt und drei Leute umbringt — da lachen Sie dazu, Kollege Ceeh —: Das war eines der grausamsten Verbrechen, als der Entlassene drei Menschen umgebracht hat. Ich finde das nicht zum Lachen, das ist sehr traurig.

Ihre Regierungserklärung ist leider auch nicht zum Lachen, sondern sehr traurig, denn sie stimmt in der Praxis mit dem, was Sie teilweise hier angekündigt haben, auch nicht überein. Bessern Sie sich also, sparen Sie wirklich, dann können Sie mit dem rechnen, was bei einigen Rednern von Ihnen angeklungen ist.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Die Gemeinsamkeit in der Politik kann Österreich weiterhelfen, nicht das Hickhack, das

16896

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Sommer

Sie so leidenschaftsvoll machen, wenn es Sie einmal betrifft. Wenn es aber woanders ist, gehen Sie ruhig darüber hinweg.

Wenn Sie gemeinsam arbeiten wollen, dann muß das immer, für alle Zeit und für alle gelten, und nicht nur für SPÖ-Fälle, die Ihnen gerade angenehm sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Löschnak. Ich erteile es.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Löschnak**: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf auf einige Feststellungen des Herrn Bundesrats Sommer ganz kurz eingehen und dann noch einige grundsätzliche Feststellungen in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers zu dieser Regierungserklärung machen.

Wenn Sie mich gefragt haben, sehr geehrter Herr Bundesrat Sommer, wie weit meine Mitwirkung bei dieser Regierungserklärung geht, dann darf ich Ihnen sagen: Ich fühle mich in diese Regierungserklärung so eingebunden, wie Staatssekretäre mit ihrer Verantwortung eben eingebunden sind. Für jene Passagen, die den öffentlichen Dienst oder die jene Teile betreffen, die das Bundeskanzleramt wahrzunehmen hat, bin ich natürlich voll eingebunden worden, und zwar viel mehr eingebunden worden als Sie zum Beispiel beim Mock-Plan. Denn sonst wäre es ja nicht erklärlich, daß der Mock-Plan andere Aussagen trifft als Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sodaß Sie dann öffentlich auftreten müssen, um Ihren Herrn Parteiboss Mock zu korrigieren. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben bei der angekündigten Besoldungsreform, zweiter Teil, gemeint, man möge bei der Wahrheit bleiben und sollte hier keine Kniffe und keine Ankündigungen vornehmen, die man dann nicht so meint, wie sie niedergeschrieben sind.

Ich bekenne mich zu dem, was wir zum ersten Teil der Besoldungsreform gesagt haben und was wir für den zweiten Teil ankündigen. Sie wissen ganz genau, daß mit diesem zweiten Teil der Besoldungsreform auch die Leistungsbezogenheit mehr, als es bisher der Fall war, in den öffentlichen Dienst hineingebracht werden soll. Nur weiß ich nicht, welche Motive doch gewisse, am öffentlichen Dienst Mitwirkende davon abhalten, daß dieser zweite Teil eben wirklich einmal zum Tragen kommt.

Sie meinen, man solle bei der Wahrheit bleiben. Da haben Sie ja wenige Sätze vorher die „Wiener Zeitung“ angesprochen. Da haben Sie gesagt: Das muß man hier bringen. Da gibt es ganz sensible Reaktionen in der Öffentlichkeit, Sie haben dann einige wenige Sätze aus Tageszeitungen vorgelesen. Was Sie natürlich nicht erwähnt haben, ist die vorausgegangene Presseaussendung Ihres Parteikollegen Steinbauer, der auf die Besetzung der „Wiener Zeitung“ hingewiesen hat, damit die Öffentlichkeit dann sensibilisiert wird. So schaut es nämlich in Wirklichkeit aus, daher sollte man auch bei diesem Beispiel bei der Wahrheit bleiben.

Wenn wir schon bei der „Wiener Zeitung“ sind und bei den Feststellungen, die Sie bezüglich Bundesminister Haiden getroffen haben, so muß ich sagen: Ich verstehe das langsam nicht mehr. Bundesminister Haiden werfen Sie vor, daß er offenbar vor Ausschreibungsfrist eine Bestellung vorgenommen hat. Ich kann das weder bejahen noch verneinen, da müßte ich die Details kennen.

Aber bitte sehr, bei dieser „Wiener Zeitung“, sehr geehrter Herr Bundesrat Sommer, ist alles korrekt nach dem Ausschreibungsgesetz gegangen. Warum Sie dann die Wahl zwischen gleichwertigen Kandidaten, die die Ausschreibungskommission vorgeschlagen hat, so disqualifizieren, das scheint mir doch politische Gründe von Ihrer Seite zu haben. Da kommen wir wieder in das alte Fahrwasser: Wenn es jemand ist, der ÖAAB- oder ÖVP-Mitglied ist, dann hat er alle Qualifikationen. Wenn es jemand ist, der nicht Ihrer Seite nahesteht, dann ist er disqualifiziert. So schaut es im öffentlichen Dienst aus! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Weil wir schon beim öffentlichen Dienst sind, noch eine grundsätzliche Feststellung betreffend die Arbeitsmarktförderungsabgabe. Herr Bundesrat Sommer! Ich weiß nicht, wie oft man sich noch erklären soll und wer sich da noch aller erklären soll: Die für den öffentlichen Dienst Zuständigen innerhalb der Bundesregierung haben ganz klar und deutlich gesagt, daß während dieses Gehaltsübereinkommens natürlich keine Rede von einer Arbeitsmarktförderungsabgabe sein kann, weil dies nicht Gegenstand des Gehaltsübereinkommens war und ist. Auf die Zukunft bezogen habe ich mich auch ganz klar deklariert: Ich habe gesagt, solange man über Angleichung bei den Pensionsbeiträgen zu reden haben wird — und das sollte man, weil der öffentliche Dienst 7 Prozent Pensionsbeitrag bezahlt, und jeder andere unselb-

Staatssekretär Dr. Löschnek

ständig Erwerbstätige zahlt 9,75 Prozent, also da gibt es eine Differenz von 2,75 Prozent —, solange diese besteht, braucht man über eine Arbeitsmarktförderungsabgabe gar nicht zu reden, denn da hat man genug zu tun, um hier die Angleichung zu vollziehen. Also das brauchen Sie wirklich nicht bei jeder Gelegenheit zu relativieren, da gibt es ganz eindeutige Erklärungen.

Nun zu Ihren Sparplänen, die — und da gehe ich gar nicht auf die einzelnen Teile ein — von Woche zu Woche und je nachdem, wer sie von Ihnen abgegeben hat, ob das Ihr Parteiohmann im Belvedere war oder ob es der Wirtschaftssprecher Ihrer Partei war oder ob es der neue Generalsekretär war oder ob es dann letztlich in Ihrer Broschüre stand, immer andere Zahlen aufgewiesen haben, aber ich gehe auf diese Details gar nicht ein.

Sie haben in Wirklichkeit immer zwei Hauptpunkte bei Ihren Sparvorschlägen gehabt, das waren immer Sparvorschläge, die sich in -zig Milliardenhöhe gerichtet haben; Sie haben nämlich zum Hauptangriffsziel die Verstaatlichte und den öffentlichen Dienst gewählt. Warum Sie sich jetzt wieder als Garant des öffentlichen Dienstes aufspielen, verstehe ich ganz einfach nicht. Die letzten Wochen und Monate vor der Wahl haben Sie das genaue Gegenteil mit Ihren Feststellungen bewiesen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Noch eine Feststellung habe ich hier zu machen. Herr Bundesrat Sommer! Ich verstehe Sie nicht, wenn Sie sagen, daß in Großbritannien die Inflationsrate zurückgeführt wurde, allerdings zu einem hohen Preis. Da, muß ich sagen, haben wir wirklich diametrale Interessengegensätze, denn für die Koalitionsregierung ist es überhaupt keine Frage, da könnte die Inflationsrate Null sein: Wir würden das nie zu einem Preis, der hohe Arbeitslosigkeit und wenig Beschäftigung bedeutet, herbeiführen wollen. Daher verstehe ich Ihre Feststellung zu diesem Punkt überhaupt nicht! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Bundesrates Sommer.)*

Herr Kollege Sommer! Sie kennen doch die Zahlen mindestens so gut wie ich, was soll das denn? In Österreich betrug im Jahre 1982 die durchschnittliche Arbeitslosenrate 3,7 Prozent, der Index — ich zähle Ihnen jetzt nur die ersten fünf Monate des heurigen Jahres auf — betrug 4,1 im Jänner, 4,1 im Februar, 3,5 Prozent im März, 3 Prozent im April, 2,5 Prozent im Mai. In England lag die Inflationsrate knapp um 10 Prozent, und die Arbeitslosigkeit war dreimal so hoch wie bei

uns. Was soll bitte dieser Hinweis? Da muß ich sagen, da hätten wir ja, wenn Ihr Beispiel stimmte, alle Dinge optimal gelöst. Das haben Sie uns noch nie zugestanden — zumindest öffentlich noch nie. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Frankreich!)*

Der Herr Kollege Sommer hat von England gesprochen und nicht von Frankreich. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Bundesrates Raab.)* Herr Kollege Raab, Sie sind ja auch Funktionär der Gewerkschaft öffentlicher Dienst. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Sommer, er hat von England geredet und kein Wort von Frankreich, daher repliziere ich auf England und nicht auf Frankreich, wenn Sie gestatten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich habe noch einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen, Hoher Bundesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zwar beispielsweise in bezug auf die Feststellungen, die Herr Bundesrat Köstler hier gemacht hat. Er hat die Landwirtschaft als einen sehr wichtigen Teil der österreichischen Wirtschaft vorgestellt, der auf Grund der Überproduktion und der Überkapazität ganz einfach Subventionen der öffentlichen Hand, das heißt des österreichischen Steuerzahlers, in Anspruch nehmen muß. Ich unterstreiche das. Das ist überhaupt keine Frage, das muß man in diesem Bereich machen.

Nur, Herr Bundesrat Köstler, wenn Sie für diesen Bereich so eintreten — das ist ein Bereich, der im vorangegangenen Jahr 3,8 Milliarden Schilling insgesamt an Stützung erhalten hat, und diese Stützung wird heuer schon 4,2 Milliarden betragen, da ist die gute Ernte noch gar nicht eingerechnet —, wenn Sie das für diesen Bereich in Anspruch nehmen, dann müßten Sie ebenfalls, weil Sie immer Gleichheit haben wollen, eigentlich voll oder mit fliegenden Fahnen für die verstaatlichte Industrie eintreten, denn die verstaatlichte Industrie — und das ist unser Bekenntnis — ist uns mindestens ebenso wichtig wie die österreichische Landwirtschaft; zwei Drittel der verstaatlichten österreichischen Industrie firmieren im Eisen- und Stahlsektor, und da gibt es eine weltweite Krise seit Mitte der siebziger Jahre, da muß man eben auch dort subventionieren. Aber hier messen Sie auf einmal mit anderen Maßstäben, da ist von Gleichklang nicht mehr die Rede.

Für uns Sozialisten sind eben wesentliche Teile der Wirtschaft die Landwirtschaft, die Klein- und Mittelbetriebe, wenn Sie wollen, und die Verstaatlichte auch. Das möchte ich

16898

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Staatssekretär Dr. Löschnak

Ihnen zur Kenntnis bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Bundesrat Pisec, Sie meinten hier, Sie seien für eine Gleichstellung der verstaatlichten und der privaten Industrie. Sehr einverstanden, da bin ich ganz Ihrer Meinung. Nur wenn es aus anderen Perspektiven die Dinge zu betrachten gibt, dann sind Ihre Parteifreunde ganz anderer Meinung, dann stehen Sie nämlich im Parlament auf und wollen über Betriebsdetails Auskunft in die Öffentlichkeit bringen, wissend, daß damit den Unternehmungen der verstaatlichten Industrie schwerster Schaden zugefügt wird, weil sie immer wieder in der öffentlichen Diskussion steht, und da ist auf einmal von einer Gleichschaltung keine Rede mehr. Denn über irgendeine private Firma redet man natürlich in der Öffentlichkeit nicht, aber von der Verstaatlichten wollen wir die Bilanzen schon Mitte des Jahres, wo es ganz unmöglich ist, auch nur halbwegs Betriebsergebnisse prognostizieren zu können.

Und das, meine ich, sollte man sich auch in Erinnerung rufen, wenn hier immer von Gleichschaltung gesprochen wird. Man sollte nicht, weil es heute so angenehm ist, das so sehen, und weil es vor drei Tagen im Parlament anders war, hat man einen anderen Standpunkt bezogen. (*Zwischenruf des Bundesrates Dkfm. Dr. Pisec.*)

Herr Kollege Dkfm. Pisec, einverstanden. Haben Sie irgendeine private Firma im Bundesrat oder Nationalrat schon einmal aufgerufen, Detailergebnisse des laufenden Jahres bekanntzugeben? Sie würden doch damit der Firma schaden. Es ist ja logisch, daß, wenn eine Firma dauernd im Gespräch ist, doch jeder, der Aufträge gibt, es sich dreimal überlegen wird, ob das noch eine Firma ist, mit der er kooperieren kann und ob er ihr den Auftrag zukommen lassen kann. Das muß man doch bei dieser Gelegenheit auch bedenken.

Ich habe an Sie noch eine zweite Frage beziehungsweise Feststellung zu richten. Ich habe, Herr Bundesrat Sommer, im Zusammenhang mit Herrn Bundesrat Pisec Sie nicht deswegen angeschaut, weil da irgendwelche Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung zu machen wären, ich habe mich da hinlänglich auch in der Öffentlichkeit für den öffentlichen Dienst immer wieder deklariert. Wenn Sie wollen, kann ich das in zwei Sätzen auch heute tun. Selbstverständlich kann der öffentliche Dienst bei einer Arbeitszeitverkürzung nicht ausgeschaltet werden. Es ist allerdings für ihn, so sehe ich die Dinge, kein primäres

Anliegen, da gehen wir ja konform. Denn wir haben ja, um Arbeitsplätze zu schaffen, durchaus andere Möglichkeiten wie zum Beispiel den Abbau der Überstunden.

Herr Bundesrat Pisec hat die Behauptung aufgestellt, es gäbe immer Zwangsbeglückungen durch den ÖGB und durch die Arbeitskammern. Und da hätte ich von Ihnen, Herr Bundesrat Sommer, als einer der Vorsitzenden der 15 Fachgewerkschaften doch eine Replik erwartet. Bitte schön, so kann es nicht sein. Wir haben doch keine Zwangsbeglückungen durch den ÖGB. Wir haben bisher die Sozialpartnerschaft so empfunden, daß die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in diesem Lande berechnete Forderungen an uns heranträgt — auf welcher Ebene immer — und daß man versucht, diesen berechtigten Forderungen ganz oder teilweise, wie es eben die wirtschaftliche Lage zuläßt, zu entsprechen. Das war unsere Meinung zur Sozialpartnerschaft. Aber hier von „Zwangsbeglückung“ zu reden, das, würde ich sagen, ist wahrlich ein starkes Stück!

Abschließend zur Regierungserklärung. Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Die Regierungserklärung, wie wir sie den beiden Kammern vorgelegt haben und damit auch dem Hohen Bundesrat, ist so zu verstehen, wie wir sie in diesen Zeiten eben sehen: Wir bewegen uns nach wie vor in einer Weltwirtschaftskrise. All jene, die da meinen, daß Konjunkturaufschwünge schon am Horizont auftauchen, mögen vielleicht ein bißchen recht haben. Ob das aber von Dauer sein wird, das wird von allen wirklich Kundigen sehr bezweifelt. Es zeigen sich zumindest in Österreich keine Anzeichen, daß ein solcher Konjunkturaufschwung tatsächlich eingeleitet wäre. Und so ist auch die Regierungserklärung zu verstehen.

Wir haben bei durchaus respektablen wirtschaftlichen Eckdaten — dazu zählt die Inflationsrate genauso wie unsere Beschäftigungslage und die Zahlungsbilanz, um das letzte nicht zu vergessen — in zunehmendem Maße Schwierigkeiten. Das wissen Sie genauso wie wir. Wir versuchen, nach bestem Wissen und Gewissen mit diesen Schwierigkeiten — so wie in den Jahren vorher, obwohl es halt von Monat zu Monat zäher und schwieriger wird — fertig zu werden.

Und daher hätten wir geglaubt, daß man zumindest diesen Grundsätzen Rechnung tragen kann und nicht bei jeder Gelegenheit Verunsicherung in die österreichischen Staatsbürger hineinträgt. Denn eines brauchen wir

Staatssekretär Dr. Löschnek

gemeinsam: Wir brauchen ein bißchen Optimismus in diesen Zeiten, um diese schwierigen Zeiten auch gemeinsam bewältigen zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. **Schambeck** *(die Verhandlungsleitung übernehmend)*: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Bösch. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. **Bösch** (SPÖ, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Meine Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir vor Eingang in das eigentliche Thema einige — ich gebe zu — persönliche Bemerkungen zu den Ausführungen von Bundesrat Sommer.

Ich gehöre diesem Hause seit neun Jahren an, und ich muß sagen, es ist mir zum erstenmal ein kalter Schauer über den Rücken gelaufen. Die Ausführungen des Herrn Bundesrates Sommer sind ja vortheresianischen Ursprungs, was er nämlich angekündigt hat, was notwendig wäre in unserem Schulwesen.

Meine Damen und Herren! Ich bin Vater zweier Kinder, und ich bin stolz darauf, sie noch nie geschlagen zu haben — auch ohne Schläge erbringen sie sehr gute Schulleistungen. Meine Damen und Herren, und dieses Schlagen hat noch etwas auf sich. *(Bundesrat Raab: Nicht von schlagen...! Der Herr Ofner geht schon einen anderen Weg!)* Sehr wohl, das können Sie im Protokoll nachlesen, was er der Schule empfehlen würde. Der Unterschied zwischen „leicht“ und „fest“ ist natürlich sehr eine Frage der Interpretation und des Temperaments des einzelnen, sodaß die Gefahr besteht, daß aus dem, was er angedeutet hat, so fugenlos das kommt, was man eben Schläge nennt.

Meine Damen und Herren! Auch die kriminellen „Karrieren“, wenn man das so sagen darf, beginnen ja mit Schlägen, seien sie im Elternhaus oder seien sie andeswo. Man sollte hier sehr, sehr vorsichtig sein. Vor allem was man beim Biertisch verkündet und dort sozusagen Ausdruck der „Männerseele“ sein mag, das soll noch lange nicht hier im Hause gesagt werden, wo es protokolliert wird, wo junge Menschen anwesend sind und wo es die Öffentlichkeit jahrzehntelang nachlesen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Bundesrat Sommer hat das Bild eines Konservativen geboten, den wir, glaube ich, alle in diesem Lande nicht mehr wünschen. Ich billige auch Ihnen zu, daß Sie nicht alle dieser Meinung sind, die

Bundesrat Sommer hier zum besten gegeben hat.

Nun aber zum eigentlichen Thema. Meine Damen und Herren! Es ist heute schon relativ viel über die wirtschaftliche Lage gesprochen worden.

Ich habe mir einige Seiten vorbereitet, aber sie können eigentlich ungelesen bleiben, es ist mir gestern die österreichische Tageszeitung „Die Presse“ in die Hände gefallen. Da stehen ein oder zwei Sätze drinnen, die die ganze Situation treffend umschreiben:

Österreich hält sich bei den wesentlichen Kennzahlen im internationalen Vergleich recht gut. Das Wirtschaftswachstum liegt im gegenwärtig schlechten Durchschnitt. Bei der Inflationsrate hält Österreich im unteren Mittelfeld, und die Arbeitslosenrate zählt im internationalen Vergleich noch immer zu den niedrigsten.

Meine Damen und Herren! Was sollen wir hier über Einzelheiten diskutieren, ob man da oder hier etwas verbessern kann. Wir sind alle gewillt, dies zu tun. Aber diese Schwarzweißmalerei, dieses Suchen nach negativen Merkmalen wird von Ihrer eigenen Tagespresse widerlegt.

Meine Damen und Herren! Es gibt konservative Zeitungen im Ausland, die geradezu schwärmen von der österreichischen Lage. 42 Sekunden Streik pro Jahr, hat eine Zeitung im Ausland als besonders lobenswert erwähnt, die niedrige Inflationsrate und auch die niedrige Arbeitslosenrate.

Meine Damen und Herren! Wir sind nicht frei von wirtschaftlichen Problemen. Wenn Ihr Parteiobmann Dr. Mock in der Debatte zur Regierungserklärung immer wieder von mehr Heimatbewußtsein redet und dieses fordert, so sollte auch er trotz seiner Eigenschaft als Oppositionsführer einen ganz kleinen Beitrag dadurch leisten, indem er Leistungen, die in diesem Land erbracht werden, nicht ständig heruntermacht, daß er nicht alles ins negative Licht setzt, was hier in diesem Lande geschieht und was erarbeitet wurde.

Meine Damen und Herren! Es wird von Selbstbescheidung in der Politik gesprochen, auch von Dr. Mock. Eine Minute später fordert er alles mögliche. Antworten und Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen, er will eine Analyse der technologischen Entwicklung bis zum Jahre 2000 mit den daraus resultierenden Folgen, er will sozusagen eine

16900

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Bösch

Antwort auf die Sinnfrage, wobei uns allen klar ist, daß die Sinnfrage wohl nur ein autoritärer Staat entscheiden kann.

Meine Damen und Herren! Noch eine kurze Bemerkung zu den Interpretationskunststücken bei Wahlergebnissen. Die SPÖ hat am 24. April rund 48 Prozent aller Stimmen erhalten und ist damit die weitaus stärkste Kraft in diesem Lande geblieben. Dennoch wird ihr Regierungsbündnis als „Koalition der Verlierer“ bezeichnet. Die österreichische Sozialdemokratie hat um 5 Prozentpunkte mehr erhalten als die britischen Konservativen, die nicht Stimmen gewonnen, sondern verloren haben. Und was macht Parteiobmann Mock? Er telegraphiert nach London zu einem imponierenden Wahlerfolg einer Frau Thatcher, die Stimmen verloren und 70 Mandate gewonnen hat!

Der kleine Koalitionspartner in Österreich, der ebenfalls Stimmen verloren hat und unbeschaidenerweise ein Mandat gewonnen hat, ist der „Günstling eines skurrilen Wahlrechts“. Und eine Frau Thatcher, die Stimmen verliert und 70 Mandate gewinnt, ist eine „imponierende Wahlsiegerin“!

Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung über eine solche Interpretation ist wirklich überflüssig. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem schon erwähnten Glückwunschtelegramm an die britische Regierungschefin steht aber noch ein weiterer Satz, den man in seiner ganzen Monstrosität — das sage ich betont — zweimal lesen muß. Dort steht drinnen, der imponierende Wahlsieg von Frau Thatcher ist eine weitere Stärkung der politischen Mitte in Europa. Das muß man sich vorhalten: eine Stärkung der politischen Mitte!

Meine Damen und Herren! Wenn man diese Stellungnahme des Dr. Mock heranzieht, dann ist am 24. April tatsächlich ein Kelch an Österreich vorbeigegangen. Denn Massenarbeitslosigkeit, der Klassenkampf von oben, eine überharte Außenpolitik sind nicht Ausdruck der politischen Mitte in Europa und sollen es auch nicht werden.

Wenn wir uns schon bei Großbritannien befinden: Das herausragende Element der derzeitigen britischen Szene ist ja die Schwächung der politischen Mitte, die Spaltung der Nation in eine aggressive Klassengesellschaft. Der Hinauswurf jeglicher Liberalität — das ist in England selbst anerkannt —, das ist die Sprache der neuen aggressiven Rechten. Ich möchte Sie warnen, hier Anleihen zu nehmen.

„Quo vadis Britannia?“, schrieb der liberale Wissenschaftler Ralf Dahrendorf sechs Tage vor der Wahl. (Zwischenruf des Bundesrates Ing. Nigl.) Ich hoffe nicht, daß ich Ihnen hier Übersetzungen mitliefern muß. — Es ist zu hoffen, daß in Österreich angesichts dieser Definition der politischen Mitte die Uhren anders gehen werden. (Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Raab: Die Uhren gehen jetzt richtiger!) Wo gehen sie richtiger? (Bundesrat Raab: Wer hat Unrecht gehabt?) Wer hat Unrecht gehabt? (Bundesrat Raab: In Österreich gehen die Uhren anders, hat einer gemeint — der Herr Bundeskanzler Kreisky!) Sie gehen ja anders, sie werden auch weiterhin in Österreich anders gehen als in England. Sie gehen anders als in Großbritannien, ist zu hoffen. Mehr habe ich nicht gesagt. Sollte es ein Mißverständnis geben, dann bitte ich das als ausgeräumt zu betrachten. (Bundesrat Raab: Daß Sie Stimmen verloren haben, das wollen Sie nicht zugeben!)

Es ist doch nie abgestritten worden, daß wir Stimmen verloren haben — aber nicht an die ÖVP! Wir sind noch weiterhin die stärkste Partei in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.) Sie haben 1,2 Prozent der Stimmen gewonnen, daraus wollten Sie jetzt diese große Wende ableiten und sitzen natürlich da in Ihrer Frustration. Das ist verständlich. Sie haben vier Jahre Zeit, diese Wende, die Sie wünschen, vorzubereiten.

Es ist auch bedauerlich, daß der letzte Weltwirtschaftsgipfel keinerlei Ergebnisse gebracht hat. Ein Journalist bezeichnete es so: Am Anfang stand eine pompöse Kutschfahrt, und am Ende standen die Drehungen der Rüstungsspirale. So ist es leider Gottes auch geschehen. 35 Millionen Arbeitslose waren überhaupt kein Gesprächsthema, darüber ist nicht befunden worden. Wer die Zusammensetzung dieser illustren Runde kennt, weiß ja, daß sie in weit überwiegender Zahl von sehr konservativen Politikern und Wirtschaftspolitikern bestimmt wird. (Bundesrat Dr. Piaty: Der Mitterand ist nicht gerade konservativ!)

Ich habe ausdrücklich erklärt, Herr Dr. Piaty, zur weit überwiegenden Zahl und in ihrer bestimmenden Kraft. Ich weiß ja, daß Mitterand dabei ist, das wußte ich schon vorher.

Es ist traurig, daß man über 35 Millionen Arbeitslose einfach hinweggeht. Daß die Auswirkungen auf Österreich zurückschlagen, muß doch jedem einsichtig sein.

Dr. Bösch

Meine Damen und Herren! Diese weltwirtschaftliche Situation, die allen bekannt ist, wenn sie auch nicht alle zugeben wollen, hat natürlich auch im österreichischen Staatshaushalt tiefe Spuren hinterlassen.

Wenn immer wieder von der Steuerquote beziehungsweise Abgabenquote gesprochen wird, so muß man auch einmal zur Kenntnis nehmen, daß jener Teil des Bruttosozialproduktes, der dem Bund als Steuern zugute kommt, zwischen 1964, wo er 14,2 Prozent betragen hat, und dem Jahre 1982, wo er 14,3 Prozent betragen hat, praktisch gleichgeblieben ist. Jede Erhöhung des Anteils der Ausgabenquote, die Sie hier beklagen und der Regierung in die Schuhe schieben, ist allen anderen zugute gekommen, nur nicht dem Bund. Insofern müssen Sie die Adresse berichtigen.

Wenn wir zu den Ausgaben kommen, so sind es zwei Bereiche, die besonders ins Gewicht fallen: die Ausgaben für die soziale Sicherheit und der Finanzschuldendienst. Wenn man von den Pensionsversicherungsanstalten spricht, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß die Zuschüsse des Staates eine sehr stark steigende Tendenz haben. (*Bundesrat Dr. Piaty: Irrtum!*) Sie sind allein von 1981 auf 1982 um 36,5 Prozent auf 25 Milliarden Schilling angestiegen.

In der Pensionsversicherung der Selbständigen stammen von 1 000 S Pension 820 S aus der Staatskasse. Bei der Bauernpensionsversicherung sind es 850 S von je 1 000 S Pension. Daß daraus für den Staatshaushalt Belastungen entstehen, ist einsichtig.

Meine Damen und Herren! Dies betrifft die Sicherung des Sozialstaates. Das kann man nicht so machen wie in der Bundesrepublik Deutschland, wo man mit der Axt durch den Wald fährt und eigentlich nur die kleinen, die bedürftigen Bäume fällt. (*Bundesrat Ing. Nigl: Mit dem Taschenfeil wird man keine Bäume umschneiden können! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dort ist die Berufsausbildung gekürzt worden.

Herr Kollege Köstler, wenn Sie schon etwas vom BAFÖG gehört haben, von dieser Ausbildungsförderung für junge Menschen: Die ist als erste gekürzt worden. Es ist in der Tat ein Armutszeugnis, daß diese ganze groß angekündigte Wende, die gar nichts an Wirtschaftsaufschwung gebracht hat — der Auftragspolster der deutschen Industrie ist zurückgegangen —, daß diese Wende ihren stärksten Ausdruck ausgerechnet in der

Zurücknahme der Mittel für die Ausbildungsförderung gefunden hat. (*Bundesrat Dr. Piaty: Was die sozial-liberale Koalition in zehn Jahren zusammengemacht hat, kann man ja nicht in ein paar Monaten wieder gutmachen!*)

Die jungen Menschen bewegt aber noch etwas anderes: Das sind Wachstum und Wachstumsfolgen, die einen durchaus realen Hintergrund haben.

Die westlichen Industriestaaten müssen sich aber auch noch hinsichtlich eines anderen Problems an die Brust klopfen, das ist die Bekämpfung der immer mehr um sich greifenden Umweltverschmutzung. Das ist eigentlich ein Hauptthema der jungen Menschen. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß es junge Menschen gibt, die mit den Aktivitäten sowohl auf internationaler als auch auf staatlicher Ebene nicht mehr zufrieden sind, daß hier viel mehr getan werden muß.

Meine Damen und Herren! Diesbezüglich könnte ich jetzt viele Daten aufzählen, aber in Anbetracht der Zeit möchte ich es unterlassen, ich komme Ihnen in diesem Punkt entgegen. Ich kann Ihnen aber natürlich nicht verhehlen, daß es sehr zu begrüßen ist, daß Gesundheitsminister Steyrer gerade vor diesem Hintergrund wieder der Regierung angehört, zumal ja die Oppositionspartei hier überhaupt keine personelle und auch keine sachliche Alternative anzubieten hat. (*Vorsitzender-Stellvertreter Schipani übernimmt wieder die Leitung der Verhandlungen.*)

Der ehemalige Umwelt- und Gesundheitssprecher Wiesinger ist ja auf bekannte Art und Weise mehr oder weniger unsaft in der Versenkung verschwunden, und der neue Umweltsprecher, der sich einarbeiten sollte oder schon eingearbeitet hat, hat sehr viel damit zu tun, seine eigenen Leute von der Notwendigkeit der Grünpolitik zu überzeugen. Er kann sowohl Landeshauptleute überzeugen als auch Angehörige dieses Hauses; für gewisse Angehörige dieses Hauses wäre Nachhilfeunterricht in dieser Beziehung sehr wertvoll.

Eine andere personelle Entscheidung, die besonders von den Medien gerne in den Mittelpunkt gerückt wird, vollzog sich im Bereich des Justizministeriums. Gerade die offene Gesellschaft — um hier an ein aktuelles Thema anzuschließen — führt dazu, daß geistig-politische Entwicklungen nicht immer gleichförmig verlaufen. Es liegt gerade im Wesen der Justizpolitik und des Justizwesens,

16902

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Dr. Bösch

daß sie langfristig angelegt sind und die Kontinuität auch ein Wesensmerkmal der Rechtsordnung ist. Diese Kontinuität findet auch in der Regierungserklärung ihren Ausdruck, werden doch eine Reihe von Gesetzeswerken, die Minister Broda initiierte, noch der Beschlußfassung zugeführt.

Als großes Erbe — das muß hier betont werden — ist uns die Weiterentwicklung des humanitären Rechtsstaates übergeben, in dem der Geist der Humanität — um es jetzt rechtphilosophisch auszudrücken — grundsätzlich in der Lage bleibt, die Macht zu zersetzen.

Im Rechtsalltag geht es vor allem um die Modernisierung des Gerichtsbetriebes, den besseren Zugang zum Recht und auch um die Eindämmung der Ursachen der Kriminalität. In diesem Sinne möchte ich auch die entsprechenden Aufforderungen an den heute verhinderten Justizminister richten.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion um die Regierungserklärung kann aus zwei Gründen am Föderalismus nicht vorbeigehen. Erstens handelt es sich um die Länderkammer und zweitens komme ich aus jenem Bundesland, in dem der Föderalismus auch eine stark emotional gefärbte Ebene hat. Gestatten Sie mir dazu einige Sätze.

Bei der Fortschreibung des bisherigen Weges kann auf den bisherigen Verhandlungsergebnissen aufgebaut werden. Dies umsomehr, als wir alle wissen, daß eigentlich ein entscheidungsreifes Paket von 17 Punkten unterschrittsreif vorliegt, aber wegen der Frage des Landarbeiterrechtes nicht in die Gesetzgebung geschickt werden konnte.

Dafür ist es gelungen, eine Immissionschutzgesetzgebung zu erreichen, die zugegebenermaßen nicht gerade einfach zu handhaben ist, aber eben doch einen Fortschritt darstellt. In Anerkennung dieses Entgegenkommens möchte, so glaube ich, auch die Bundesregierung die Konsensfindung etwas erleichtern, und es ist auch bereits öffentlich angekündigt worden, daß über die Unabdingbarkeit oder die derzeitige Notwendigkeit von Gegenforderungen neu befunden wird.

Es soll alles getan werden, um den Föderalismus zu bewegen, aber — und damit komme ich wieder zur Kernfrage — es kann nur im Konsens mit allen Bundesländern geschehen. Man kann natürlich mit einem Bundesland verhandeln, in Anspielung an das 10-Punkte-Programm Vorarlbergs. Man kann solche Ver-

handlungen führen, man könnte sie auch zu einem gewissen Ergebnis bringen.

Aber diese Verhandlungen haben doch nur einen Sinn, wenn sie in die Verfassung einfließen können. Und welche Situation würde dann entstehen, wenn mit einem Bundesland fertig ausverhandelt werden würde und dann die anderen acht Bundesländer damit nicht zur Gänze einverstanden sind?

So kann es doch nicht sein, daß Grundsätze des Bundesstaates auf diese Weise in die Gesetzgebung und in die Verfassungsgesetzgebung hineinkommen. Das ist eben einer jener Punkte, der bei der Abfassung dieses Programms nicht bedacht wurde.

Ich darf hier eine Pressestimme aus unserem Land zitieren; es ist sicher nicht die „Arbeiter-Zeitung“. Es handelt sich um die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“, in der der Chefredakteur meines Erachtens eine haarscharfe Analyse der Situation geschrieben hat. Sie ist sehr interessant zu lesen, nur ist sie jetzt in diesem Moment zu lang, sodaß ich mich auf den Schlußsatz beschränken möchte. Er schrieb unter anderem: „So blieb das Vorarlberger 10-Punkte-Programm, obwohl zu einem Programm für die Stärkung der Rechte aller Länder umgepolt, schließlich doch nur eine Ländlespezialität. Keßler muß jetzt nach drei Jahren nochmals versuchen, diese alemannischen Spätzle dem Rest Österreichs schmackhaft zu machen.“

Bei allem guten Willen kann dieses Schmachtmachen natürlich nicht in der Form geschehen, daß Dr. Keßler, der Landeshauptmann, das Einstimmigkeitsprinzip bei den Landeshauptleuten verläßt. Und dieses 10-Punkte-Programm kann auch nicht als Kontrastprogramm zum Bundesländerforderungsprogramm geführt werden.

Aus dieser Sackgasse muß endlich ein Ausweg gefunden werden. Ich glaube, daß hier erste Schritte möglich sind, um diese verfassungspolitische Pattstellung zu überwinden. Es müßte auch möglich sein, wenn wir hier zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen können, daß zehn Jahre nach Verabschiedung der großen Verfassungsnovelle 1974 neuerlich ein Schritt in diese Richtung gesetzt werden kann.

Die heute zur Debatte stehende Regierungserklärung — damit komme ich schon zum Schluß — ist nicht einfach eine Fortschreibung des Hergebrachten, sie ist aber auch nicht jene Wende, die in vielen Staaten

Dr. Bösch

angekündigt worden ist. Es ist die Regierungserklärung einer Koalitionsregierung, das möchte ich hier betonen. Sie ist nicht im Phrasenhaften steckengeblieben. Ihre Auswirkungen sollen aber auch nicht auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen werden.

Die Regierung wird, gestützt auf diese Regierungserklärung, die bewährten Grundsätze des österreichischen Weges bewahren und sie jedenfalls in Anbetracht der gegebenen Mehrheitsverhältnisse auf die auf uns zukommenden wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen.

Meine Fraktion begrüßt daher diese Regierungserklärung und wird gerne bei den dort gestellten Aufgaben mitarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Eine zweite Wormeldung des Herrn Bundesrates Köstler liegt vor. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat **Köstler** (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Meine Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal anrete. Aber da ist der Herr Dr. Müller schuld, der eine konkrete Frage an mich gestellt hat, und ich kann es nicht verantworten, ihn unaufgeklärt heimfahren zu lassen. *(Zwischenruf von Bundesrat Schachner.)*

Herr Dr. Müller! Sie haben mich gefragt, ob zusätzliche Einnahmen, die die Landwirtschaftskammern hatten, im Hinblick auf die Einheitswerterhöhung den Bauern zurückgezahlt wurden. *(Zwischenruf von Bundesrat Dr. Müller.)*

Ob wir zusätzliche Einnahmen haben, das ist eine Einserfrage, möchte ich sagen, denn ich glaube, auch die Arbeiterkammern partizipieren bei jeder Lohnerhöhung auch beitragsmäßig mit.

Was die Landwirtschaftskammern betrifft, ob diese Gelder zurückbezahlt wurden an die Bauern, sage ich folgendes: Direkt nicht, sondern sie wurden für die Finanzierung von Aufgaben verwendet, die ausschließlich Bundessache wären, zum Beispiel die Finanzierung des Viehexports und auch der Wegebau.

Ich glaube, das ist eine zweckmäßige Verwendung, umso mehr, als man immer wieder sieht, daß sich der Bund mehr den finanziellen Aufgaben entziehen will und diese den Ländern und den Kammern auflastet.

(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Auch der Herr Staatssekretär Dr. Löschnak hat sich mit meinen Ausführungen befaßt. Bitte, Herr Staatssekretär, auch nur eine kurze Bemerkung:

Beim Agrarbudget, das Sie erwähnt haben — 3,8 Milliarden Schilling —, bitte der Vollständigkeit halber auch zu sagen, daß in diesem Betrag auch Konsumentenstützungen der Grundnahrungsmittel enthalten sind. — Das nur zur Klarstellung.

Was die Verstaatlichte betrifft im Zusammenhang mit der Bauernschaft, Herr Staatssekretär: Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Ich vertrete die Auffassung: Naturgemäß müssen Produkte der Verstaatlichten — ich denke an die VOEST und so weiter, also an Stahl, den wir im Inland nicht verwenden können — exportiert werden, und dazu sind öffentliche Zuschüsse notwendig, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Wir glauben nur, das gleiche Recht auch für uns in Anspruch nehmen zu können für Überschußgüter.

Ich glaube, das ist ein bisserl an die falsche Adresse gegangen, denn wie mir aus dem Wahlkampf noch in Erinnerung ist, war es ja der jetzige Handelsminister Steger, der gesagt hat, man müßte Überprüfungen anstellen und unproduktive Betriebe zusperren. — Das zur Klarstellung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als letzter zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ceeh. Ich erteile dieses.

Bundesrat **Ceeh** (SPÖ, Kärnten): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Herren Staatssekretäre! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man so zuhört der heutigen Debatte, bekommt man bald den Eindruck, daß nach den Wahlen die ÖVP eine andere, eine neue Art Mathematik erfunden haben dürfte. Das hört sich so an, als wäre auf einmal 81 mehr als 90, als wäre auf einmal 81 mehr als 102.

Ich bin überzeugt, daß die anwesenden Schülerinnen oder Studentinnen dieser Ansicht der ÖVP nicht zustimmen werden und daß die Schüler und Schülerinnen sogar in der Volksschule auch in Zukunft in der Lage sein werden, ohne die Vorschläge des Kollegen Sommer weiterhin zu erkennen, daß 102 wesentlich mehr ist als 81. Ich meine damit die Anzahl der Mandate im Nationalrat.

16904

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Ceeh

(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Weil jetzt der Herr Kollege Sommer wieder da ist und erfreulicherweise auch wieder Schüler beziehungsweise Studenten da sind, darf ich feststellen, daß wir als Sozialisten sehr froh sind, daß die seinerzeit üblichen „Tachteln“ und das seinerzeit übliche Einsperren in den Schulen abgeschafft worden sind und daß wir gar nicht daran denken, das wieder einzuführen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es befremdet mich jedenfalls, daß der oberste Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes überhaupt solche Worte in den Mund nehmen kann. Er hätte ja die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, auch die Lehrer hier zu vertreten. Also dürfte er solche Dinge wirklich nicht sagen! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es hat klarerweise auch deshalb von unserer Seite heftige Zwischenrufe zu seinen Äußerungen gegeben. Ich hoffe, daß unsere Zwischenrufe diesmal auch korrekt und richtig protokolliert werden.

Bei der 431. Sitzung des Bundesrates war es leider Gottes nicht der Fall. Erst durch einen Hinweis unseres Sekretariats wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß mein Zwischenruf, „mein“ sogenannter Zwischenruf in der 431. Sitzung zu den Äußerungen des Herrn Kollegen Dr. Schambeck im Protokoll steht, obwohl ich diese Äußerung nie getan habe. Ich soll nach dem Protokoll, nach dem Stenographischen Protokoll, das leider inzwischen gedruckt ist, gesagt haben, daß die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer das unnötigste Amt von Österreich sei.

Ich erkläre hiemit — ich weiß, daß ich keine Möglichkeit mehr habe, eine tatsächliche Berichtigung zu bringen —, daß ich diesen Zwischenruf nie gemacht habe und daß ich dazu auch keinen Grund habe, weil ich die Unterlagen der Verbindungsstelle der Bundesländer schon sehr oft benützt habe und mich freue, daß es solche Unterlagen gibt. — Das bitte zur Klarstellung.

Ich sage noch einmal: Ich hoffe, daß diesmal unsere Zwischenrufe korrekt und richtig festgehalten werden. Ich weiß schon, daß es für die Stenographen nicht so einfach ist, die Zwischenrufe festzuhalten, weil sie momentan nicht wissen können oder nicht merken, von wem sie gemacht worden sind. Aber irren kann sich jemand und jeder, und deswegen

müßte, glaube ich, auch in dieser Art die Möglichkeit bestehen, nachträglich etwas richtigzustellen, wozu es die korrekte Möglichkeit einer tatsächlichen Berichtigung nicht gibt. *(Rufe bei der ÖVP: Ungeheuerlich!)* Das ist insofern nicht ungeheuerlich, als es doch hoffentlich noch möglich sein wird, zu etwas, was man nie gesagt hat, was im Stenographischen Protokoll aber trotzdem drinnen steht und in der Presse breitgetreten wird, Stellung zu nehmen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nun aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich noch zum Entschließungsantrag einiges sagen. Ich nehme an, daß Sie ja nie erwartet haben, daß wir zu diesem Entschließungsantrag ja sagen werden. Das werden wir ganz sicher nicht tun, weil dieser Entschließungsantrag in vieler Hinsicht von falschen Voraussetzungen ausgeht. *(Rufe bei der ÖVP: Aber! Aber!)*

Es wurde hier heute — Kollege Pisec, du bist ja der Erstunterzeichner — schon einige Male die „Wiener Zeitung“ genannt. Obwohl auf diesem Papier *(Redner deutet auf den Entschließungsantrag)* kein Datum ist — es müßte ja draufstehen: Zur Debatte vom 24. Juni 1983 — das steht nirgends. Es steht nur das Datum 31. Mai da.

Herr Kollege Pisec! Ich würde dir empfehlen, bevor man so etwas unterschreibt, daß man sich auch die „Wiener Zeitung“ anschaut, und da würde man merken, daß schon am 21. Juni, also drei Tage vorher, nach der Ministerratssitzung Zahlen veröffentlicht wurden, die diesen Zahlen, die da drinnenstehen, zur Gänze widersprechen.

Weil es offensichtlich unbekannt ist, darf ich mir erlauben, aus der „Wiener Zeitung“ vom 22. Juni zu zitieren zur Jugendarbeitslosigkeit — und zwar betrifft das die Aussenung nach der Ministerratssitzung vom 21. Juni —:

„Der Bundesminister für soziale Verwaltung berichtete über die Entwicklung des Jugendarbeitsmarktes und wies dabei darauf hin, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen bis unter 25 Jahren seit Jänner dieses Jahres von 46 388 bis Mitte Juni auf 25 565 zurückgegangen sei. Von der zuletzt genannten Ziffer entfallen rund 4 000 arbeitslose Jugendliche auf solche zwischen dem 15. und dem 19. Lebensjahr und rund 21 000 auf solche zwischen dem 19. und dem 25. Lebensjahr.“

Die Arbeitslosenrate für die Jugendlichen

Ceeh

entspricht der für die gesamte Bevölkerung und beträgt rund 3,6 vom Hundert. Sie liegt im internationalen Vergleich äußerst günstig, weil die Vergleichsziffern zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland bei 9, in Frankreich bei 21,5, in Großbritannien bei 20,5 und in den USA bei 15,4 gelegen sind.“ (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Diese Zahlen waren bereits vorgestern bekannt, und trotzdem verwendet man hier die alten Zahlen in einem ähnlichen Zusammenhang.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie können es drehen, wie Sie wollen. Wenn Sie sagen, die Jugendarbeitslosigkeit ist ein gemeinsames Anliegen, haben Sie damit sicherlich recht. Aber wenn Sie im Zusammenhang mit diesem Antrag darauf hinweisen und meinen, daß wir diesem Antrag zustimmen, dann möchte ich Sie bitten, in Zukunft auch eine gemeinsame Sprache zu finden und nicht dieses Papier gleichzeitig dazu zu verwenden, daß Sie unsere Regierung wieder hineintunken wollen. Das ist eine Vorgangsweise, die in dem Zusammenhang sicher unrichtig ist, und schon aus diesem Grunde werden wir diesem Entschließungsantrag nicht unsere Zustimmung geben.

Und nun zum Herrn Kollegen Köstler, auch zur Richtigstellung. Herr Kollege Köstler! Es freut mich, daß Sie festgestellt haben, Sie wollen nur das gleiche Recht wie die Verstaatlichte. In Ordnung. Auch Sie wollen haben, daß Zuschüsse für Überschußgüter der Landwirtschaft gewährt werden. Den Standpunkt habe auch ich hier immer wieder vertreten. Ich habe aber auch hier schon öfters gesagt, ich sage es deshalb heute wieder und werde es immer wieder sagen, bis Sie es endlich einmal zur Kenntnis genommen haben, daß die österreichische Landwirtschaft nicht nur den Betrag von 3,8 Milliarden Schilling im Jahr zur Verfügung gestellt bekommt. (*Ruf bei der ÖVP: Ist nicht die Landwirtschaft allein!*)

Die Landwirtschaft bekommt aus Steuermitteln. Herr Köstler hat vorhin gesagt, der Bund hat die Aufgaben. Der Bund, bitte, sind wir alle. Wenn der Bund Gelder aufwendet, werden diese Gelder aus Steuermitteln verwendet. (*Ruf bei der ÖVP: Auch für die Bundesbahnen!*) Auch für die Bundesbahnen, ganz richtig. Auch für die Landwirtschaft.

Nur sind die Mittel, Herr Kollege Köstler, die aus allgemeinen Steuermitteln für die Landwirtschaft verwendet werden (*Bundesrat Molterer: Spanische Hofreitschule!*), nicht nur 3,8 Milliarden Schilling, Herr Kollege Molterer, sondern — ich habe es Ihnen schon

ein paarmal vorgerechnet, Sie wollen es nur nicht hören, weil es Ihnen unangenehm ist — es sind rund 20 Milliarden Schilling, also annähernd derselbe Betrag wie für die Bundesbahnen. Nehmen Sie, bitte, endlich einmal zur Kenntnis, daß der österreichische Steuerzahler und damit auch die sozialistische Regierung stets bemüht waren, der Landwirtschaft zu helfen, aber verlangen Sie, bitte, nicht immer wieder Zusätzliches und reden Sie, bitte, nicht immer wieder vom Sparen und tun Sie nicht so, als ob Sie nichts bekommen würden. (*Bundesrat Molterer: Trotzdem ist das bäuerliche Einkommen rückläufig!*)

Sie wissen es alle, und der Herr Kollege Köstler als Fachmann insbesondere, zum Beispiel, daß die Krankenversicherung der Bauern allein den Zuschußbetrag von 680 Millionen Schilling aus allgemeinen Steuermitteln bekommt, daß die Pensionsversicherung der Bauern aus allgemeinen Steuermitteln einen Betrag von rund 7 Milliarden Schilling jährlich bekommt, und so weiter, und so weiter. (*Ruf des Bundesrates Molterer.*)

Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Molterer, daß die Kinder aus der Landwirtschaft auch freie Schulbücher, freie Schulfahrten aus allgemeinen Steuermitteln bekommen, daß an die Landwirtschaft und ihre Angehörigen Kinderbeihilfen in einer sehr großen Summe gezahlt werden, und Sie wissen vor allen Dingen auch, daß die österreichische Landwirtschaft demgegenüber eine vergleichsweise sehr geringe Steuerleistung hat (*Bundesrat Raab: Stimmt doch nicht...!*); bei der Einkommensteuer sind es ungefähr 250 Millionen.

Wenn Sie das in Relation stellen, Herr Kollege Raab, schaut die Geschichte anders aus, und ich betone noch einmal: Die österreichische Landwirtschaft bekommt nicht vom Bund, sondern vom österreichischen Steuerzahler rund 20 Milliarden Schilling jährlich. Sie wollen das immer so darstellen, als ob die Landwirtschaft am Verhungern wäre und daß der österreichische Staat und die sozialistische Regierung der Landwirtschaft nichts geben würden. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Bundesrat Raab: Allgemeinen Steuermitteln! — Bundesrat Molterer: Trotzdem ist das landwirtschaftliche Einkommen zurückgegangen! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das hat damit nichts zu tun! (*Bundesrat Molterer: Das wollen Sie nicht hören!*)

Wir haben davon gesprochen, daß der Bund aus Steuermitteln für die Landwirtschaft

16906

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Ceeh

etwas leistet. Sie verlangen immer mehr, und immer ist es zuwenig, und gleichzeitig reden Sie von Einsparungen, und Sie wissen ganz genau, daß beides nicht geht. Wenn davon die Rede ist, daß die Schulbuchaktion reduziert wird, dann werden selbstverständlich, wenn es so kommt, auch die bauerlichen Kinder davon betroffen sein, und dann werden Sie wieder schreien: Uns nimmt man etwas weg! So geht es einfach nicht. *(Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** *(das Glockenzeichen gebend)*: Am Wort ist Herr Bundesrat Ceeh!

Bundesrat **Ceeh** *(fortsetzend)*: Herr Kollege Raab! Sie können es drehen, wie Sie wollen. Es steht fest, daß die österreichische Bundesregierung bis jetzt dafür gesorgt hat, daß die Landwirtschaft genug bekommen hat, und sie wird es auch in Zukunft tun.

Die österreichische Bundesregierung hat vor einigen Tagen angekündigt, daß sie zusätzliche Arbeitsplätze für die Jugend zur Verfügung stellt. Davon ist in Ihrem Antrag kein Wort. Sie aber stellen wieder neue Forderungen, und was ich Ihnen in dem Zusammenhang vor allen Dingen vorhalten muß: Sie haben von uns erwartet, daß wir diesem Papier zustimmen, und Sie geben uns dieses Papier um die Mittagszeit. Das ist eine Vorgangsweise, die mir nicht gefällt. Wenn Sie meinen, daß wir Ihren Anträgen zustimmen sollten, dann, bitte, geben Sie uns Ihre Anträge rechtzeitig, dann brauchen Sie sich weniger aufzuregen. *(Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Sommer zum Wort gemeldet.

Bevor ich das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß eine tatsächliche Berichtigung nach § 36 Abs. B der Geschäftsordnung die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Sommer zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Bundesrat **Sommer** (ÖVP, Wien): Ich werde mich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Dauer dieser Debatte sehr kurz fassen.

Der Herr Bundesrat Ceeh hat ausgeführt, ich hätte in meiner Stellungnahme zur Erklärung der Bundesregierung die Wiedereinfüh-

rung von Schlägen in der Schule gefordert. *(Bundesrat Ceeh: Ich habe das so verstanden bei Ihnen!)*

Ich möchte eindeutig klarstellen: Ich habe im Zusammenhang... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ja, weil ihr immer so viele Zwischenrufe macht und dann nicht aufpaßt, was man hier sagt! Vor lauter Zwischenrufen wißt ihr dann nicht, was man hier gesagt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe im Zusammenhang mit Bildung und Schule auch vom Elternhaus und von der Jugend gesprochen und habe mir erlaubt zu sagen... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Er macht schon wieder die Zwischenrufe und läßt einen nicht ausreden! Dann weiß er nicht, was man gesagt hat und macht Unterstellungen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* In die Falle gehe ich jetzt nicht hinein zu sagen, der Bundesrat soll Tachteln kriegen. *(Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.)* Bitte, laßt mich doch wenigstens das jetzt im Falle einer tatsächlichen Berichtigung erklären!

Ich habe vom Elternhaus gesprochen und habe mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Jugend mir zu sagen erlaubt, es wäre vielleicht der eine oder der andere kein Rocker oder kein Bandenmitglied — ich denke jetzt an die Südstadt — geworden, wenn Sie vom Vater — und habe dann wegen der Gleichberechtigung sofort die Mutter erwähnt — eine Tachtel bekommen hätten *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*, und habe mich gegen Züchtigung und Schlägen verwehrt und habe nur von „Tachteln“ im Elternhaus gesprochen. Von Schule war nie die Rede. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* In der Schule stehen wir nach wie vor zu unserem gemeinsamen Anliegen. *(Ruf des Bundesrates Ceeh.)* Das hat beim Lehrer oder in der Schule nichts verloren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist auch die Haltung der Österreichischen Volkspartei, und das ist auch eine moralische, sittliche Verpflichtung, zu der wir vollkommen stehen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich frage Sie: Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall. Damit ist die Debatte — Entschuldigung, Herr Bundesrat Pisec.

Bundesrat Dkfm. Dr. **Pisec** (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Meine Herren Staatssekretäre! Hoher Bundesrat! Die Ausführungen des Herrn Bundesrates Ceeh *(Zwischenruf*

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani

bei der SPÖ) — das haben wir heute schon einmal gehabt; zweimal nehme ich das nicht in Kauf — zwingen mich zu einer Berichterstattung, aber auch zu einer Wortmeldung. Das Thema der Jugendarbeitslosigkeit ist zu ernst, als daß man darüber polemisieren sollte. (*Bundesrat Ceeh: Eben deshalb!*) Die Zahl, die wir in unserem Antrag stehen haben, ist nach bestem Wissen und Gewissen erhoben — leider. Ich darf Ihnen mitteilen, daß es sich dabei um eine vom Statistischen Zentralamt über diesen Bereich erhobene Dunkelziffer der versteckten Arbeitslosigkeit handelt. (*Bundesrat Berger: Die Zahlen stimmen nicht!*)

In der Mikrozensususerhebung vom September 1982 betreffend Arbeitsplatzsuche von nichtbeschäftigten Personen hat sich gezeigt, daß der offiziellen Arbeitslosenrate eine ebenso hohe versteckte Arbeitslosigkeit gegenübersteht. Im September waren 23 000 Jugendliche als arbeitslos gemeldet. Die Zahl der nicht gemeldeten, aber sich ebenfalls auf Arbeitsplatzsuche befindlichen Jugendlichen betrug 23 600. Besonders hoch ist die Dunkelziffer im Bereich der 15- bis 19-jährigen, wo die offizielle Arbeitslosenrate von der versteckten Arbeitslosigkeit um 70 Prozent übertroffen wird.

Überträgt man die aus dem Mikrozensus vom September gewonnenen Erfahrungen auf die derzeitige Situation, so läßt sich festhalten, daß derzeit beinahe 60 000 Jugendliche keinen Arbeitsplatz finden. Das steht in unserem Entschließungsantrag — nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie also aus einer Erhebung des Statistischen Zentralamtes die Zahl... (*Zwischenruf des Bundesrates Ceeh.*) Vielleicht kann ich das noch einmal erklären. Es ist leider zu traurig, um es so laut noch einmal erklären zu müssen. Ich mache Ihnen aber gerne den Gefallen.

Ende Mai waren 28 791 gemeldet. Nach der Mikrozensususerhebung des Statistischen Zentralamtes, in die Sie ohne weiteres einsehen können, stehen dem mindestens eine gleich hohe Zahl Nichtbeschäftigter und im Bereich der 15- bis 19-jährigen eine überhaupt nicht erfaßte Zahl gegenüber, die in etwa um 70 Prozent mehr beträgt. Es gibt überhaupt keinen Grund zu sagen, daß dies nicht stimmt.

Das zweite interessiert insbesondere die hier anwesenden Mädchen: Zwischen 15 und 19 Jahren liegt die Arbeitslosenrate bei Mädchen am höchsten; beträchtlich höher als die durchschnittliche Arbeitslosenrate aller

Frauen. Das sind leider die traurigen Tatsachen Ihrer Regierungspolitik.

Daher haben wir gesagt: eine Sofortmaßnahme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Daher haben wir gesagt: für Arbeitsplätze, wo eine Ausbildung als Lehrling erfolgt, ein Steuerfreibetrag von 12 000 Schilling. Das steht in unserem Antrag. Daher haben wir gesagt: bei Abgängern von AHS-Schulen und anderen bildenden Anstalten, die nicht Lehrlinge sind, und in kritischen Gebieten, also etwa in Grenzlandgebieten, eine besondere Bevorzugung auf steuerlichem Gebiet für die Unternehmungen. Daher haben wir gesagt — als Punkt 1 steht das im Antrag —, daß wir eine besondere Investitionsförderung für jene Unternehmen verlangen, die zusätzlich zumindest einen jugendlichen Arbeitssuchenden einstellen. (*Bundesrat Köpf: Geschäfte mit den Lehrlingen auch noch machen! — Zwischenruf des Bundesrates Ceeh.*)

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Kollege Ceeh, ich bin traurig über dich in dieser Frage. Das ist kein Grund zu polemisieren, in einer so ernsten Situation. Der Antrag ist nicht zu mittag eingereicht worden. Ich habe ihn hier um 10 Uhr vorgelesen. Es war Zeit genug, ihn zu studieren. Das möchte ich zur tatsächlichen Richtigstellung bringen. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist das nicht der Fall. Damit ist die Debatte geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Bundesräten Dkfm. Dr. Pisec und Genossen eingebrachten Entschließungsantrag betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmenmehrheit. Der Entschließungsantrag ist somit angenommen.

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Juni 1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Steueramnestiegesetz geändert wird (2723 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani: Wir

16908

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani

gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Steueramnestiegesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Schachner. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter **Schachner**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Steueramnestiegesetz, BGBl. Nr. 569/1982, wurden für die Inanspruchnahme der in den §§ 1, 12 und 13 enthaltenen abgaben- und devisa-rechtlichen Sondermaßnahmen Fristen gesetzt, die am 30. Juni 1983 enden würden. Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen diese Fristen bis zum 31. Dezember 1983 verlängert werden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 22. Juni 1983 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 15. Juni 1983 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Steueramnestiegesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

3. Punkt: Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend Erteilung einer Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink wegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB (2724 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Anfrage der Staatsanwaltschaft Klagenfurt betreffend Erteilung einer Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink wegen § 111 Abs. 1 und 2 StGB.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Maria Derflinger. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Maria **Derflinger**: Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Werte Damen und Herren! Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt teilt mit Schreiben vom 20. Mai 1983, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 24. Mai 1983, mit, daß in dem vom Journalisten Humbert Fink verfaßten Artikel mit der Überschrift „Die wahren Ausbeuter“, der in der Klagenfurter Ausgabe der „Kleinen Zeitung“ vom 10. Jänner 1983 abgedruckt war, der Tatbestand der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB zu erblicken ist. Insoweit sich der Vorwurf gegen den Bundesrat richtet, kann dieser Tatbestand gemäß § 117 Abs. 1 nur mit Ermächtigung des beleidigten Vertretungskörpers von Amts wegen verfolgt werden. Von der Staatsanwaltschaft wird daher angefragt, ob seitens des Bundesrates die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink wegen des angeführten Sachverhalts erteilt wird.

Der Rechtsausschuß hat das Schreiben der Staatsanwaltschaft Klagenfurt in seiner Sitzung vom 22. Juni 1983 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Zustimmung zur Strafverfolgung des Humbert Fink zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Auf Grund der Zuschrift der Staatsanwaltschaft Klagenfurt vom 20. Mai 1983, GZ 7 St 1922/83-5, wird zur strafrechtlichen Verfolgung des Humbert Fink wegen des Verdachts des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Abs. 1 und 2 StGB im Sinne des § 117 Abs. 1 StGB die Ermächtigung erteilt.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die der Erteilung einer Ermächtigung zur Strafverfolgung des Humbert Fink zustimmen, um ein Handzeichen. — Es ist dies Stimmeneinhelligkeit.

Der Antrag ist somit angenommen.

4. Punkt: Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1983

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates sowie der zwei Schriftführer und der zwei Ordner für das 2. Halbjahr 1983.

Gemäß § 5 Abs. E der Geschäftsordnung ist das Büro des Bundesrates halbjährlich zu erneuern.

Wird die Durchführung der erforderlichen Wahlen mittels Stimmzettel gewünscht? — Es ist dies nicht der Fall.

Ich werde daher die Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates durch Erheben von den Sitzen und die Wahl der übrigen Mitglieder des Büros des Bundesrates durch Handzeichen vornehmen lassen.

Wir kommen zur Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzenden des Bundesrates.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Hellmuth Schipani und Dr. Herbert Schambeck zu Vorsitzenden-Stellvertretern zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, nehme ich die Wahl unter einem vor. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von des Sitzen zu erheben. — Dies ist die Stimmeneinhelligkeit.

Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage Herrn Dr. Schambeck: Nehmen Sie die Wahl an?

Bundesrat Dr. **Schambeck**: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Nachdem ich einer der Gewählten bin, erkläre ich von der Stelle des Vorsitzes aus, daß auch ich diese Wahl annehme, und bitte, das dem Protokoll einzuverleiben.

Wir kommen nunmehr zur Wahl der beiden Schriftführer.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Leopoldine Pohl und Johann Mayer zu Schriftführern des Bundesrates zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, nehme

ich auch diese Wahl unter einem vor. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist die Stimmeneinhelligkeit.

Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten ob sie die Wahl annehmen?

Bundesrat Leopoldine **Pohl**: Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat **Mayer**: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir kommen nunmehr zur Wahl der beiden Ordner.

Es liegt mir der Vorschlag vor, die Bundesräte Jürgen Weiss und Anton Berger zu Ordner des Bundesrates zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich auch in diesem Falle die Wahl unter einem vornehmen lassen. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit.

Auch dieser Vorschlag ist somit angenommen.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen?

Bundesrat **Weiss**: Ich nehme die Wahl an.

Bundesrat **Berger**: Ich nehme die Wahl an.

5. Punkt: Ausschüßergänzungswahlen

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung: Ausschüßergänzungswahlen.

Durch das Ausscheiden von Frau Bundesrat Dr. Helga Hieden sind Ausschüßergänzungswahlen notwendig geworden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, Frau Bundesrat Rosl Moser in jene Ausschüsse als Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied zu

16910

Bundesrat — 435. Sitzung — 24. Juni 1983

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani

wählen, denen bisher Frau Bundesrat Dr. Helga Hieden angehört hat.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über diesen Wahlvorschlag unter einem und durch Handzeichen abstimmen lassen. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um eine Handzeichen. — Der Wahlvorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Ein Verzeichnis der neubesetzten Ausschußmandate wird dem Stenographischen Protokoll dieser Sitzung angeschlossen werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Dienstag der 12. Juli 1983, 9 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Montag den 11. Juli 1983, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 16 Minuten**Besetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (435.) Sitzung am 24. Juni 1983 durchgeführten Ausschüßergänzungswahlen****Außenpolitischer Ausschuß**

Mitglied:
Rosl MOSER (bisher Dr. Helga HIEDEN)

Geschäftsordnungsausschuß

Ersatzmitglied:
Rosl MOSER (bisher Dr. Helga HIEDEN)

Rechtsausschuß

Ersatzmitglied:
Rosl MOSER (bisher Dr. Helga HIEDEN)

Unterrichtsausschuß

Mitglied:
Rosl MOSER (bisher Dr. Helga HIEDEN)

Ständiger gemeinsamer Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Ersatzmitglied:
Rosl MOSER (bisher Dr. Helga HIEDEN)